

(A) **Beginn: 10.04 Uhr**

Präsident Ulrich Schmidt: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen 38. Sitzung in dieser Wahlperiode des nordrhein-westfälischen Landtages. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich sechs Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Zunächst möchte ich der Abgeordneten von der Fraktion der SPD und Ministerin Birgit Fischer zu ihrem Geburtstag gratulieren. Alle guten Wünsche des gesamten Landtages!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich über eine **Ergänzung der Tagesordnung** für die heutige Plenarsitzung formal beschließen lassen. Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen hat mit Schreiben vom 25. September 2001 einen Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung übersandt. Um das In-Kraft-Treten dieses Staatsvertrages zum Ende dieses Jahres sicherstellen zu können, hat der Ministerpräsident gebeten, die erste Lesung dieses Staatsvertrages kurzfristig in die Tagesordnung aufzunehmen.

Nach Rücksprache mit den Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern schlage ich deswegen folgende Ergänzung der Tagesordnung vor: Erste Lesung des Staatsvertrages zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz und die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz vom 14. bzw. 21. Dezember 1995, Änderungsstaatsvertrag zur Rheinischen Provinzial-Versicherung, Drucksache 13/1643.

Ich lasse **abstimmen**. Wenn Sie mit dieser **Ergänzung der Tagesordnung** entsprechend § 39 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung einverstanden sind, bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Ergänzung

der heutigen Tagesordnung **beschlossen**. Ich werde in Absprache mit den Fraktionen die erste Lesung des Staatsvertrages nach dem Tagesordnungspunkt 9 aufrufen und der Landesregierung dann Gelegenheit zur Einbringung des Staatsvertrages geben. Eine Debatte zu diesem Punkt ist absprachegemäß nicht vorgesehen. (C)

Wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

- 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1400

erste Lesung - Beratung

In Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2001 bis 2005

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 13/1401

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1402

erste Lesung - Beratung

(B)

(D)

(Präsident Ulrich Schmidt)

- (A) Wir setzen die am 5. September 2001 unterbrochene erste Lesung der Haushaltsberatungen 2002 mit den Stellungnahmen der Landtagsfraktionen fort.

Ich eröffne die Beratung zum **Beratungsblock I, Haushalt**, und erteile dem Kollegen Diegel, CDU-Fraktion, das Wort. Bitte schön.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir treten heute - drei Wochen später, als es ursprünglich vorgesehen war - in die Beratungen über den Haushaltsentwurf 2002 ein. Uns alle lassen die Ereignisse vom 11. September auch jetzt noch nicht unberührt: nicht nur ob der Geschehnisse vom 11. September selbst, sondern auch ob der Dinge, die noch kommen und uns möglicherweise erneut erschüttern werden. Insofern war es richtig, die Haushaltsberatung zu verschieben und mit einem zeitlichen Abstand den Einstieg zu wagen. Ich sage für mich ganz persönlich, dass ich meine Worte nun noch ernsthafter wählen und die vom Finanzminister hier eingebrachte Politik noch nachdenklicher debattieren werde. Ich wünsche mir, dass wir alle gemeinsam dies in den weiteren Beratungen so halten.

(B)

Herr Finanzminister, bei der Einbringung des Haushaltsgesetzes hatten Sie ein Motto gewählt, das für uns alle die Richtschnur Ihrer Finanzpolitik sein sollte. Sie sagten, die Landesregierung werde erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder. Nach den vielen Zuschriften, aber auch Gesprächen sind wir in der Zwischenzeit zu der Erkenntnis gekommen, dass sich dieses Motto wohl nicht ganz einhalten lässt. Im Gegenteil, für viele in diesem Lande steht heute fest: Sie sind weder erfolgreich noch sparen Sie noch denken Sie an die Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei CDU und FDP)

In Wirklichkeit produzieren Sie weiterhin hemmungslos neue Schulden - übrigens auf Kosten unserer Kinder - und fahren somit das Land Nordrhein-Westfalen weiter in die Pleite - auch das auf Kosten unserer Kinder. Mein Fazit nach den vielen Stellungnahmen, die wir in der Zwischenzeit bekommen haben, lautet: In Wirklichkeit verfahren Sie nach einem ganz anderen Motto: erfolgreich leben auf Kosten unserer Kinder.

- (C) Nun mögen Sie sagen, die Fakten des Haushaltes sprächen für Ihr Motto. Daher gehe ich im Folgenden auf die Fakten ein.

Schauen wir uns zunächst die Gesamtverschuldung an: Sie steigt in Nordrhein-Westfalen auf die neue Rekordhöhe von 89,7 Milliarden Euro. In den vergangenen 30 Jahren ist das Land kein einziges Mal ohne Neuverschuldung ausgekommen. Ist das eine Politik des erfolgreichen Sparens für die Zukunft unserer Kinder, Herr Finanzminister?

Allein die Neuverschuldung wird im Haushalt 2002 wieder rund 3 Milliarden Euro betragen. Ist das eine erfolgreiche Sparpolitik für die Zukunft unserer Kinder, Herr Finanzminister?

Schauen wir ein anderes wesentliches Faktum an: Die Zinsbelastung steigt in diesem Lande auf 4,7 Milliarden Euro. Jeder achte eingenommene Steuer-Euro muss für Zinsen ausgegeben werden. Ist das eine erfolgreiche Sparpolitik für die Zukunft unserer Kinder?

Die Investitionen sinken auf ein historisches Tief von 4,5 Milliarden Euro. Zum ersten Mal, meine Damen und Herren, gibt das Land mehr Geld für Zinsen als für Investitionen aus. Dies ist nicht nur für das Land katastrophal, das ist auch eine Bankrotterklärung für Ihre Landesregierung.

(D)

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Die öffentliche Infrastruktur verfällt unaufhaltsam. Landesstraßen werden nicht mehr instand gehalten. Schulen, Universitäten und öffentliche Gebäude verfallen zusehends. Der Investitionsstau in Nordrhein-Westfalen beträgt mittlerweile rund 18 Milliarden Euro.

(Minister Peer Steinbrück: Und steigert sich von Tag zu Tag!)

- Er steigert sich in der Tat. Aber ich kann Ihnen gern die Liste einmal vorhalten, Herr Finanzminister.

Bei den Schulen haben wir einen Investitionsstau von rund 10 Milliarden DM, bei den Altenheimen von 7,5 Milliarden DM, bei den Hochschulen und Verwaltungsbauten jeweils von 6 Milliarden DM, bei den Krankhäusern von 3,5 Milliarden DM, beim Straßenbau von 2 Milliarden DM und bei der Feuerwehrausstattung von 0,4 Milliarden DM. Das sind die nackten Zahlen, Herr Finanzminister.

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Leider tragen Sie mit Ihrer Politik wenig dazu bei, diesen Investitionsstau abzubauen. Das aber wäre Ihre Pflicht und Schuldigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Schauen wir uns die Reserven des Landes an! Auch sie sind in der Zwischenzeit verbraucht. Seit 1996 hat die Landesregierung bereits Landesvermögen in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro versilbert, und dies nur, um die Haushalte auszugleichen. Wir leben seit Jahren von der Substanz. Ist das eine erfolgreiche Politik für unsere Kinder?

Schauen wir uns die Personalkosten und die Pensionskosten an! Sie sind ebenfalls völlig aus dem Ruder gelaufen. Unter Einschluss der ausgelagerten Stellen ergibt sich eine Personalsteuerquote von 54,3 %. Das ist ein trauriger Rekord. 1992 hatte die Landesregierung noch richterweise beschlossen, dass die Personalausgaben nicht mehr als 50 % der Steuereinnahmen betragen dürfen. Man könnte annehmen, die Landesregierung hätte diesen Beschluss vergessen. Oh nein, sie hat ihn nicht vergessen!

- (B) Am 30. August 2000, also im letzten Jahr, hat der Ministerpräsident dies sogar in seiner Regierungserklärung ausdrücklich bekräftigt. Trotzdem sind Sie bei einer Personalsteuerquote von über 54 %.

Meine Damen und Herren, Herr Clement, Herr Finanzminister! Wie so oft in der Finanzpolitik klaffen auch hier Anspruch und Wirklichkeit meilenweit auseinander. Da sieht Ihre Landesregierung ganz schön alt aus!

(Beifall bei der CDU)

Ich bin gerne bereit, ihren selbst gesetzten Anspruch der Wirklichkeit gegenüberzustellen. Und wie sehen nun Anspruch und Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen aus?

Fangen wir mit Ihrem selbst gesetzten Anspruch, Personal abzubauen, an! Die Landesregierung behauptet nämlich ständig, sie baue zügig Personal ab. Die dollste Entwicklung wird uns in der Vorlage 13/861, die uns vor gut einem Monat zugegangen ist, auch noch grafisch dokumentiert. Danach will die Landesregierung im Jahre 2002 das Stellensoll um fast 30.000 Stellen gegenüber

1990 abgebaut haben. Nur: Wer das Kleingedruckte liest, stellt fest, dass man hierbei die Stellen des Immobilienmanagements, das ausgelagert wurde, und auch das Stellensoll der Universitäten nicht mehr mit einrechnet. Mit anderen Worten: Man rechnet sich schön. Ein billiger Buchhaltertrick, Herr Finanzminister!

Das Stellensoll 2002 - einschließlich des ausgelagerten Personals, denn das Personal sowohl des BLB als auch der Universitäten muss nach wie vor bezahlt werden, und das Land wird es auch bezahlen - beträgt somit über 340.000 Stellen. Und das sind immer noch 2.500 Stellen mehr als im Jahre 1990. Und da reden Sie von Personalabbau?

Ich komme zu einem anderen Punkt und einem Mittel, dessen Sie sich gern bedienen, nämlich zu den kw-Vermerken. Jedes Jahr wird diese Zaubersformel nahezu beschworen und ein Personalabbau von 18.000 Stellen angekündigt. Die tatsächliche Wirkung dieses Instruments liegt jedoch im Promillebereich des Personalkörpers - in diesem Haushaltsjahr bei rund 0,4 %. Und im Haushaltsjahr 2002, über das wir jetzt reden, wird der Prozentsatz sogar auf 0,2 % halbiert. Ein wirklich wirksamer, spürbarer Personalabbau!

Kommen wir zu einem anderen Anspruch, dem so genannten Aufgabenabbau! Erinnern wir uns: Herr Ministerpräsident Clement hat in seiner Regierungserklärung Folgendes ausgeführt: "Den notwendigen Einsparungen geht die Aufgabenkritik voran." - Wohl wahr, sage ich. Die Aufgabenkritik wurde ohne Ergebnis eingestellt, also gab es auch keine Einsparungen.

Dann wurde die Wunderwaffe Landesbetriebe geschaffen, und zwar um Kosten zu sparen. Tatsächlicher, im Haushalt ablesbarer Einspareffekt bis jetzt gleich null!

Des Weiteren, meine Damen und Herren, wurde die Sparkommission angekündigt. Was wurde uns da nicht alles prophezeit! Es sollte eine Sparkommission eingerichtet werden, die schon im Jahre 2000 erste Ergebnisse liefern und 2001 den großen Wurf präsentieren würde.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Noch eine Kommission!)

Ich zitiere aus der Koalitionsvereinbarung. Es heißt dort:

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) "Die Koalitionspartner werden mit Unterstützung externer Gutachter eine Kommission einsetzen, die unter Vorsitz des Finanzministers weitere Sparpotenziale im Haushalt des Landes ermitteln wird, um die Handlungs- und Reformfähigkeit des Landes dauerhaft zu sichern. Erste Ergebnisse hierzu sollen bis Ende des Jahres 2000 vorliegen."

Meine Damen und Herren, was für ein Anspruch!

Und wie sieht die Wirklichkeit aus? Der Finanzminister hat diese Kommission mit keinem einzigen Wort erwähnt. Aus gutem Grund!

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Woher wissen Sie das denn?)

Denn das Ergebnis lässt sich mit einem Wort umschreiben: Fehlanzeige! - Da sieht Ihre Landesregierung, Herr Clement, ganz schön alt aus!

(Beifall bei der CDU)

Die Förderprogramme sollten alle auf den Prüfstand - ich betone noch einmal: alle! Im Koalitionsvertrag heißt es wortwörtlich:

- (B) "Alle Förderprogramme müssen überprüft werden, ... Um dies haushaltstechnisch sicherzustellen, müssten im Rahmen eines "zero-based-budgeting" alle Förderprogramme spätestens für den Haushaltsentwurf 2002 neu eingewoben werden."

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Was war das für ein Ding?)

Meine Damen und Herren, hiervon ist bisher nichts, aber auch gar nichts realisiert worden.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Ein Zero-was?)

Auch hier haben wir bisher keine Maßnahmen und keine politische und finanzielle Handschrift des Finanzministers gesehen.

Kommen wir zum nächsten Anspruch! Es sollte eine Verbesserung der Haushaltsstruktur und der Einnahmehasis stattfinden. Auch hier gab es vollmundige Ankündigungen, die von dieser Landesregierung und insbesondere von Herrn Clement permanent wiederholt wurden. Herr Clement sagte: "Die Senkung der Personalsteuerquote unter 50 % ist unser Ziel." - Passiert ist das Gegenteil.

- (C) "Wir werden die Schulden- und Zinsspirale durchbrechen." So sagte Herr Clement. - Das Gegenteil ist passiert.

Er sagte: "Wir müssen die Schuldenlast senken und Investitionen konzentrieren." - Wohl wahr! Aber warum passiert das Gegenteil, Herr Clement?

Der BLB wurde ins Leben gerufen. Es sollte ein Immobilienmanagement geschaffen werden. Es sollte in den nächsten zehn Jahren ca. 250 Millionen Euro jährlich erwirtschaften. Statt dessen tritt der BLB auf der Stelle. Bis zum heutigen Tag gibt es noch nicht einmal eine Eröffnungsbilanz.

Das Vermögen von LEG und WFA sollte laut Koalitionsvertrag so ausgerichtet werden, dass zusätzliche Verwendungsmöglichkeiten eröffnet werden und eine steigende Rentabilität höhere Abführungen an den Landeshaushalt erlaubt. Ergebnis: Auch hier bisher Fehlanzeige!

Die Haushaltsstruktur sollte laut Koalitionsvertrag so verändert werden, dass der Anteil konsumtiver Ausgaben zugunsten von neuen Investitionen verändert wird. Das Gegenteil ist passiert.

- (D) Meine Damen und Herren, so sieht der Unterschied zwischen den selbstgesetzten Ansprüchen der Landesregierung und der Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen aus. Die Landesregierung sieht ganz schön alt aus, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CDU)

Ich will gar nicht mehr groß auf die traurige Rolle des Landes in der Bundespolitik - bei der Ökosteuer, bei der Steuerreform, beim Länderfinanzausgleich und bei den UMTS-Lizenzen - eingehen.

(Zuruf von Minister Peer Steinbrück)

- Wo ist denn bei den UMTS-Lizenzen Ihre Handschrift gewesen? Sie hätten doch den Einfluss gehabt. Sie hätten dafür Sorge tragen können, dass der Fonds Deutsche Einheit vollständig getilgt und damit die Belastungen des Landes und vor allen Dingen aller Kommunen in NRW abgesenkt worden wären.

(Beifall bei der CDU)

Was haben Sie statt dessen getan? - Sie haben zugesehen, wie sich Herr Eichel das Geld - über

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) 100 Milliarden DM - ausschließlich für den Bundeshaushalt in die Tasche steckte. Eine Beteiligung von NRW an den Erlösen gab es nicht. Ich sage Ihnen: Hier hatten Sie große Chancen, für Nordrhein-Westfalen etwas herauszuholen. Alle diese Chancen wurden ausgelassen. Geschah das aus Genossensolidarität, Herr Steinbrück, oder weil Parteiräson über Landesinteressen geht?

(Minister Peer Steinbrück: Deshalb haben auch alle 16 Länder zugestimmt!)

Fazit, Herr Finanzminister: Das Land Nordrhein-Westfalen ist finanziell ruiniert. Die Reserven sind verbraucht. Die Chancen wurden nicht genutzt. Da sieht die Landesregierung ganz alt aus.

(Beifall bei CDU und FDP - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Die Erde ist eine Scheibel)

- Ich weiß nicht, wer da gerufen hat;

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Das war der Neue!)

aber die Frage stellt sich: Wer zahlt die Zeche für dieses politische Versagen?

- (B) Meine Damen und Herren, der Landesregierung bleibt die Möglichkeit, bei denen zu sparen, die sich am wenigsten wehren können. Genau das tut diese Landesregierung. Die Kommunen werden wieder zur Kasse gebeten und müssen sich mit über 170 Millionen Euro an der Schließung des Haushaltslochs beteiligen. Das geht wieder voll zulasten der gemeindlichen Leistungen, da die Kommunen in der Zwischenzeit finanziell auch mit dem Rücken zur Wand stehen. Ein Haushaltsbegleitgesetz mit der Verpflichtung der Kommunen, sich an zusätzlichen finanziellen Investitionen der Krankenhäuser zu beteiligen, ist ihnen genauso wenig länger zuzumuten wie die derzeitigen Regelungen im Unterhaltsvorschussgesetz. Wenn weitere Gebührenerhöhungen erfolgen, Bäder geschlossen werden müssen oder geringere Mittel für Kultur und Vereine zur Verfügung stehen, liegt dies ausschließlich in der Verantwortung des Landes und nicht in der Verantwortung der Kommunen.

(Beifall bei der CDU)

Die sozial Schwachen erhalten ebenfalls weniger Leistungen, und zwar aus einem ganz einfachen Grunde: Diese Leistungen des Landes sind weit-

- gehend freiwillig und können deshalb leicht gestrichen werden. Einige Beispiele hierzu. Die Hilfen für Pflegebedürftige und Behinderte werden um rund 33 Millionen Euro gesenkt. Die Familien-, Alten-, Kinder- und Jugendhilfe wird um 56 Millionen Euro gesenkt. Ich erinnere an das Motto "Sparen für die Zukunft unserer Kinder". Ist das eine erfolgreiche Politik für unsere Kinder? (C)

Bei den Landesarbeitsmarktprogrammen werden fast 80 Millionen Euro gestrichen. Da frage ich: Warum? - Die Konjunktur spricht Bände. Sie läuft völlig aus dem Ruder. Die Arbeitslosenzahlen steigen. Und Sie streichen bei den Landesarbeitsmarktprogrammen. Das mögen Sie den Betroffenen und uns hier einmal erläutern.

Die traurigste und von uns allen wirklich als die bemerkenswerteste Streichung wahrgenommen ist der Wegfall des Heizkostenzuschusses. Meine Kolleginnen und Kollegen, der Heizkostenzuschuss wurde eingeführt, weil die Wohngeldempfänger bei der Ökosteuerreform entlastet werden sollten. Deshalb hatten der Ministerpräsident unseres Landes und Bundeskanzler Schröder erklärt: Wir werden diesen Leuten helfen. Wir werden den Wohngeldempfängern helfen!

- Wir wissen: Dieses Versprechen hielt ein Jahr. Ab dem nächsten Jahr soll dieser Heizkostenzuschuss gestrichen werden, und die Wohngeldempfänger in diesem Lande müssen fast 200 Millionen Euro für die Folgen dieser Steuerreform aufbringen. Das ist eine unsoziale Politik in diesem Lande. (D)

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will gar nicht mehr auf die Kürzungen bei der Wirtschaftsförderung eingehen. Herr Clement gibt sich so gerne mittelstandsfreundlich. Er fördert angeblich mittlere und kleinere Betriebe. Aber hier werden mit einem Federstrich 100 Millionen Euro gestrichen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Richtig!)

- Richtig, sagt der Herr Ministerpräsident. Ich nenne Ihre Politik auch in diesem Bereich unfair, ungerecht und unsozial.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Minister Peer Steinbrück)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Herr Steinbrück, wenn Sie uns jetzt fragen, welche Vorschläge hatte denn die CDU. Ich will Sie Ihnen nennen. Auf Ihren Einsatz habe ich gerade gewartet. Wir haben genug Vorschläge gemacht. Die wurden entweder zu spät, halbherzig oder gar nicht umgesetzt.

(Zuruf von Minister Peer Steinbrück)

Das erste ist das Immobilienmanagement. Das Immobilienmanagement wird von uns seit 1994 gefordert. Seit mehr als fünf Jahren hätten wir dieses Management haben können. Sie fangen gerade damit an. Mehr als 1,5 Milliarden Euro hätten für Nordrhein-Westfalen bereits erwirtschaftet sein können. Bisher bei Ihnen null.

Die Aufgabenkritik war von uns seit vielen Jahren ein zentrales Thema. Auf Drängen der CDU wurde etwas begonnen und vom Parlament mit einem eigenen Ausschuss forciert. Sowohl der Ausschuss als auch der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" wurden aufgelöst. Hier im Lande gibt es keine Aufgabenkritik mehr, meine Damen und Herren.

(Minister Peer Steinbrück: Quatsch!)

- (B) - Sagen Sie nicht Quatsch, Herr Finanzminister. Wir wissen, dass es andere Länder gibt, die uns zeigen, dass sie es besser machen. Die neue Landesregierung in Hessen, seit gut zwei Jahren im Amt, zeigt uns, dass es anders geht. Die Regierung Koch hat in zwei Jahren rund 39 % der Verwaltungsvorschriften und 15 % der Rechtsverordnungen außer Kraft gesetzt und damit erhebliche Personalreduzierung in der Verwaltung geschaffen. In Hessen hatte das einen Einspareffekt von 150 Millionen Euro, hier in Nordrhein-Westfalen bisher null.

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, hier besteht noch eine Menge Handlungsbedarf genauso wie bei der CDU-Forderung der Stellenbörse. Auch hier - eine ursprüngliche Forderung der CDU - wurden bisher nur ganz allmähliche Fortschritte erkennbar. Bisher kommen Sie aber mit diesem Instrument auch nicht zurecht.

Weitere Vorschläge nenne ich Ihnen gerne, wie z. B. die Erhöhung der Investitionsquote, die Umstrukturierung im Haushalt oder lineare Stellenkürzung. Wir hatten Ihnen sogar angeboten, den Subventionshaushalt gemeinsam zu durchforsten.

- (C) Etwa 2 Milliarden Euro hätten durch diese Vorschläge realisiert werden können. Nur haben Sie offensichtlich nicht einmal die Kraft, um sich hier zu betätigen. Die Landesregierung ist untätig und unfähig in diesem Bereich. Auch hier sieht die Landesregierung ganz alt aus.

(Beifall bei der CDU)

Die zentrale Frage lautet nun: Was tun? Wie soll es in dieser Entwicklung weitergehen? Im vorliegenden Haushaltsentwurf bekommt der Finanzminister die Enden nur noch mühsam zusammen. Ohne eine kreditfinanzierte so genannte Rücklage wäre die Nettoneuverschuldung um 600 Millionen Euro höher, der Haushalt nicht ausgeglichen oder sogar verfassungswidrig. Wenn die November-Steuerprognosen richtig sind, entsteht noch eine riesige Deckungslücke für 2002.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Woher wissen Sie das?)

- Woher weiß ich es, Herr Walsken? Ihr Finanzminister spricht in der Zwischenzeit selbst von rund 1 Milliarde Euro.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

- (D) Herr Steinbrück erklärt: Ich reagiere erst, wenn es donnert. Herr Walsken, darauf können wir in diesem Parlament nicht warten, denn die Bürger und auch wir im Landtag haben ein Recht darauf, rechtzeitig zu erfahren, wie der Finanzminister im November die Enden zusammenhalten will. Wenn wirklich - wie zu befürchten - eine Milliarde Euro fehlt, muss Herr Steinbrück uns jetzt sagen, wie er die Lücke schließen will.

(Zuruf von Ernst-Martin Walsken [SPD])

Landtag und Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wo eingespart werden soll. Der Landtag darf der Regierung nicht die Möglichkeit eröffnen, die Dinge erst im Vollzug zu erwirtschaften. Damit verliert das Parlament noch mehr an Einfluss und die Landesregierung macht noch mehr, was sie will.

(Zuruf von Minister Peer Steinbrück)

Die Landesregierung muss jetzt Farbe bekennen, wie sie die Lücken schließen will, durch neue Schulden oder weiter bei den Sozialleistungen, bei den Beamtinnen und Beamten oder bei den Kommunen, bei den Investitionen oder bei der

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Wirtschaftsförderung. Solange keine Klarheit über die Steuereinnahmen herrscht, meine Damen und Herren, ist der Haushalt reine Makulatur.

Ohne eine Ergänzungsvorlage wird eine seriöse abschließende Beratung des Haushaltes überhaupt nicht möglich sein. Die Politik der Landesregierung ist unfair, ungerecht und unsozial, und insbesondere in der Finanzpolitik sieht die Landesregierung ganz schön alt aus.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Diegel. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Walsken für die SPD-Fraktion.

Ernst-Martin Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr erfreut, Herr Kollege Diegel, dass Sie sich minutiös an die Vorgaben gehalten haben, die der Finanzminister als dramaturgischen Vorschlag gegeben hat. Es ist alles das gekommen, was wir vorausgesehen haben. Sie haben sich überhaupt nicht von der Linie wegbegeben, die vorgegeben war. Die Linie war: Sie werden nicht konkret werden, Sie werden Widersprüchliches sagen. Sie haben diese Linie bis zur jetzigen Stunde beibehalten. Wir werden im Einzelnen darauf noch eingehen können.

(B)

Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass Sie Chancen vertan haben, ein Alternativkonzept vorzulegen. Ich habe den Eindruck, dass die Opposition verbrauchter ist, als es die Regierung jemals sein kann.

(Lachen bei der CDU)

Ich habe den Eindruck, dass Sie alt aussehen und keineswegs die Landesregierung. Es wäre gut, wenn Sie sich ab und zu den Spiegel vorhalten würden. Sie würden erschrecken, was Sie dann sehen.

(Beifall bei der SPD)

Es hat sich in der Tat seit der Einbringung des Haushaltes an zwei, drei Punkten etwas geändert. Das eine ist in den einleitenden Worten vom Kollegen Diegel zur Sprache gebracht worden. Natürlich ist die Terrorismusbekämpfung zu einem neuen Schwerpunkt geworden. Natürlich sind die Anzeichen in der konjunkturellen Entwicklung so

- bedenklich, dass wir gezwungen sind, darüber nachzudenken, wie wir über das Vorziehen von Investitionen die Konjunktur anheizen können. Das ist völlig richtig. (C)

Nicht richtig ist, dass wir heute schon darüber reden müssen, wie die November-Steuerschätzung aussieht und wie wir sie umsetzen müssen. Das tun wir aber - da haben Sie völlig Recht - logischerweise und wie es immer war im Rahmen der Haushaltsverhandlungen bis zum Abschluss des Haushaltes.

Aber die anderen beiden Punkte sind in der Tat als neue Schwerpunkte hinzugekommen.

Ich bin, wenn ich die Presseberichte und die Kabinettsdiskussion richtig verfolgt habe, der Landesregierung außerordentlich dankbar, dass sie in diesen beiden Punkten etwas an Schwerpunktmaßnahmen angekündigt hat, die notwendig sind, um wirksame Terrorismusbekämpfung und eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zu betreiben. Ich danke der Landesregierung, was diese Dinge anbelangt, ausdrücklich für ihre Schnelligkeit, und ich hoffe, dass wir im Parlament sehr schnell die entsprechenden Vorlagen bekommen, um konkret über das diskutieren zu können, was uns die Landesregierung hier vorschlägt. (D)

(Beifall bei der SPD)

Zu der Steuerschätzung will ich nur ein Wort sagen. Kollege Diegel hat selbst die Zahl genannt. Wenn es maximal um eine Veränderung von einer Milliarde DM geht, geht es um Veränderungen in der Größenordnung von etwa 1 % des Haushalts. Ich wundere mich ungemein, dass das offenbar für Sie ein intellektuelles Problem ist, dieses eine Prozent im Rahmen von dreimonatigen Haushaltsverhandlungen begreifen und umsetzen zu können. Ich glaube, dass es in Wahrheit das Problem der Opposition ist, weil sie konzeptionslos ist und keine eigenen Vorschläge hat und nicht weiß, wie sie selbst mit der Milliarde umgehen kann. Deshalb schießt sie immer auf die Landesregierung und sagt: Die muss endlich etwas vorlegen. - Ich glaube, es ist ihr Problem, diese eine Milliarde zu begreifen, und nicht das Problem der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, der uns vorliegende Entwurf des Haushaltes 2002 ist so etwas wie ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einer langfristi-

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) gen Haushaltskonsolidierung. Haushaltskonsolidierung kann nicht in einem Haushaltsjahr erfolgen - das wissen wir alle -, sondern Haushaltskonsolidierung ist ein Prozess, den man langfristig betreiben und bei dem man einen langen Atem haben muss.

(Zurufe von der CDU - Jürgen W. Möllemann [FDP]: 100 Jahre!)

- Wissen Sie, gut Ding braucht Weile!

(Heiterkeit bei der CDU)

- Ja, selbstverständlich. Sehen Sie, Ihre Bundesregierung ist sowohl an der Rentenreform als auch an der Steuerreform gescheitert, Herr Kollege. Daran sehen Sie, dass es notwendig ist, einen langen Atem zu haben und die Realitäten im Auge zu behalten, wenn man erfolgreich Politik betreiben will. Es nutzt nichts zu lamentieren und irgendwelche Schlagworte in den Raum zu werfen; man muss schon ganz konkret arbeiten.

Dieser Haushalt zeichnet sich dadurch aus - das nutzen Sie als Opposition auch als Chance -, dass die Konsolidierung zum ersten Mal dazu führt, dass es in einigen Ecken wirklich quietscht. Wir haben nicht nur den Mund gespitzt, sondern der Finanzminister hat auch gepfiffen. Das ist überraschend für Sie; denn Sie haben immer gehofft, er spitzt nur den Mund und pfeift nie. Jetzt wird tatsächlich gepfiffen, und schon sagen Sie: Um Gottes willen, was für ein Lärm! Das heißt, hier wir tatsächlich gearbeitet.

(B)

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Der Personalabbau ist kritisiert worden. In Wahrheit wissen Sie, dass wir bereits im Jahre 2000 über 3.000 kw-Stellen abgebaut haben. Wir haben im ersten Halbjahr dieses Jahres 1.400 Stellen abgebaut. Sie können am Haushaltplan minutiös verfolgen, wie der kw-Stellenabbau in der Größenordnung von 12.000 Stellen in den nächsten fünf Jahren erfolgt. Wir sind im Zeitplan; wir sind im Budget. Sie haben es selbst mit verabschiedet. Es wird alles so vollzogen wie beschlossen, und Sie werden noch so viele Versuche unternehmen können, uns nachzuweisen, dass es nicht gelingt. Es gelingt! Verlassen Sie sich darauf! Wir sind viel konsequenter in unserer Politik, als Sie das kennen.

- (C) Allerdings wundert mich, dass Sie uns hier im Saal - das ist ja das übliche Spiel der Opposition - vorwerfen, die Personalkostenquote sei zu hoch, und gleichzeitig gehen Ihre Kollegen aus dem Justizbereich, dem Innenbereich, dem Schulbereich durch die Lande und erzählen überall: Es ist zu wenig Personal da; die Landesregierung spart; es müssen mehr Menschen eingestellt werden, weil an den Schulen das Personal fehlt - überall fehlt Personal. Hier sagen Sie mit biederer Miene: Liebe Landesregierung, die Personalkostenquote ist zu hoch.

Meine Damen und Herren, wie stellen Sie sich das eigentlich vor, mehr Personal zu fordern und gleichzeitig zu sagen, die Personalkostenquote ist zu hoch? Das ist ein Widerspruch in Ihrer Politik, den Sie auch heute nicht aufgelöst haben und unter dem Sie auch leiden, weil Sie nicht bereit und in der Lage sind, konkret zu sagen, an welcher Stelle Sie Personal sparen wollen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wir sind dabei, den Konsolidierungskurs erfolgreich, auch wenn es quietscht, fortzusetzen.

(Heiterkeit bei Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (D) Wir haben den Personalabbau gut im Griff. Wir können die ersten Erfolge im Personalabbau verwerfen. Denn die zusätzlichen Stellen im Lehrerbereich, die wir garantieren, sind auf die Finanzierungsmöglichkeiten zurückzuführen, die wir durch die kw-Stellen geschaffen haben. Es ist uns gelungen, mit diesen zusätzlichen Lehrern, mit der Finanzierung von Ganztags, von Arbeitslosenbekämpfung und von Selbstständiger Schule auch Akzente in diesem Haushalt zu setzen, wichtige politische Akzente, die zeigen, dass wir handlungsfähig sind. Das ist das Entscheidende in dieser Diskussion.

Ich sage noch einmal: Draußen im Lande erzählen Sie, die Steuerreform muss vorgezogen werden, und hier drinnen beklagen Sie, dass die Gemeinden weniger Geld haben. Beides geht nicht. Das ist Ihre Doppelzüngigkeit. Draußen erklären Ihre Leute: Wir brauchen mehr Lehrer. Ich habe hier ein Zitat von Herrn Reul, die Lehrerversorgung sei ein Desaster. Sie fordern mehr Polizisten, sie fordern mehr im Justizvollzug,

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) und hier drinnen sagen Sie, die Landesregierung habe eine zu hohe Personalkostenquote. Meine Damen und Herren, das ist ein Widerspruch.

(Beifall von Edgar Moron [SPD]) -
Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Nein!)

Sie müssen sich einmal klar bekennen.

Selbstverständlich ist es ein Widerspruch. Ich kann das nur so sagen wie der Kabarettist Volker Pispers: Was ist eigentlich peinlicher: der Wähler, der verlangt, dass er rundum Sicherheit hat und dafür aber nicht bereit ist, mehr Geld zu zahlen, oder der Politiker, der dem Wähler auch noch verspricht, das es genau so geht?

Das ist genau die Rolle, die Sie im Augenblick übernehmen. Sie versprechen alles und sind nicht in der Lage, es zu finanzieren. Das ist der Widerspruch der Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) In den vergangenen Jahren haben Sie uns ja immer zur Schließung Ihrer eigenen Glaubwürdigkeitslücke vorgeschlagen, die WestLB zu verkaufen. Das haben Sie immer so aus der Tasche gezogen und gesagt: Da fehlen noch 2 Milliarden DM; zur Schließung dieser Lücke verkaufen wir schnell einmal die WestLB. - Das haben Sie, glaube ich, dreimal hintereinander getan. Schleußer hat schon gesagt: Jetzt haben Sie ja die WestLB schon wieder verkauft; die haben wir doch schon im vorigen Jahr für die Deckung der Lehrerausgaben verwendet.

Das können Sie jetzt nicht mehr, Herr Rüttgers, Gott sei Dank. Denn Sie tragen jetzt ein wenig mehr Verantwortung bei den Gewährträgern. Deshalb würden Sie sich in Ihren eigenen Reihen lächerlich machen, wenn Sie diese Forderung erheben würden.

Dann haben Sie verlangt, in den Ministerien müsse mehr Personal abgebaut werden. Es gibt, wenn man sich umhört, kaum einen Bereich, in dem mehr Personal abgebaut worden ist. Sehen Sie sich die Stellenpläne der Ministerien an! Sie werden feststellen, dass hier erstaunlich viel abgebaut worden ist. Aber Sie wissen auch genauso gut wie ich, dass das Reservoir bei den Ministerien mit 1,2 % Personalbestand am Gesamtpersonalbestand so klein ist, dass da nicht ernsthaft irgendwelche Ressourcen erwirtschaftet werden können. Ihr Kollege Stahl, der den Unteraus-

- (C) schuss "Personal" sehr fachkundig leitet und auch die Regierungstätigkeit ein bisschen kennt, weiß das auch. Deshalb wissen Sie genau: Da ist auch nichts mehr drin.

Was bleibt Ihnen also übrig? - Sie müssen sogar die beiden konkreten Positionen, die Sie in den vergangenen Jahren aufgebaut haben, auch noch zurückziehen, und Sie können heute hier nur noch die Resultate von in der Tat schwierigen Situationen kritisieren, ohne aber auch nur eine einzige konkrete Maßnahme darzustellen, die zur Verbesserung der Situation beiträgt - keine einzige.

(Zuruf von Helmut Diegel [CDU])

Kollege Diegel, von Anfang bis Ende nur heiße Luft.

Ich will nur ein Beispiel karikierend herausgreifen. Sie werfen der Landesregierung vor, im BLB noch keine Eröffnungsbilanz zu haben.

Jetzt stellen Sie sich vor, der Liegenschaftsbetrieb hätte eine Eröffnungsbilanz vorgelegt, bevor der Landtag in seinen Haushaltsberatungen die Mietbudgets beschlossen hätte. Sie hätten hier getobt und gesagt: Das ist eine Vorwegnahme der Souveränität des Landtags, wenn jetzt so eine Bilanz vorgelegt wird. Halten Sie doch bitte die Reihenfolgen ein und vermengen Sie nicht dauernd im Interesse Ihrer vordergründigen Politik die tatsächliche Lage!

Meine Damen und Herren, solange Sie sich nach wie vor an der Frage vorbeidrücken, wo ernsthaft gespart werden soll, so lange sind Sie mit Ihrer Finanzpolitik nicht glaubwürdig.

Ich sage deutlich: Wir stehen zu dem, was hier vorgelegt worden ist. Ich weiß und wir wissen es in der Koalition - damit komme ich auf einige wirklich kritische Punkte zu sprechen -, dass es an einigen Ecken schwierig wird und sogar Bruchstellen gibt. Diese liegen nicht notwendigerweise in der Verantwortung der gesamten Landesregierung oder des Finanzministers, sondern auch in der Verantwortung der Ressorts, die im Rahmen der Schwerpunktsetzung selber für entsprechende Dotierungen sorgen konnten.

Dass wir in den Fraktionen da an einigen Ecken und Enden Ärger empfinden und uns ernsthaft Gedanken darüber machen müssen, wie wir damit umgehen, und nach differenzierten Lösungen suchen, davon können Sie ausgehen. Natürlich wird

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) sich der Minister für Städtebau und Kultur fragen lassen müssen, warum er die regionale Kulturförderung anhebt, dafür aber die Innovationsförderung der Bibliotheken senkt. Aber derartige kleine Verschiebungen gehören zum "business as usual" des Haushalts und werden uns in den Haushaltsberatungen ganz normal begleiten.

Viel problematischer ist, welche Gesamtlinien dieser Haushalt hat. Es stellt sich die Frage der Kooperation mit den Kommunen: Was passiert zwischen Land und Gemeinden? Wie sieht die Mischfinanzierung zwischen Land und Gemeinden aus? Werden unter dem Deckmantel kleinerer Veränderungen vielleicht sogar Politikwechsel vorgenommen, die nicht öffentlich ausgiebig diskutiert worden sind und die wir hier diskutieren müssen? Ich komme im Einzelnen noch darauf zurück.

Lassen Sie mich zunächst etwas zum Thema Kommunen sagen.

Ich mache zwei Bemerkungen. Die erste ist: Verbundsatz, Verbundgrundlagen und Schlüsselmasse bleiben im Prinzip unverändert. Die Gemeinden können sich an uns orientieren. Sie können sich darauf verlassen, dass in dieser Legislaturperiode das, was die Gemeinden an Geld bekommen, in der Struktur unverändert bleibt. Damit geben wir eine große Zusage.

- (B) Meine zweite Bemerkung: Natürlich können sich in Einzelfragen Verschiebungen ergeben. Es ist richtig, dass die Punkte, die Sie genannt haben, Herr Kollege Diegel, die kommunale Ebene belasten werden. Richtig ist aber auch, dass die kommunale Ebene an ganz vielen Punkten, die Sie natürlich nicht erwähnt haben, deutliche Entlastung bzw. Mehreinnahmen erfährt. Dass die Schlüsselmasse um 3,3 % steigt, bedeutet z.B. eine wesentlich größere Rate als das, was Sie an Negativbelastung dargestellt haben. Mit dem Fonds "Deutsche Einheit" haben wir es geschafft, die kommunale Seite durch eine Streckung der Belastung deutlich zu entlasten. Das haben Sie gar nicht erwähnt. Dass die Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe dazu führt, dass die Sozialhilfelasten der Gemeinden deutlich sinken werden, haben Sie gar nicht erwähnt. Wenn Sie Bilanz ziehen, dann müssen Sie - darum bitte ich Sie herzlich - außer der Passivseite auch die Aktivseite darstellen. Erst dann kann man unter dem Strich ein Ergebnis feststellen. Das Ergebnis unter

- (C) dem Strich sieht für die kommunale Ebene selbstverständlich positiv aus.

Es gibt sogar strukturelle Veränderungen. Wir führen hier zwar keine GFG-Debatte, aber durch die Schulpauschale sind eine Reihe von Zweckzuweisungen, die immer beklagt worden sind, weggefallen. Hier ist etwas gebündelt worden. Das führt zu wesentlich mehr Flexibilität innerhalb der Kommunalpolitik und damit auch zu einer Entlastung der Bürokratie.

Die Bilanz zeigt insgesamt, dass die Koalitionsfraktionen der Landesregierung den Rücken stärken, wenn es darum geht, ein stabiler und solider Partner der kommunalen Ebene zu sein und zu bleiben. Ich sage das nicht nur in Bezug auf diesen Haushalt, sondern auch über diesen Haushalt und über das, was ihn prägt, hinaus.

Wie wir wissen, haben die letzten Monate auch gezeigt, dass die Gewerbesteuer als Grundlage der kommunalen Finanzierung in erhebliche Probleme geraten ist. Wir werden uns in der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages dringend darüber unterhalten müssen, wie eine kommunale Finanzreform angestrebt werden kann, die nicht zu einer Mehrbelastung der Bürger zugunsten der kommunalen Ebene, sondern zu Stabilität führt, damit die kommunale Ebene wieder vernünftig planen kann. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir haben. Ich denke, z. B. die vom Landtag eingesetzte Enquete-Kommission "Zukunft der Städte" kann ihren Teil dazu beitragen, hierfür die Grundlage zu legen. Der Landtag muss Weichen für die künftigen Strukturen unter Wahrung der Verfassung stellen.

(D) Die Bruchstellen in der kommunalen Ebene liegen in der Mischfinanzierung und in der nicht klaren Abgrenzung zwischen kommunalen und landespolitischen Aufgaben. Es ist unzweifelhaft so, dass Schulhausmeister, die Anschaffung informationstechnologischer Geräte, Schulsekretärinnen, Neu- und Ausbau sowie Sanierung von Schulen kommunale Angelegenheiten sind. Das ist gesetzlich völlig eindeutig geregelt. Daran beißt die Maus keinen Faden ab. Deshalb ist es schlichtweg falsch, wenn Sie der Landesregierung oder dem Land vorwerfen, es werde nichts für die kommunalen Schulbauten getan. Dies ist Sache der Kommunen.

Wir sind allerdings der kommunalen Seite durch die Schaffung eines Schultitels im GFG entgegen-

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) gekommen. Das schafft die Flexibilität, auch Neu- und Ausbau sowie Sanierung betreiben zu können. Das steht aber auf einem anderen Blatt.

Richtig ist jedenfalls, dass es hier eindeutige Zuständigkeiten auf der kommunalen Ebene gibt.

Bei der Jugendpolitik ist es genauso. Erziehungsberatung, Häuser der Offenen Tür, Jugendberatung und Jugenderholung sind prinzipiell kommunale Aufgaben. Selbst das Kindergartengesetz, das als einziges wirklich eine gesetzliche Aufgabenstruktur regelt, betrifft eine kommunale Angelegenheit. Allerdings gibt es da erhebliche, ich sage es einmal so, Vorgaben, die auf der kommunalen Ebene sehr kritisch gesehen werden. Die Regelungsdichte ist problematisch.

Wenn wir aber wissen, dass es sich hier um eine kommunale Aufgabe handelt, darf man uns nicht den Vorwurf machen, wir zögen uns aus der Mitfinanzierung kommunaler Aufgaben zurück. Das geht nicht; es handelt sich um kommunale Aufgaben. Dagegen können wir darüber reden, ob wir andere Aufgaben zu Landesaufgaben machen sollten. Sie müssten dann aber sagen, welche das sind. Man kann also nicht sagen: Ihr zieht euch aus der Verantwortung zurück.

- (B) Die Verantwortung für diese Dinge liegt also bei den Kommunen. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung haben wir unterstützt. Jetzt sind wir in der Situation, dass wir die Wahrnehmung dieser Verantwortung nicht mehr in dem Maße unterstützen können, wie wir es in den vergangenen Jahren getan haben.

Wir haben es gerade im Bereich der Jugend- und der Sozialpolitik mit einem jahrzehntelang verwobenen System zu tun, wo es dringend notwendig ist, bei uns selber darauf hinzuarbeiten, dass es klare Verantwortlichkeiten in der politischen Diskussion und in der Wahrnehmung der Aufgaben gegenüber den Bürgern und auch eine klare Organisation der Finanzstruktur gibt. Da liegt in der Tat eine wichtige Aufgabe.

Es handelt sich hier um ein Thema, das uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Im Verhältnis zu den Kommunen ist zu fragen: Wo sind die Abgrenzungen der Aufgaben, und wo liegen die Verantwortlichkeiten?

Unsere Punkte sind andere. Wir haben gesagt: Wir müssen mehr für die Schulen in Nordrhein-Westfalen tun. Wir haben ein Ausbauprogramm

- (C) an zusätzlichen Lehrerstellen von 2001 bis 2005 von 6.100 Stellen. Wir kommen damit, meine Damen und Herren, von 2001 bis 2005 auf die Einstellung von 35.600 neuen Lehrern in Nordrhein-Westfalen an unseren Schulen. 35.600 neue junge Lehrer werden 2001 bis 2005 eingestellt.

(Zuruf von Heinz Hardt [CDU])

- Ja, ja, wir haben nämlich alleine 29.500 Einstellungen aufgrund von Pensionierungen. Es werden neue junge frische Lehrer eingestellt: ein riesiger Investitionsschub. Und wir haben 6.100 zusätzliche Lehrer über den Bedarf hinaus, den wir bisher akzeptiert haben.

Meine Damen und Herren, das führt dazu, dass wir in den nächsten Jahren eine unglaubliche Verjüngung des Lehrkörpers haben werden. Es macht Spaß, mit jungen Kollegen zu arbeiten. Es macht auch Spaß, sie zu motivieren,

(Zurufe von der CDU)

selbstverständlich, weil sie anders daran gehen, als das viele Politiker mit ihrer Messlatte machen.

(Unruhe bei und Zurufe von CDU und FDP)

(D) Meine Damen und Herren, in diesen Bereichen ist die Schwerpunktsetzung erfolgt. Der Ganztagsbetrieb ist in Nordrhein-Westfalen vorbildlich. Wir sind an der Spitze des Bundesgebietes. Es gibt kein Bundesland, das uns da auch nur im Geringsten nahe kommt.

Da Sie immer Bayern als Beispiel zitieren: Erkundigen Sie sich einmal, wie weit in Bayern der Ganztagsbetrieb an Schulen ist! Ich sage Ihnen: null. Es gibt in Bayern keinen Ganztagsbetrieb an Schulen. Es ist schade, dass Sie das bayerische Beispiel als Vorreiterrolle von Nordrhein-Westfalen nur immer dann zitieren, wenn es Ihnen passt.

(Zuruf von Heinz Hardt [CDU])

- Zu Ihnen komme ich noch, Herr Hardt! Sie müssen sich anhören, was die Bayern da getan haben. Da sehen die Bayern und auch die CDU in Nordrhein-Westfalen sehr alt aus.

Meine Damen und Herren, Volksparteien benötigen zur Legitimierung ihrer Politik bei der Schwerpunktbildung auch eine Nachrangigkeitsliste. Wir können bei Konflikten um wichtige Punkte wie Straßenbau, Schulen und Ganztags nicht umhin,

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) wenn wir sparen wollen, da zu sparen, wo Einzelinteressen berührt sind oder wo es um bedarfsgerechte Reduzierung geht.

Ich nenne dafür nur einige Beispiele und beantworte damit gleichzeitig eine Frage von Kollegen Diegel: Wo sind eigentlich die Programme, die eingespart worden sind? Soziale Betriebe, Beratungsstellen, Stiftungen, Asylbewerberbetreuung, Förderung russischer Migranten, Zuschüsse für die Entschlammung von Seen, Gänsefraßentschädigung usw., usw.

Meine Damen und Herren, es gibt ein ganzes Bündel von Detailpunkten in diesem Haushalt, die wir uns angucken müssen und die wir möglicherweise in ein Konzept zur Finanzierung anderer Dinge einbeziehen müssen.

Ich komme damit, weil das u.a. das Ergebnis der Sparkommission ist, zu dem, was Kollege Diegel zur Sparkommission gesagt hat. Da wundere ich mich wirklich sehr. Ich muss zunächst den Finanzminister fragen: Herr Finanzminister, hat die Opposition jemals von dem Angebot Gebrauch gemacht, Informationen aus der Sparkommission bei Ihnen anzufordern?

- (B) (Minister Peer Steinbrück: Nein!)

- Ich höre ein Nein. Das habe ich mir gedacht.

Herr Kollege Diegel redet von der Sparkommission wie ein Blinder von der Farbe. Er kann überhaupt nicht nachvollziehen, wo in diesem Haushalt Ansätze der Sparkommission sind, in welchem Maße sie vorhanden sind und wie sie konkret aussehen. Er kann das nicht nachvollziehen, weil er sich noch nie darum gekümmert hat, was in der Sparkommission eigentlich beraten worden ist.

Deshalb empfehle ich Ihnen dringend: Warten Sie auf das Schlussprotokoll der Sparkommission! Es wird in den nächsten Tagen vorgelegt werden. Es ist auch der Opposition selbstverständlich zugänglich. Dann können Sie sich gerne an der konstruktiven Diskussion darüber beteiligen, welche Programme denn von Ihnen zur Einsparung vorgeschlagen werden. Auf diese Vorschläge warte ich schon seit Jahren. Vielleicht wird das diesmal ein wenig konkreter.

Meine Damen und Herren, ich bin bei einem der letzten Punkte, die mit dem Thema Konsolidierungshaushalt zu tun haben. "Klammheimlicher Politikwechsel" habe ich es eben genannt. Es gibt

- (C) ein gewisses Misstrauenspotenzial, was damit zu tun hat, dass es im Haushalt kleine, harmlos erscheinende Positionen gibt, bei denen man nicht weiß, ob sich hinter diesen Positionen möglicherweise Politikveränderungen verstecken.

So gibt es plötzlich eine Zuführung von Mitteln in den Landeshaushalt, die bisher der Wohnungsbauförderungsanstalt oder im Wohnungsbauvermögen verblieben waren. Dazu wird der zuständige Fachminister Stellung nehmen müssen. Offenkundig handelt es sich nicht um eine einmalige Aktion zur Finanzierung des Haushaltes 2002, sondern um eine längerfristig angelegte Strategie.

Man muss natürlich darauf achten, dass durch den Verzicht auf die Anhebung von Mieten im sozialen Wohnungsbau das Wohnungsbauvermögen schon kräftig angekratzt ist. Dann muss man wissen, dass nun ein zweiter Punkt zur Senkung des Landeswohnungsbauvermögens führt - und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Linie über das, was Wohnungsbaupolitik in den nächsten Jahren sein soll, in diesem Haus noch nicht klar entschieden, nicht einmal klar diskutiert worden ist.

- (D) Ich muss deshalb fragen: Was tun wir in den Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemen, wenn diejenigen, die Fehlbelegerabgabe zahlen, wegziehen und sich der Stadtteil negativ sozial verändert? Was tun wir, wenn Menschen mit Normaleinkommen nicht mehr in der Lage sind, eine Sozialwohnung zu beziehen, weil sie mit Normaleinkommen schon über den Sätzen liegen? Was heißt das für die Wohngebiete, in denen solche Sozialwohnungen leer stehen? Wie setzen wir die Instrumente Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau, Neugestaltung der Eigentumsförderung und Fehlbelegerabgabe sinnvoll ein, um gegenzusteuern?

Diese Fragen kommen, wenn man eine relativ kleine Position im Landeshaushalt sieht und sich fragt, was dahintersteckt. Ich bitte den Wohnungsbauminister, der den Tiefgang der Diskussion sehr wohl kennt, uns hier eine schlüssige Konzeption vorzulegen und in eine Debatte mit uns einzutreten, wie wir denn gemeinsam unsere Vorstellungen in der Wohnungsbaupolitik in den nächsten Jahren gestalten. Auf jeden Fall sollten alle wissen, dass wir klammheimliche Veränderungen politischer Strategien ablehnen. Sie müssen schon politisch besprochen sein, sie müssen schon getragen sein.

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) Deshalb bitte ich Sie, Herr Bauminister: Erweisen Sie sich als echter Bauminister, als Gestalter! Das können Sie ja auch. Das weiß ich.

(Joachim Schultz-Tornau [FDP]: Meine Güte, er hat das falsche Parteibuch!)

- Wir sind da sehr offen miteinander. Die Kritik, Herr Kollege, richtet sich nach dem Sachgehalt der Probleme, die wir miteinander diskutieren müssen. Es geht nicht nach Gerechtigkeit pro Kopf, sondern nach Sachlage.

Ich komme auf die Investitionsquote zu sprechen. Ich weiß, dass die Investitionsquote immer Diskussionsgegenstand in diesem Hause ist. Ich habe immer davon gewarnt, diese Quote als Fetisch vor sich her zu tragen. Was ist denn diese Investitionsquote eigentlich? In diese Investitionsquote geht z.B. die freie Investitionspauschale ein, die wir im GFG den Gemeinden zur Verfügung stellen. Sie ist Bestandteil der Berechnungen der Investitionsquote.

Nur wissen wir alle, wie die Gemeinden damit umgehen. Sie ersetzen eigene Investitionen durch die Zuschüsse, die wir geben. Für die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand in Nordrhein-Westfalen ist beispielsweise dieser Faktor ein reines Nullspiel.

(B)

Es hat mit Investitionen nichts zu tun, wird aber der Investitionsquote zugerechnet.

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel nennen: Wenn die Polizei ihren gesamten Fahrzeugpark least, findet das seinen Niederschlag in Leasingraten und damit im konsumtiven Bereich des Haushalts. Würde sie den gleichen Fahrzeugpark kaufen, führte das zu einer unglaublichen Auswirkung in der Investitionsquote. Der wirtschaftliche Effekt ist in beiden Fällen absolut der gleiche. Auch hier zeigt sich, dass die haushälterische Sicht auf Investitionsquoten zu kurz greift. Wir müssen uns schon so mit den Dingen befassen, wie sie tatsächlich in der Wirtschaft ablaufen.

Deshalb sage ich Ihnen: Wenn wir uns bemühen, all das, was wir und der Bund - beispielsweise im Straßenbau in Nordrhein-Westfalen - in Vorbereitung haben und planen, so schnell wie möglich durchzuführen, kann es eine tatsächliche Wirkung entfalten. Das ist echte Investitionstätigkeit.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(C) Ich sage allerdings ausdrücklich, dass nur die finanzpolitische Lage, die Konjunkturlage es rechtfertigt, dies im Wege der Vorgriffsfinanzierung durchzuführen. Das kann kein Regelfall sein. In schwierigen konjunkturellen Zeiten ist dies aber sicherlich zulässig.

Ein ganz wichtiger Punkt und eines der größten Investitionsprogramme, die es überhaupt auf der Schiene - im wortwörtlichen Sinne - gibt, ist von Ihnen gar nicht erwähnt worden. Es geht um den Metrorapid. Der Metrorapid hat ein Investitionsvolumen von schätzungsweise 6 Milliarden DM.

(Heinz Hardt [CDU]: Wo kommt denn das Geld her?)

Ich hätte mich sehr gefreut, wenn Sie nicht nur mehr Investitionen von der Landesregierung fordert, sondern gesagt hätten, der Metrorapid solle so schnell wie möglich Wirklichkeit werden, damit die Wirtschaft belebt wird.

Herr Kollege Hardt, es verträgt sich nicht, dass Sie als Landtagsabgeordneter für die CDU in Eintracht mit Ihrem Oberbürgermeister in Düsseldorf fordern, zu warten, da alles zu kompliziert und zu schwierig sei, die Finanzierung noch nicht sichergestellt wäre und noch über Verkehrsberuhigungen zu diskutieren sei. Es wäre schön, wenn Sie sagen würden: Jawohl, wir machen das. Die Probleme, die sich ergeben, sind so klein, dass die Maßnahme an sich Vorrang haben muss. Es wäre sehr befreiend, wenn sich die Opposition dazu bekennen würde, dass der Metrorapid ein unglaubliches Investitionsprogramm in diesem Land ist.

(D)

(Beifall bei der SPD - Heinz Hardt [CDU]: Es wäre schön, wenn es so wäre! - Helmut Diegel [CDU]: Es kostet Milliarden!)

- Helmut, lass es. Das ist wirklich kein Umgang miteinander.

Meine Damen und Herren, die Kommunen sind die Hauptträger der Investitionslast der öffentlichen Hand. Wenn Sie das einmal vergleichen wollen: Der Anteil des Landes an den Investitionen beträgt im Verhältnis 1:8. Wir haben einen konsumtiven Haushalt mit 50 % Personalkosten. Die Kommunen haben die Hauptlast der Investitionen zu tragen. Es ist - das ist wichtig - unsere Aufgabe, der kommunalen Seite diese Investitionen zu ermöglichen.

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) Insgesamt - was die Investitionstätigkeit angeht - haben wir Einiges geleistet. Die Landesregierung wird noch nachlegen. Sie werden sehen, dass die Diskussion über Investitionsquoten an Bedeutung verlieren wird. Ich sage noch einmal: Es kommt auf die tatsächliche Investition an und nicht auf die haushälterische Investitionsquote.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist natürlich der Wegfall der Brüsseler Gelder zu beklagen. Das ist völlig klar. Natürlich ist es schade, dass Minister Harald Schartau, weil wir konsolidieren müssen und im nächsten Jahr weniger neue Schulden als dieses Jahr aufnehmen wollen, im Landeshaushalt keine entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt bekommt.

Ich sage hier ganz deutlich: Die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nicht so sehr ein quantitatives Problem, sondern in Wahrheit ein Instrumentenproblem. An dem Punkt müssen wir arbeiten. Da die Instrumente in Berlin festgelegt werden und neben der kommunalen Sozialhilfe und den Leistungen des Bundes die Landesmöglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sehr bescheiden sind, müssen wir unsere gesamte Kraft darauf verwenden, dass durch eine Bündelung der Mittel und durch eine Zusammenarbeit der entsprechenden Träger eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erreicht werden kann.

(B)

Ich bedanke mich besonders bei Harald Schartau, der mit neuen Denkansätzen diese Diskussion belebt und auch die Diskussion in Berlin maßgeblich mitbeeinflusst hat.

Es geht in der Tat um die Schließung einer Kette, die bei der Arbeitslosigkeit beginnt, Qualifizierung ermöglichen und dazu führen soll, einen konkreten Arbeitsplatz anbieten zu können. Diesen Zusammenhang gibt es bisher nicht. Es wird qualifiziert, egal wofür. Wir müssen diese Lücke schließen. Wir müssen eine konkrete Arbeitsvermittlung für die betreffende Person sicherstellen. Das ist das eigentliche Problem, vor dem wir stehen.

Deshalb sage ich noch einmal deutlich: Sie mögen beklagen, dass die Mittel gekürzt worden sind. Viel entscheidender ist, dass durch eine Bündelung der Mittel von Bund, Ländern und Gemeinden und die Zusammenarbeit der Behörden ein administrativer Durchbruch zugunsten der Arbeitslosen gelingt. Das ist der ganz entscheidende

Wendepunkt in der Arbeitsmarktpolitik. Hier ist Berlin auf einem guten Wege. (C)

In der Diskussion um diesen Haushalt hat es natürlich auch ein paar kuriose Vorschläge gegeben. Ich denke an den Vorschlag, bei den Pensionen stark zu kürzen. Der Schlüssel dazu liegt in Berlin. Wir freuen uns und sind auch überrascht über die Tatkraft von Minister Schily, dass er nämlich noch in dieser Legislaturperiode das Problem der Absenkung der Pensionsspitzen angepackt hat. Das entlastet uns ein wenig. Es wird uns aber nicht so entlasten, dass wir schon heute über die finanzpolitischen Auswirkungen auf unseren Haushalt jubeln können. Alle Vorstellungen, die sich mit einer kurzfristigen Entlastung des Haushalts befassen, können übrigens nur dazu führen, die Menschen persönlich zu belasten. Würden wir die Weihnachtsgelder streichen, führte das natürlich zu einer Entlastung des Haushalts, doch die Betroffenen würden belastet werden. Ich denke, wir sollten sehr vorsichtig sein und uns überlegen, ob wir dem öffentlichen Dienst noch mehr zumuten können, als dies in den vergangenen Jahren schon passiert ist.

So kurios es auch klingt: Der gute Vorschlag, bei künftigen Neueinstellungen die Pension durch den Abschluss von Lebensversicherungen zu sichern - ich sage deutlich, dass ich es für richtig halte -, führt aber dazu, dass die konsumtive Belastung im Personalbereich für jeden, der neu eingestellt wird, durch diesen Arbeitgeberanteil zur persönlichen Altersvorsorge steigen wird. Wir werden Mehrausgaben haben. Die Entlastung wird im Jahre 2040 eintreten, dann nämlich, wenn der, der in diesem Jahr eingestellt wird, im Jahre 2040 in Pension gehen wird. (D)

Ich finde es ausgesprochen gut, dass die Politik die Kraft hat, heute schon Linien einzuschlagen, die in vierzig Jahren greifen. Es ist aber wirklich eine Illusion, zu glauben, dass wir in den nächsten Jahren durch eine solche Maßnahme schon positive Erfolge haben werden. Ich warne deshalb davor, zu glauben, man könne sein Heil darin suchen, andere zu bitten, für uns die Probleme zu lösen.

Nein, meine Damen und Herren. Wir werden die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung selbst meistern müssen, und zwar mit allen Schwierigkeiten, die für uns in der politischen Tagesdebatte damit verbunden sind. Dazu sind wir im Interesse der künftigen Generationen verpflichtet. Dieser

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) Landshaushalt hat diese Chance voll genutzt. Diese Regierung sieht blendend damit aus. Wir sind auf dem richtigen Wege. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Walsken. - Für die FDP erteile ich jetzt Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie im vergangenen Dezember glaube ich immer noch, dass der Kollege Steinbrück persönlich eine veränderte Haushalts- und Finanzpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen will.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Das kann man so nicht sagen!)

Ein Teil der Überschrift Ihrer Einbringungsrede, Herr Minister, lautete: "Für die Zukunft unserer Kinder". - Wie im vergangenen Jahr betonen Sie auch in diesem Jahr damit Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit als entscheidenden Maßstab für politisches Handeln. An dieser Stelle stimmt Ihnen die FDP ausdrücklich zu.

(B)

(Bodo Champignon [SPD]: Guter Anfang!)

Sie haben sehr deutlich ausgeführt, dass es im Interesse der Generationengerechtigkeit so nicht weitergehen kann, wie es in den vergangenen Jahren, ja sogar Jahrzehnten von dieser Landesregierung betrieben wurde. Die Fakten des Haushaltes sind jedem bekannt; ich will nur einige wenige zusätzlich nennen, die bisher nicht so in Erscheinung getreten sind.

Die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen haben sich in den vergangenen 20 Jahren verfünffacht. Der Schuldenstand betrug zum 1. Januar 2001 ausweislich des von Ihnen vorgelegten Haushaltes knapp 77 Milliarden Euro. Für das Jahr 2002 sind allein Zinsausgaben in Höhe von rund 4,6 Milliarden Euro veranschlagt; immerhin rund 157,9 Millionen Euro mehr als im Jahr 2001. Die Zinsquote ist schon genannt worden; sie beträgt 9,3 %.

Nun frage ich mich: Was könnte man mit 4,6 Milliarden Euro so alles für die Zukunft unserer Kinder gestalten? - Viel Gutes. Man könnte mehr

Lehrer einstellen und mehr Straßen bauen. Wegen der Finanzierung des Metrorapids bräuchte der Verkehrsminister nicht so rumzueiern. Unsere Polizei bekäme wirklich gute und haltbare Schutzwesten. Die Maßnahmen zur Motivations- und Leistungsförderung könnten ausgezahlt werden, und, und, und. Ich denke, jedem in diesem Haus fallen noch viele andere Punkte ein.

(C)

Aber nein, diese Landesregierung, aber auch diejenigen, die in diesem Parlament die Mehrheiten für die vergangenen Entscheidungen bildeten, haben die politische Verantwortung dafür zu tragen, dass die Schuldenlast jeglichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum heute und auf absehbare Zeit erstickt.

(Beifall bei der FDP)

Die bittere Realität sieht so aus: 4,6 Milliarden Euro Zinslast, die Investitionen in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen verhindern.

4,6 Milliarden Euro Zinslast, die Investitionen in die Infrastruktur des Landes verhindern.

4,6 Milliarden Euro Zinslast, die nachfolgenden Generationen jegliche Freiheit zur Ausgestaltung ihrer eigenen Lebenswirklichkeit raubt.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe das bereits im vergangenen Dezember gesagt; weil es aber nach wie vor richtig ist, wiederhole ich mich gerne: Die Billigung einer derartigen Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen ist unsozial, unverantwortlich und generationenfeindlich.

(Beifall bei der FDP)

Und ich erlaube mir auch in diesem Jahr wieder den Hinweis: Die Investitionsquote liegt nur um knapp 0,1 % über der Zinsquote. Das ist ein verdammt knapper Sprung; er ist noch knapper als im vergangenen Jahr.

Herr Minister Steinbrück, die FDP begrüßt Ihre Zielbeschreibung Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau, weil genau das der richtige Weg für eine nachhaltige Finanzpolitik ist. Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung ernüchtert, denn auch in den kommenden Jahren ist mit einer weiteren Nettoneuverschuldung zu rechnen. Notwendig ist der Mut zu grundlegenden Reformen, die

(Angela Freimuth [FDP])

(A) nachhaltig für die Generation unserer Kinder wirken.

Nun ist ja bekanntlich guter Rat teuer, und der Minister hat in seiner Einbringungsrede auch schon einige Vorschläge in seiner charmanten arroganten Art von sich gewiesen und damit deutlich gemacht, dass er den guten Rat der FDP eigentlich gar nicht will. Herr Minister, Sie bekommen ihn trotzdem, denn dazu sind wir von der FDP von den Bürgerinnen und Bürgern in dieses Parlament gewählt worden.

(Beifall bei der FDP)

Sparen ist zwingend. Im noch nicht zitierten Teil der Überschrift der Einbringungsrede heißt es: "Erfolgreich sparen".

Meine Damen und Herren der Landesregierung, die FDP wird Sie bei vernünftigen Sparvorschlägen unterstützen. Sparen ist unabwendbar notwendig. Alles Wünschenswerte lässt sich bei der Finanzsituation des Landes nicht realisieren, und zwar völlig unabhängig davon, wer für die Finanzsituation im Ergebnis die politische Verantwortung zu tragen hat.

(B) Allerdings wünsche ich mir schon, dass wesentlich stärker auch bei Ihren Sparvorschlägen herauskommt, welche Prioritäten Sie in Ihrer Politik setzen. Es könnte im Übrigen sein, dass wir als FDP andere Prioritäten setzen; darüber werden wir streiten. Das gehört zum Parlamentarismus.

Wir alle sind in den vergangenen Wochen auf die reduzierten Fördermittel für die öffentlichen Bibliotheken angesprochen worden. Das ist sicherlich im Detail in den entsprechenden Fachausschüssen zu prüfen.

Allerdings erlaube ich mir die Anmerkung, dass öffentliche Bibliotheken - jedenfalls nach all dem, was mir mitgeteilt worden ist - in vielen Bereichen mit diesen Fördermitteln Maßnahmen durchführen, die eigentlich in die allgemeinbildenden Schulen hineingehörten, dort aber wegen der völlig verfehlten Bildungspolitik dieses Landes - und damit meine ich nicht nur den fortdauernden Lehrermangel, sondern auch die konzeptionelle Lehrplangestaltung - nicht durchgeführt werden.

(Beifall bei der FDP - Ewald Groth [GRÜNE]:
Von der Sache keine Ahnung!)

(C) Wenn Sie, Herr Minister, Ihre Einbringungsrede unter das Motto "Zukunft für die Kinder" stellen, ehrt Sie das sehr. Warum aber gerade die Zuschüsse für die Kinder- und Jugendhilfe im Einzelplan 11 drastisch gestrichen werden, ist unter dieser Überschrift nur bedingt nachvollziehbar.

(Beifall bei der FDP)

Mir fallen spontan einige andere Programme ein, die nur über deutliche Umwege einem Teil der Menschen in NRW, einer bestimmten politischen Farbe, nützen, z. B. die Mittel für das Promotorinnenprogramm in der Eine-Welt-Politik der Umweltministerin. Hier wurden die Mittel um 10 % aufgestockt. Ich frage: Warum nicht auch hier den Sparstift ansetzen?

(Beifall bei der FDP - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Prävention ist wichtiger denn je!)

Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich richtig: Ich habe nichts gegen das Programm - gegen viele andere Programme auch nicht. Mir fallen vielleicht auch weitere Programme ein.

Wir als FDP setzen aber andere Prioritäten. Für uns sind Bildung und Ausbildung unserer Kinder wichtiger. Für uns ist die Verbesserung der Infrastruktur in diesem Land Nordrhein-Westfalen wichtiger. Für uns sind die Hilfen für Existenzgründungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen einfach vorrangig.

(Beifall bei der FDP)

Auch das berühmte Programm-Controlling ist bereits angesprochen worden, also die Überprüfung auf die Sinnhaftigkeit und Kosteneffizienz der einzelnen Programme. Das wird hoffentlich noch in den Fachausschüssen detailliert erörtert werden. Für die FDP-Fraktion biete ich an, dass wir konstruktiv diese Effizienzprüfung begleiten werden, so Sie denn an einer fachlich kompetenten und sachlichen Zusammenarbeit interessiert sind.

Meine Damen und Herren, ich kann mir nicht helfen, aber in Anbetracht der hier schon vielfach zitierten, strukturell feststehenden Ausgabenblöcke muss ich feststellen, dass das Sparen allein auch nicht ausreichen wird. Vielleicht ist es möglich, die Neuverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen ein Stückchen zurückzufahren.

(Edith Müller [GRÜNE]: Machen wir doch!)

(Angela Freimuth [FDP])

- (A) Vielleicht erreichen wir das. Der große Wurf gelingt uns aber allein mit den Sparansätzen dieses Haushaltsentwurfs nicht. - Frau Müller, ich weiß, dass auch Sie strukturelle Veränderungen anmahnen. Dazu komme ich jetzt aber noch.

Sparen ist notwendig, und ich gratuliere dazu, dass das eine oder andere Mitglied dieses Kabinetts tatsächlich den Mut zu konkreten Sparvorschlägen gefunden hat. Der Wille zur strukturellen Veränderung, die aus der Sicht der FDP notwendig ist, ist vielleicht beim Kollegen Steinbrück deutlich erkennbar, bei den übrigen Mitgliedern der Landesregierung jedoch nur in zarten Ansätzen.

Der größte Ausgabenblock im Landesetat sind nach wie vor die Personalausgaben. Ich will im Detail hier nicht auf den Stellenabbau eingehen. Das wurde schon angesprochen. In den Fachausschüssen werden wir darüber beraten. Der Finanzminister hat aber in seiner Einbringungsrede bereits darauf hingewiesen, dass uns gar nicht einmal so sehr die Ausgaben für die aktiv Beschäftigten des öffentlichen Dienstes drücken. Vielmehr stellen die Ausgaben für die Versorgungsempfänger eine tickende Zeitbombe dar. Nach den vom Bundesinnenminister vorgelegten Modellrechnungen wird bis zum Jahre 2040 die Zahl der Versorgungsempfänger drastisch ansteigen, und zwar stärker, als das in den vergangenen 30 Jahren der Fall gewesen ist.

(B)

NRW macht bei dieser Entwicklung keine Ausnahme. Das Problem ist erkannt, und auch die Ursachen dafür sind klar beschrieben. Aufgrund der Erweiterung der öffentlichen Aufgaben und der damit verbundenen Personalmehrung vor allem Mitte der 60er- bis Ende der 70er-Jahre ist es zu diesem Anstieg an Versorgungsempfängern gekommen. Dadurch ist der sprichwörtliche "Versorgungsberg" entstanden.

Die insgesamt - und auch allen Betroffenen zu gönnende - höhere Lebenserwartung und damit natürlich auch die längere Zahlungsdauer der Versorgungsbezüge tun ihr Übriges dazu. Die gesetzlichen Vorruhestandsregelungen tragen ebenfalls zu dem Anstieg der Pensionskosten bei.

Die politisch Verantwortlichen - das können wir heute im Großen und Ganzen bei allen Fraktionen feststellen und bedauern, es ändert aber nichts - haben in den vergangenen Jahren ungedeckte Schecks auf die Zukunft der nach uns

- folgenden Generationen ausgestellt. Deshalb sollte ich hier nicht von den politisch Verantwortlichen, sondern von den politisch Unverantwortlichen sprechen, die solche Entscheidungen getroffen haben. (C)

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, ich finde es begrüßenswert, dass Sie diese tickende Zeitbombe erkannt haben und ohne ideologische Vorbehalte die Suche nach einer für das Land und seine Beschäftigten geeigneten Lösung begleiten. Sie werden hier von der FDP jede Unterstützung für eine vernünftige und nachhaltige Lösung erhalten.

Einige verbieten das Denken über strukturelle Veränderungen mit der Begründung: "Das war schon immer so, das geht doch nicht, was werden die Leute dazu sagen?" Die FDP gehört nicht zu denen, die das Denken verbieten. Ich sage: Wir müssen das, was schon immer so war, hinterfragen. Das, was nicht geht, muss gangbar gemacht werden. Wenn wir das für notwendig und richtig halten, werden die Leute auch sagen, dass wir als Politiker unserer Verantwortung gerecht werden.

- Mit den strukturellen Veränderungen müssen wir schon vor der Einstellung der Beschäftigten beginnen. Wir müssen den Staat von allen nicht unbedingt notwendigen Aufgaben befreien und Entscheidungskompetenzen an die Bürger zurückgeben. (D)

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der Staat muss und darf nicht alles regeln und machen. Wir brauchen eine lebendige und wehrhafte Demokratie aktiver Bürgerinnen und Bürger, die Platz haben, ihr Leben eigenverantwortlich und freiheitlich zu gestalten. Deshalb müssen wir zu einem konsequenten Aufgabenabbau kommen. Der Staat hat sich auf seine Kernkompetenzen zu beschränken.

Das Land hat - wie überhaupt die öffentliche Hand - Beamte nur dort einzusetzen, wo es aufgrund der besonderen hoheitlichen Aufgaben zwingend erforderlich ist. Eines ist auch zu bemerken: Wir haben für die angestellten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes andere Versorgungssysteme als für die Beamten. Das Problem der Versorgungsleistungen - wenn man es denn als Problem benennt - existiert spezifisch nur bei Beamten. Deswegen müssen wir anfangen, die

(Angela Freimuth [FDP])

- (A) Beamten wirklich nur dort einzusetzen, wo es zwingend geboten ist.

Ich möchte an der Stelle etwas erwähnen, was mir in der vergangenen Zeit öfter quergestoßen ist. Wir dürfen von den Beamtinnen und Beamten nicht nur im Sinne von Kostenfaktoren reden, sondern wir müssen auch ihre Leistungen für diese Gesellschaft anerkennen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Beamtinnen und Beamte dürfen für die Versäumnisse der Politik nicht die Schuld zugeschoben bekommen. Eine Landesregierung, gleich welcher politischer Couleur, darf sich nicht auf dem Rücken der Beamten von ihren Fehlern reinwaschen.

Ich hoffe, dass wir über alle Fraktionsgrenzen hinweg eine zukunftsfähige Lösung finden werden, die dem Landeshaushalt, aber auch den berechtigten und schutzwürdigen Interessen der Beschäftigten gerecht wird.

Wir müssen den öffentlichen Dienst für junge und hoch qualifizierte Menschen attraktiv gestalten. Vielleicht müssen wir sogar mehr Flexibilität zwischen der freien Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst erreichen. Da mutet es schon etwas merkwürdig an, warum der Abteilungsleiter eines Ministeriums nicht in die Industrie gehen kann bzw. warum umgekehrt ein Manager nicht in ein Ministerium wechselt. Das ist in Deutschland - auch in Nordrhein-Westfalen - völlig festgefahren und starr. Wir müssen uns auch die Frage stellen lassen, warum wir beispielsweise jemanden aus dem öffentlichen Dienst zu einer GmbH beurlauben und dafür eine Leerstelle einrichten, wenn diese Beurlaubung möglicherweise 15 Jahre dauert.

- (B) Wir fordern von allen Menschen in dieser Republik Flexibilität und auch ein Mindestmaß an Risikobereitschaft. Wenn aber jemand aus dem öffentlichen Dienst in Führungspositionen in der privaten Wirtschaft wechseln will, machen wir irgendwelche Ausnahmen.

Meine Damen und Herren, warum muss unser System in Deutschland so starr sein? - Es muss nicht so starr sein. Lassen Sie uns in NRW die bürokratischen Mammutwerke durchforsten und entrümpeln. Lassen Sie uns jede Regelung auf ihre unabdingbare Notwendigkeit hin hinterfragen. Wir ersticken an bürokratischen Vorschriften. Diese Bürokratie war schon immer so. Manchmal

- (C) habe ich den Eindruck, als wollten wir den Beschäftigten des Landes und den Bürgerinnen und Bürgern ihren gesunden Menschenverstand absprechen, indem wir sie bis in die kleinsten Details ihres Lebens gängeln und bevormunden.

Meine Damen und Herren, Herr Minister, ich habe mit Bedauern zur Kenntnis genommen, dass das Land NRW seine Liquidität in erheblichem Maße zulasten der Kommunen verbessert hat. Ich gebe unumwunden zu, dass ich es leid bin: Die Kommunen werfen sowohl dem Land als auch dem Bund - meistens zu Recht - vor, dass sie als letztes Glied in der Kette die Suppe auslöffeln müssen. In schöner Regelmäßigkeit weisen Land und Bund diese Vorwürfe zurück. In diesem Haushalt warten auf die Kommunen allerlei unangenehme Überraschungen: Sie sollen einen höheren Anteil an den Kosten für Leistungen nach dem Unterhaltungsvorschussgesetz tragen, sich an den Investitionen für die Krankenhäuser beteiligen und vieles mehr.

Die Kommunen erfahren oft: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint! - Lassen Sie mich in dem Zusammenhang einige Beispiele anführen: Die Schulpauschale ab dem Jahre 2002 ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das bestreiten wir nicht. Mehr Eigenverantwortlichkeit und Autonomie bei den Kommunen als Schulträger sind richtig. Der Haken an der Angelegenheit: Diese Mittel sind nicht für alle Maßnahmen im Zusammenhang mit Schule zu verwenden, beispielsweise nicht für die Schülerfahrtkosten. Darauf werden wir alle angesprochen. Einige Gemeinden versuchen das trotzdem. Wenn man es allerdings ordnungsgemäß machte, müsste die Kommunalaufsicht diese Beschlüsse und Ausgaben beanstanden.

Beim Feuerschutz legt der Innenminister im März dieses Jahres höhere Standards fest, während der Finanzminister propagiert, man müsse die Standards senken. Meine Damen und Herren von der Landesregierung, vielleicht sollten Sie das einfach ein bisschen besser koordinieren. Vieles ist dort noch zu optimieren. Es gibt Beispiele aus anderen Ressorts, die das ebenfalls unterstützen.

Wir haben in der Diskussion um die kommunalen Finanzen auch das Thema "Gewerbsteuer" immer wieder auf der Tagesordnung. Viele Kommunen haben während der vergangenen Wochen drastische Einbrüche bei ihren Gewerbesteuererträgen hinnehmen müssen. Viele Kommunen stehen vor ihrem haushaltspolitischen Aus. Die

(D)

(Angela Freimuth [FDP])

- (A) Gewerbesteuer ist eine im internationalen Vergleich nahezu unbekanntes Sonderbelastung für die Unternehmen in Deutschland.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Quatsch!)

Die Gewerbesteuer wirkt wettbewerbsverzerrend, weil Exporte belastet werden, Importe aber nicht.

Die Gewerbesteuer stellt für die Gemeinden zurzeit die Haupteinnahmequelle dar, ist jedoch völlig unberechenbar und in keinerlei Hinsicht planbar. Das müssen wir schlicht und ergreifend zur Kenntnis nehmen. Das gehört sowohl zur Lauterkeit eines Haushalts wie auch der Haushaltspolitik des Landes.

(Beifall bei der FDP)

Dass wir als FDP schon seit ewig und drei Tagen die Abschaffung der Gewerbesteuer fordern, ist jedem in diesem Haus bekannt. Trotzdem wiederhole ich: Diese Gewerbesteuer muss weg! Wir müssen zu einer anderen Finanzierungsmöglichkeit für die Kommunen kommen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Viel Spaß in Hamburg!)

- (B) und für verlässliche Einnahmen der kommunalen Finanzhaushalte sorgen.

Meine Damen und Herren, ich habe gerade gesagt, dass ich es leid bin, dass immer wieder der eine dem anderen die Schuld für die finanzielle Misere anlastet. Das hat etwas damit zu tun, was sowohl Minister Steinbrück wie auch meine Vordröner - insbesondere Herr Walsken - bereits angesprochen haben. Wir müssen endlich das Thema der leidigen Mischfinanzierung anpacken, diesen Dschungel von Zuständigkeiten. Langsam, aber sicher haben die Kommunen wirklich die Faxen dicke. Jeder gibt dem anderen die Schuld, was im Ergebnis aber nicht weiterhilft. Wir kommen nicht weiter, wenn wir immer nur den schwarzen Peter hin- und herschieben.

Wir brauchen für alle Ebenen unseres föderalen Staatsaufbaus verlässliche eigene Einnahmen. Wir brauchen für alle Ebenen unseres föderalen Staatsaufbaus klare Zuständigkeiten und Kompetenzen. Für die FDP betone ich: Wir müssen dabei dem Grundsatz der Subsidiarität Geltung verschaffen.

Meine Damen und Herren, angesichts vorgenannter Problemlagen und Defizite müssen wir zu einer grundlegenden Neustrukturierung der Finanzpolitik unseres Landes kommen. Ich fordere, dass wir wirklich zu einem konsequenten Abbau der Mischfinanzierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden kommen, und bin dem Finanzminister sehr dankbar, dass er dort beabsichtigt, Initiativen zu ergreifen. Damit dem Bürger klar vermittelt werden kann, wer für was die Verantwortung trägt, wer für welche finanziellen Auswirkungen die Haftung zu übernehmen hat, müssen wir für eine grundlegende Klärung sorgen. An der Stelle hilft kein Herumdebattieren. Sämtliche Schuldzuweisungen - Wer hat damals diese oder jene folgenschwere Entscheidung getroffen? - helfen uns heute nicht weiter. Ich weiß, dass die Versuchung groß ist, so etwas zu tun. Mitunter erliege ich ihr auch. Aber es hilft trotzdem nichts. Wir müssen richtig und konsequent an den Abbau der Mischfinanzierung ran.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Endlich etwas Richtiges!)

Meine Damen und Herren, das Thema "Privatisierung" ist gerade schon genannt worden. Die Anteile des Landes an der WestLB sind immer noch nicht veräußert worden. Deshalb bleibt die Forderung nach wie vor bestehen. Wenn Sie angesichts unseres Schuldenberges die Privatisierung von Landesanteilen weiterhin kategorisch ablehnen, weiß ich wirklich nicht, mit welcher phantasiereichen Gestaltung im Grunde gearbeitet werden soll. Befreien Sie doch einmal Ihren Kopf von solchen Schranken und Barrieren!

(Beifall bei der FDP)

Insider schätzen im Zusammenhang mit der WestLB ein Privatisierungsvolumen von ungefähr 20 bis 30 Milliarden DM. Selbst wenn man sich im unteren Bereich dieser Spanne bewegt, könnte man die jährliche Zinsbelastung um etwa eine Milliarde DM mindern. Das wäre doch schon einmal ein ganz schöner Gestaltungsspielraum, den wir uns so eröffnen könnten. Warum nicht einmal über solche Sachen nachdenken?

(Zuruf von Winfried Schittges [CDU])

Es wird immer mit der Rendite argumentiert. Lassen Sie uns das doch einmal nachrechnen. Bitte haben Sie keine Angst davor! Ich weiß nicht,

(C)

(D)

(Angela Freimuth [FDP])

- (A) weshalb wir noch auf unserem Tafelsilber hocken, aber im Grunde genommen nichts mehr haben, was wir mit diesem Tafelsilber verzehren könnten. Meine Damen und Herren, an der Stelle ist doch irgendwie der Wurm drin.

Privatisierungserlöse - über den Punkt müsste dann auch Klarheit bestehen - müssen zur Schulden tilgung herangezogen werden. Ich weiß, dass dann sicherlich in diese oder jene Richtung ganz große Begehrlichkeiten auftreten. Das ist aber nicht Sinn und Zweck der Geschichte. Das wäre keine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik.

Gerade in Bezug auf die Privatisierung der WestLB-Anteile möchte ich noch einen Aspekt ergänzen: In der letzten Sitzung des Europa-Ausschusses haben wir eine Debatte um die Finanzierung einer Ölpipeline in Ecuador durch Mittel der WestLB gehabt. Herr Minister, ich würde Sie gerne aus der Verlegenheit befreien, ständig zwei Hüte tragen zu müssen. Dann wären Sie nämlich nur noch den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes verpflichtet, nicht aber den Vorschriften des Aktienrechts.

- (B) Herr Minister, man soll zwischendurch ja auch einmal loben. Dass nun auch Sie die Möglichkeit der Private Public Partnerships ausloten wollen, finde ich gut, abgesehen davon, dass darüber schon seit Jahren diskutiert wird und man vielleicht schon früher hätte anfangen können, darüber nachzudenken. Aber vielleicht haben Sie ja auch schon länger überlegt, aber eben nur im Verborgenen.

Herr Minister, Sie hatten das Thema "Steuerreform" angesprochen. Als ich vor einem Jahr forderte, dass diese Steuerreform fortzuschreiben sei und die Vergünstigungen, die für Kapitalgesellschaften bereits gelten, auch für Personengesellschaften zuzulassen sind, habe ich mir noch Watschen abgeholt. Inzwischen sind aber auch Ihre Kolleginnen und Kollegen in der Bundesregierung zu der Erkenntnis gelangt, dass diese mittelstandsfeindlichen Regelungen nachgebessert werden müssen.

Die Grundkritik an dem bestehenden Steuersystem ist damit aber immer noch nicht behoben. Unsere Steuersätze sind nach wie vor zu hoch und investitionsfeindlich. Niedrigere Steuersätze würden erhebliche Wachstumsimpulse setzen. Dann könnte sogar der Wirtschaftsminister wieder einmal Erfolgsmeldungen verzeichnen. Unser

- (C) Steuersystem ist nach wie vor zu kompliziert, zu wenig transparent und zu verschachtelt. Es gibt zu viele Schlupflöcher und damit zu viele Ungerechtigkeiten in der Besteuerung.

Meine Damen und Herren, wir brauchen nach wie vor ein Steuersystem, das wieder zu mehr Steuergerechtigkeit führt und den Bürger nur auf das Notwendigste belastet. Bei einer solchen grundlegenden Steuerreform hätten auch die Bediensteten der Finanzverwaltung wieder einmal mehr Zeit für die Hebung der Einnahmen des Landes und müssten nicht ständig Nachlieferungen einsortieren. Es ist schon ein starkes Stück, was Sie der Finanzverwaltung in diesem Land zumuten. Durch den bundespolitisch beschlossenen Unsinn wie die 630-DM-Regelung und nun auch noch die Neuregelung zur Rentenreform wird die Finanzverwaltung zusätzlich belastet.

Herr Minister, ein kleiner Tipp zum Schluss! Ich würde mich freuen, wenn Sie als Finanzminister nicht nur im Hinblick auf den Stellenabbau Vorbild für Ihre Kabinettkollegen sein wollten. Ich hätte da noch einen anderen Tipp zum Sparen: Solche lustigen Broschüren, wie sie mit dem Inhalt Ihrer Einbringungsrede erschienen sind, sollten Sie sich und uns ersparen.

(Beifall bei der FDP)

Bei dieser Gelegenheit fallen mir noch ganz viele andere Broschüren ein. Ich habe eine mitgebracht: "Get up" von der Kollegin Höhn. Darin sind viele lustige Tierchen abgebildet, natürlich bunt, auch mit einem Bild der Frau Ministerin, kleine Schweinchen, kleine Gänse und solche Sachen. Wunderschön!

(Zuruf von der FDP)

- Ein eitler Gockel ist auch darin, wer auch immer sich da angesprochen fühlen mag.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, tue Gutes und rede drüber! Das ist etwas, was ich auch der Landesregierung durchaus nicht streitig machen will. Aber Sie geben für Ihre Selbstbeweihräucherungsbroschüren - entschuldigen Sie, wenn ich dafür das Tierchen wiederum bemühen muss - ein Schweinegeld aus, das an anderer Stelle, z. B. bei der Jugendhilfe oder an un-

(D)

(Angela Freimuth [FDP])

- (A) seren Schulen, dringender als für Ihre Broschüren gebraucht wird.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, es gäbe zu diesem Haushalt noch ganz viel zu sagen, Ernsthaftes und auch Humorvolles. Leider lassen die starren Parlamentsregeln für weitere Ausführungen keine Zeit mehr. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir in den kommenden Haushaltsberatungen die Chancen zu einer verantwortungsvollen, nachhaltigen und generationengerechten Politik für die Zukunft unserer Kinder ergreifen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich jetzt Frau Kollegin Müller das Wort.

- (B) **Edith Müller (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 1995 war ich in Pittsburgh auf einer Tagung, die sich mit den entscheidenden Herausforderungen zum Thema Globalisierung befasste. Es war interessant, und ich erinnere mich gern an diesen Aufenthalt.

Damals wurden als die drei entscheidenden Herausforderungen identifiziert: globale Umweltzerstörung, die wachsende Weltbevölkerung und der Hunger in der Welt sowie der zunehmende internationale Terrorismus. Diese Herausforderungen haben leider an Aktualität nichts verloren, im Gegenteil. Durch die schrecklichen Anschläge in den Vereinigten Staaten sind wir nun gezwungen, uns auf den Kampf gegen den Terrorismus anders als bisher einzustellen. Wir wollen Sicherheit für die Menschen in unserem Land gewährleisten, soweit dies in unserer Macht steht.

Meine Fraktion unterstützt daher selbstverständlich die jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen, und wir unterstützen alle Maßnahmen, die rechtsstaatlich einwandfrei, zielführend und effizient sind. Wir warnen in diesem Zusammenhang vor einem hektischen Aktionismus. Wir plädieren für Besonnenheit. Wenn wir nicht besonnen handeln, verlieren wir wesentliche Pfeiler unseres rechts-

- staatlichen Fundaments, ohne dafür wirkliche Sicherheit zu erhalten. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn umfassende Sicherheit ist eine Illusion. Wir würden dann am Ende mit leeren Händen dastehen.

Aber, meine Damen und Herren, Kampf gegen den Terrorismus und die notwendigen Maßnahmen, die wir jetzt treffen, das kann nicht alles gewesen sein. Wenn wir ehrlich sind, dann verbirgt sich hinter dem Phänomen des internationalen Terrorismus auch eine enorme Schwäche unserer globalen Welt: die Auflösung staatlicher Autorität in vielen Bereichen der Erde, unkontrollierbare Zustände, in denen ein Menschenleben nichts, aber auch gar nichts zählt, eine Abwesenheit von Demokratie und Menschenrechten. Sicher, die Menschen in unserem Land haben ein Recht auf bestmögliche Sicherheit. Aber ob es gelingt, diese bestmögliche Sicherheit dauerhaft herzustellen, wird unseres Erachtens wesentlich davon abhängen, ob wir es schaffen, mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch in die Regionen zu tragen, in denen es diese unstabilen Verhältnisse gibt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

also auch dort für Sicherheit zu plädieren.

Mit anderen Worten - und das ist unser grünes Programm -: Wir brauchen eine Offensive für mehr internationale Gerechtigkeit. Wir Bündnisgrünen wissen, und zwar nicht erst seit dem Klimagipfel in Rio 1992 und auch nicht erst seit dem Terroranschlag in Amerika, um die globalen Zusammenhänge zwischen ungleichen ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen und deren Folgen. Fakt ist: Von einer gerechten Weltwirtschaft sind wir noch weit entfernt.

Aber auch bei uns ist längst nicht alles im Lot. Studien zeigen, dass unsere Wohlfahrt schon seit den 70er-Jahren nicht mehr wächst. Zwar steigt alljährlich das Bruttosozialprodukt, aber subtrahiert man davon einmal die Kosten für die Reparatur von Schäden an Umwelt und Gesundheit, die immensen Ausgaben im sozialen Bereich, die Kosten für Marketing, die Entsorgungskosten, höhere Versicherungsbeiträge und so weiter und so weiter, dann bleibt - Pi mal Daumen - von den

(D)

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) Zuwachsen nichts mehr übrig. Auch das muss uns zu denken geben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der FDP)

Die Marktwirtschaft hat uns zu einem bisher nie da gewesenen materiellen Wohlstand verholfen. Das ist bestechend. Aber der Markt produziert eben auch jede Menge so genannter negativer externer Effekte im ökologischen wie im sozialen Bereich. Das übersehen wir allzu gern. Die Idee vom Markt, auf dem sich Anbieter und Nachfrager treffen und auf optimale Weise ihre Bedürfnisse befriedigen, funktioniert aber nur dann ohne diese Nebeneffekte, wenn die beteiligten Vertragspartner gleich stark sind. In vielen Fällen sind sie das nicht. Deshalb braucht Marktwirtschaft Regulative, und das weltweit. Über das Wie und das Was werden wir sicherlich viel zu diskutieren haben. Aber für uns hat eine Politik der Vorsorge absolute Priorität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Wir wollen, dass wirtschaftliches Handeln sowohl ökologisch verträglich als auch sozial gerecht ist, im Dienste der Gesellschaft und der Menschheit steht. Wir treten dafür ein, dass Standards, die bei uns gelten, z. B. im Bereich Arbeit, Umwelt oder Gesundheit, Menschen überall auf der Welt zugestanden werden; denn dann hätte die Welt ein anderes Gesicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir es nicht schaffen, weltweit eine nachhaltige Entwicklung in Gang zu setzen, eine Entwicklung, bei der ökonomische, ökologische und soziale Ziele gleichermaßen wichtig sind und gleichermaßen intensiv verfolgt werden, dann ist unser Wohlstand nur ein Wohlstand auf Zeit.

Deshalb müssen wir es schaffen, bei all unseren Entscheidungen zu bedenken, was die Konsequenzen für die Menschen von morgen bedeuten. Wir müssen anfangen, ökonomische, ökologische und soziale Aspekte als Teil eines Stranges zu sehen, die harmonisch ineinander zu flechten sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass man das kann, das müssen wir an diesem Haushalt beweisen. Ich glaube, dass der Haushalt das auch unter Beweis stellt. Wir wissen, der

- (C) Haushalt ist das Kernstück der Politik. Deshalb müssen wir hier die Weichen richtig stellen.

Unsere bündnisgrüne Haushaltspolitik folgt im Wesentlichen drei Leitsätzen: Erstens. Selbstverständlich wollen wir die klassischen öffentlichen Aufgaben finanzieren; das versteht sich von selbst. Zweitens wollen wir dieses Land aber auch weiter sozial und ökologisch reformieren; denn darin liegt seine Zukunft. Drittens wollen wir mehr Handlungsspielräume für Reformen schaffen; man kann es auch umgekehrt sagen: mehr Reformen für mehr Handlungsspielräume schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, wir sind uns einig, wenn ich sage: Zuerst muss ein Haushalt die Finanzierung der klassischen öffentlichen Aufgaben gewährleisten. Dazu zählen an vorderster Stelle die innere Sicherheit, die Ausbildung unserer Kinder oder die Bereitstellung von genügend Infrastruktur. Diese Aufgaben werden selbstverständlich auch im kommenden Jahr erfüllt, wie wir das für richtig und sinnvoll erachten.

- (D) Darüber hinaus muss der Haushalt aber auch Reformprojekte anstoßen. Wir müssen heute auf den verschiedensten Ebenen Impulse geben, die sich an den Bedingungen von morgen orientieren. Trotz der engen Haushaltslage und bei allen Schwierigkeiten haben wir in diesem Haushalt entsprechende Schwerpunkte gesetzt. Dennoch: Wir brauchen mehr finanzielle Spielräume. Ob in der ökologischen Landwirtschaft, in der alternativen Energiewirtschaft oder im Bereich Arbeit und Soziales - überall dort, wo wir es schaffen, zukunftsfähige Modelle zu installieren, tragen wir zu mehr Gerechtigkeit und zu echten Wohlfahrtsgewinnen bei. Schließlich entlasten wir da, wo Reparaturkosten vermieden werden, auch die öffentlichen Haushalte. Deshalb ist jeder Euro, den wir im kommenden Jahr im Sinne der Nachhaltigkeit ausgeben, der bestangelegte Euro, den ich mir vorstellen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Politik der Nachhaltigkeit spiegelt sich im Haushalt aber nicht nur durch die Finanzierung nachhaltiger Projekte wider. Der Haushalt selbst muss nachhaltig werden. Ebenso wenig, wie wir nicht länger auf Kosten der Natur leben können, dürfen wir nicht länger auf Kosten der nachfol-

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) genden Generationen leben. Das ist hier von allen Fraktionen einheitlich betont worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil: Wir sollten unseren Kindern und Enkeln beste Startchancen geben. Auch dafür muss unsere Haushaltspolitik heute Sorge tragen.

Meine Damen und Herren, ich habe deshalb heute nur eine einzige Botschaft für Sie: Sparen, d. h. Reformen - Haushaltskonsolidierung, d. h. Reformen.

Was ist also im Einzelnen zu tun? Die erste Reform ist von meinen Vorrednern und meiner Vorrednerin schon vielfach angesprochen worden: Wir müssen raus aus der Zinsspirale. - Stellen Sie sich nur einmal vor, wie viel Energie in den nächsten Monaten landauf, landab darauf verwendet werden wird, über die Kürzung bei den Bibliotheken in Höhe von 5 Millionen DM zu streiten. Stellen Sie sich die Vielzahl von Beamten vor, die von ihren Bürgermeistern, ihren Bibliotheksleitern aufgefordert werden, Protestbriefe voll der Empörung an uns Abgeordnete zu schicken in der Hoffnung, dass diese das Blatt wenden.

- (B) So berechtigt das Anliegen ist - all das könnten wir uns sparen, wenn wir nicht 4,6 Milliarden Euro oder rund 9 Milliarden DM für Zinsen ausgeben müssten. Das ist übrigens genauso viel, wie wir an so genannten frei verfügbaren Mitteln für Förderprogramme im Haushalt überhaupt zur Verfügung haben. Im nächsten Jahr wird der Betrag noch höher sein, Trotz konsequenter Konsolidierungspolitik - ich betone: trotz - werden die Zinsausgaben gemäß der mittelfristigen Finanzplanung von 9,4 % des Haushalts 2002 auf 9,8 % des Haushalts 2005 ansteigen und die Zinssteuerquote bei rund 12 % verharren.

Die ernüchternde Wahrheit dieser Zahlen ist doch die, dass die Zinsen den ersparten Handlungsspielraum für sinnvolle Förderungen sofort wieder auffressen. Ich könnte natürlich statt der Bibliotheken die Meistergründungsprämie oder die Frauenförderung erwähnen - alles genauso berechnete Forderungen. Aber das ändert nichts an der grundlegenden Feststellung, dass uns die Handlungsspielräume fehlen.

Wirklichen Handlungsspielraum - darin liegt die gestalterische Kraft dieses Landes - können wir nur zurückgewinnen, wenn wir die Neuverschul-

- (C) dung noch drastischer zurückführen. In diesem Sinne unterstützt meine Fraktion den Finanzminister, denn der tut genau das: Er schraubt die Neuverschuldung zurück. Das muss das Ziel sein, auf das wir bis zum Ende der Legislaturperiode hinarbeiten: unter 5 Milliarden Euro - wenn es geht, so weit wie möglich darunter. Das ist eine schwierige Aufgabe, keine Frage. Aber wir werden diese Herausforderung annehmen.

Ich erinnere mich gut: Angesichts der reduzierten Einnahmen lautete die Frage auch in meiner Fraktion: Sollen wir für eine Erhöhung der Neuverschuldung eintreten? Ich bin stolz darauf, dass sich meine Fraktion im Unterschied zu manchem Politiker der Opposition hier im Lande und auf Bundesebene rechtzeitig festgelegt hat: Es gibt keine Erhöhung der Neuverschuldung.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Wir werden die Zinsspirale nicht nach oben drehen, sondern nur nach unten.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

- (D) Wenn ich die Opposition richtig verstanden habe, will sie angesichts der konjunkturellen Probleme mit dem Vorziehen der nächsten Stufen der Steuerreform kontern. Dabei empfiehlt sie - man höre und staune - ganz superschlau die Gegenfinanzierung per Erhöhung der Neuverschuldung. Dazu kann ich nur sagen: Da sei Eichels und Metzgers Hand vor!

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Dieser Vorschlag ist aus drei Gründen verantwortungslos: erstens, weil Schulden, die wir heute neu aufnehmen, die Steuererhöhungen von morgen darstellen und - zweitens - weil Konjunktursteuerung durch nationale öffentliche Haushalte - das müsste auch unseren Bundespolitikern inzwischen klar sein - in Zeiten von Globalisierung und europäischem Binnenmarkt nahezu wirkungslos geworden ist. Drittens. Wenn Fiskalpolitik nahezu wirkungslos geworden ist, muss Haushaltspolitik erst recht im Sinne einer guten Finanzpolitik betrieben werden. Zur Konsolidierungspolitik gibt es eben keine Alternative.

Die Kunst einer Steuerreform besteht übrigens gerade darin, sie so anzulegen, dass sie mittel- und langfristig den Gesamtstaat stärkt. Ich halte es da mit der Deutschen Bundesbank, die ich an

(Edith Müller [GRÜNE])

(A) dieser Stelle mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren möchte:

"Die Hoffnung auf kurz- und mittelfristig eintretende Selbstfinanzierungseffekte defiziterhöhender Steuersenkungen sollte nicht zentraler Bestandteil einer den Konsolidierungserfordernissen Rechnung tragenden Finanzstrategie sein."

An dieser Seite der Bundesbank fühle ich mich gut aufgehoben.

Mit anderen Worten: Ein Konjunktur- bzw. Steuersenkungsprogramm auf Pump, meine Damen und Herren von der Opposition, ist mit uns nicht zu machen. Wir werden den Konsolidierungskurs beibehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zweite grundlegende Reform, die wir benötigen, trägt den Titel: Wir müssen die Pensionslawine umlenken. - Die Skiläuferinnen und Skiläufer unter Ihnen wissen, wie man in Lawinengebieten Gefahren vorausschauend begegnet: zunächst durch konstante Beobachtung der potenziellen Gefahr. Im Zweifel oder gar im Ernstfall werden die Zufahrten gesperrt, die Anwohner alarmiert und schließlich sogar die Schneehänge gesprengt. Aber wie ist es mit den Pensionen? Wir haben eine perfekte Beobachtung. Was wir beobachten, ist alarmierend, denn es wird deutlich, dass die Lawine an Fahrt gewinnt.

(B)

Die Fakten sind hinlänglich bekannt: 19,9 Milliarden Euro werden wir im Jahre 2002 für das gesamte Personal ausgeben, 400 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Die Personalsteuerquote steigt von 40,1 auf 40,9 %.

Wer nun glaubt, die Personalausgaben stiegen wegen der Lehrer, die wir neu einstellen, täuscht sich. Dies könnte durch die Personalkürzungen und den Abbau der kw-Stellen kompensiert werden. Richtig ist: Die Kostenexplosion bei den Versorgungsleistungen bläht diesen Teil des Haushaltes auf. Allein von 1991 bis heute, also in zehn Jahren, sind die Pensionsleistungen von 2,4 Milliarden Euro auf 4,1 Milliarden Euro angestiegen; das ist fast eine Verdoppelung. Diese Entwicklung geht so weiter: Der Anteil von heute 18 % an den gesamten Personalausgaben wird sich bis zum Jahr 2020 auf sage und schreibe 30 % erhöhen. Wenn wir nicht wollen, dass wir von der Pensionslawine überrollt werden, wenn

wir in Zukunft unseren Spielraum für Investitionen nicht gänzlich verlieren wollen, dann müssen wir jetzt handeln. (C)

Was ist also zu tun? Klar ist, dass wir die Versorgungsleistungen einer Generation nicht länger nur der nächsten aufbürden können. Das bedeutet, dass an die Stelle der reinen Umlagefinanzierung eine Mischfinanzierung treten muss, also Teile der Versorgungsleistungen in Zukunft nicht mehr aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden, sondern kapitalgedeckt sein werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist es völlig richtig, dass Minister Schily auf Bundesebene die wirkungsgleiche Übertragung des Rentenmodells auf die Versorgungsempfänger anstrebt und damit die private Altersvorsorge auch für die Beamten interessant wird.

Aber das ist noch nicht alles: Durch die Absenkung des Versorgungsniveaus werden die öffentlichen Haushalte entlastet. Die Idee von Schily ist nun, einen Teil dieser Entlastung - sein Vorschlag lautet 50 % - für den Aufbau eines Kapitalstocks zu verwenden. Diese Idee finde ich auch für Nordrhein-Westfalen sehr gut, und deshalb unterstütze ich sie nachdrücklich; denn sie hilft uns, ein anderes Problem besser in den Griff zu bekommen. (D)

Sie wissen, dass die Versorgungsrücklage, die wir zurzeit aus dem 2%igen Besoldungsabschlag zur Abfederung der hohen Versorgungsleistungen ab 2013 bilden, nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein ist. Nach den neuesten Berechnungen des Finanzministers werden im Jahre 2013 etwa 11,7 Milliarden Euro angespart sein, denen Pensionszahlungen in Höhe von rund 17 Milliarden Euro gegenüberstehen. Das bedeutet, dass der Fonds in Nullkommanichts aufgebraucht sein wird und wirklich nur dem dient, wozu er angelegt wurde: einer Spitzenbelastung zu begegnen. Es führt also gar kein Weg daran vorbei, wir müssen aufstocken. Das Schily-Modell bietet hier eine sehr gute Lösung.

Ich schlage im Übrigen vor, die Leistungsprämie, die noch im Haushalt 2001 mit 25 Millionen Euro ausgewiesen wurde, ebenfalls in die Überlegungen zu einer Versorgungsrücklage einzubeziehen. Das Geld wäre dort gut aufgehoben, denn dann käme es schließlich den Beamtinnen und Beamten wieder zugute.

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) Nun fehlt aber noch ein ganz wichtiger Schritt: Damit die zukünftigen Haushalte erst gar nicht mehr in eine solche Schieflage hineingeraten, müssen wir damit beginnen, eine wirkliche Kapitaldeckung aufzubauen. Wer an dem "Stadtgespräch" vor etwa zwei Wochen teilgenommen hat, hat den Vorschlag des Finanzministers zu diesem Thema gehört. Er will für jede junge Beamtin und jeden jungen Beamten, die oder der neu eingestellt wird, 1.000 DM pro Monat, also 12.000 DM pro Jahr - bei rund 6.000 Neueinstellungen wären das ca. 72 Millionen DM jährlich - in eine Versicherungslösung überführen.

(Helmut Diegel [CDU]: Haben Sie das abgestimmt?)

Ohne mich auf Zahlen festlegen zu wollen, so steht eines doch fest: Der Vorschlag ist absolut gut und richtig und vor allen Dingen notwendig; denn er bringt eine massive Entlastung für die Haushalte in den 30er-Jahren dieses Jahrhunderts und damit die von uns geforderten Spielräume für die nächsten Generationen. Auch wenn immer wieder betont wird, dass wir dazu jetzt mehr Geld in die Hand nehmen müssen: Das bedeutet für mich wirklich einen Reformkurs. Wir müssen jetzt die Verantwortung für das tragen, was wir den Haushalten an Lasten aufgebürdet haben.

- (B) Allen Skeptikern und Ungläubigen sei gesagt, dass dieser Ansatz funktioniert. Ich habe mich in einer nordrhein-westfälischen Kommune sachkundig gemacht. In Remscheid hat ein kluger Dezernent den Einstieg in ein solches Versicherungswesen geschafft. Ich habe mir das detailliert erläutern lassen; im Übrigen konnten Sie das am Dienstag in der "FAZ" nachlesen. Deshalb bin ich einmal mehr davon überzeugt, dass wir nur so die Sicherheit der Pensionen gewährleisten können, ohne die öffentlichen Haushalte überzustrapazieren.

Über die Finanzierung dieses Modells und andere Fragen müssen wir sicherlich bis zum Haushaltsplan 2003 noch ausführlich streiten. Aber letztendlich wird wichtig sein, dass wir die einzelnen Größenordnungen so wählen, dass sie optimal zueinander passen, denn ein Nullsummenspiel darf es nicht werden.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einmal deutlich betonen: Ich möchte nicht - das sage ich jetzt gegenüber den Beamten -, dass der Eindruck entsteht, dass wir die Pensionsleistungen als Last

- (C) empfinden, ebenso wie wir unsere Pensionäre nicht als Last empfinden. Aber diesen Beigeschmack werden wir nur ausräumen können, wenn wir ein überzeugendes Modell der Alterssicherung entwickeln. Und darauf hat vor allen Dingen die jüngere Generation einen Anspruch.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

Um mehr Klarheit in die Personalkostendebatte zu bekommen, wäre es meiner Meinung nach äußerst hilfreich, wenn wir in Zukunft deutlicher zwischen den Versorgungsleistungen einerseits und den Ausgaben für die aktiven Beamten andererseits unterscheiden würden. Dann würde nämlich offensichtlich, dass die Personalkosten nicht wesentlich dadurch steigen, dass wir in ausgewählten Bereichen, wo es dringend erforderlich ist, mehr Personal einstellen.

Nichtsdestotrotz: Um die Personalkosten insgesamt zu senken, werden von uns alle Anstrengungen zum Personalabbau unterstützt. Dabei wollen wir kreative Wege gehen. Warum soll die Personalagentur ihre Vermittlungsarbeit nicht auch auf den freien Markt ausweiten können und Menschen - Kollegin Freimuth hat es vorhin schon angesprochen -, die z. B. gern in die Privatwirtschaft wechseln möchten, in ihrem Bemühen unterstützen? Dann könnten wir auf diesem Wege die kw-Stellen sicherlich schneller abbauen.

Wir wollen den Weg einer effizienten modernen Verwaltung weitergehen. Das heißt auch: Wir müssen konsequent Aufgabenkritik betreiben. Ein Projekt, das nur Personalkosten einsparen will, ohne etwas an Strukturen und Aufgaben zu verändern, muss scheitern.

(Beifall von Helmut Diegel [CDU])

Ich wiederhole deshalb noch einmal: Verwaltungsmodernisierung gelingt nur mit einer konsequenten Aufgabenkritik mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen - sowohl innerhalb der Ministerien als auch in den nachgeordneten Behörden. Ich nenne nur das Beispiel der Schulaufsicht.

Die dritte Reform bedeutet für uns Grüne, einen Blick auf die Einnahmepotenziale zu lenken und diese besser auszuschöpfen. Meine Damen und Herren, wenn wir darüber reden, uns mehr Handlungsspielräume zu verschaffen, dann müssen wir

(C)

(D)

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) uns auch mit dieser Seite des Haushalts beschäftigen.

Zunächst zu den Steuern! Im Haushalt 2002 sind Steuereinnahmen in Höhe von 37,6 Milliarden Euro veranschlagt. Damit nehmen die Steuereinnahmen - wir kennen die Gründe - zwar gegenüber 2002 zu; sie bleiben aber hinter dem in der letztjährigen mittelfristigen Finanzplanung für 2002 ausgewiesenen Wert zurück, und zwar um 560 Millionen Euro.

Die Steuereinnahmen - dieses Schicksal vereint alle Landesfinanzminister - lassen sich vonseiten des Landes politisch nicht gestalten. Die Länder wirken zwar über den Bundesrat an der Steuergesetzgebung mit, aber sie haben keine eigene Steuerhoheit. Insofern können sie ihre Einnahmeseite, was die Steuern angeht, immer nur begrenzt beeinflussen. Gerade deshalb ist es für uns besonders wichtig, die bestehenden Möglichkeiten der Steuererhebung vollständig auszuschöpfen. Das heißt, wir müssen die uns zustehenden Steuern auch wirklich einnehmen.

Deshalb haben wir Grüne stets gefordert, die Prüfungsdichte bei den Betriebsprüfungen zu erhöhen. Wir sind der festen Überzeugung, dass hier erhebliche Einnahmepotenziale bestehen. Allein schon aus Gründen der Steuergerechtigkeit müssen wir hier aktiv werden.

(B)

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Mehr Betriebsprüfungen - und das ist natürlich eine bittere Pille - heißt auch mehr Betriebsprüfer, also mehr Personal in den Finanzverwaltungen und darüber hinaus in den Wirtschaftsstaatsanwaltschaften. Das steht für uns - das möchte ich ausdrücklich betonen - nicht im Widerspruch zu unserer Leitlinie, Ausgaben im Personalbereich zu begrenzen und kw-Vermerke beschleunigt abzubauen. Denn diese zusätzlichen Personalausgaben werden sich - davon gehen alle Experten aus - rechnen.

(Beifall von Sybille Haußmann [GRÜNE])

Anzusprechen - auch das ist ein Stück grüne Tradition - sei hier das Thema der Gebühren und Entgelte. Sie stellen mit 969 Millionen Euro, also ca. 1,8 Milliarden DM, zwar einen beachtlichen Einnahmeblock dar, aber das heißt nicht, dass damit alle gebührenfähigen Leistungen erschlossen sind und z. B. alle Gebühren wirklich kostendeckend sind. Daran wollen wir arbeiten. Deswegen begrü-

- (C) ßen wir, dass der Finanzminister die Gebühreneinnahmen im Haushalt 2002 gegenüber 2001 um 40 Millionen Euro höher veranschlagt hat.

Uns geht es allerdings dabei nicht darum, den Bürgerinnen und Bürgern in NRW das Geld aus der Tasche zu ziehen. Uns geht es allein um ein Prinzip der Kostendeckung für qualitativ hochwertige Dienstleistungen, wie sie von den Landesbehörden Nordrhein-Westfalens erbracht werden. Dies fordert im Übrigen auch der Landesrechnungshof, der in seinem Jahresbericht 2001 die nicht kostendeckende Veranschlagung der Luftsicherungsgebühren moniert.

Meine Damen und Herren, Reformen sind Investitionen in die Zukunft. Auch heute wieder habe ich das Klagen der Opposition über den Rückgang der Investitionsquote von 9,5 auf 9,3 % wohl vernommen. Bei genauerer Betrachtung lässt sich jedoch feststellen, Herr Diegel, dass die eigenfinanzierten Investitionen nicht zurückgehen. Der Rückgang der Investitionen beruht im Wesentlichen auf dem Rückgang der Investitionszuweisungen des Bundes und der Europäischen Union. Und zusätzlich hat die Auslagerung des BLB - das wissen wir alle - dazu geführt, dass dessen Investitionen nicht mehr als investive Ausgaben im Landeshaushalt auftauchen, gleichzeitig aber die Mieten der Ministerien als konsumtive Ausgaben eingestellt werden müssen.

(D)

Aber, meine Damen und Herren, worüber streiten wir uns denn an dieser Stelle? Was will uns die Investitionsquote eigentlich sagen? Nach traditioneller Lesart heißt es: Wer seine Zukunft gestalten will, der muss investieren. An der Höhe der Investitionsquote bemisst sich die Gestaltungskraft des Haushaltsgesetzgebers ebenso wie die Grenze der Neuverschuldung. Aber investieren, meine Damen und Herren, heißt doch schon lange nicht mehr nur "gebaute" Zukunft, um es einmal verkürzt zu sagen.

Will unsere moderne Gesellschaft auf der Höhe der Zeit funktionieren, braucht sie eben nicht nur mehr Hardware, sondern vor allem mehr Software. Unsere Zukunftsinvestition heißt daher heute Bildung, Bildung und noch einmal Bildung.

(Beifall bei GRÜNEN, SPD und CDU)

Deshalb werden wir bis zum Ende der Legislaturperiode rund 2,2 Milliarden DM für mehr Lehrer-

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) stellen und für das Projekt "Verlässliche Schule" bereitstellen.

Zu Ihnen, Herr Diegel: Wenn Sie diese Zahlen hören, dann wissen Sie sehr wohl, dass das keine Bankrotterklärung der Landesregierung in Sachen Investitionen in die Zukunft ist, sondern echte Prioritätensetzung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Zugang zu Bildung und die Absicherung einer Lehrstelle für jeden Jugendlichen - das ist eine Investition in die Zukunft im besten Sinne des Wortes. Das ist Sozialpolitik grüner Lesart. Bildung, meine Damen und Herren, ist die Eintrittskarte für die globalisierte Welt. Diese Investition kann auch nicht im Unterschied zu anderen konjunkturabhängig beliebig zurückgefahren werden. Es ist eben eine wirkliche Zukunftsinvestition. Und da werden wir hart bleiben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wenn das aber so ist, dann müssen wir in Zukunft die Diskussion um die Investitionen an diesen Modernisierungsprozess anpassen.

- (B) Ich möchte an dieser Stelle nicht falsch verstanden werden. Wir machen das nicht etwa, um die Grenze der Neuverschuldung zu erhöhen. Diese wird inzwischen präzise durch die Europäische Union und im Stabilitätspakt ausreichend definiert und im Maßstäbengesetz vom Juli 2001 noch einmal ausdrücklich festgelegt.

Aber wir sind gezwungen, der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass Zukunftsinvestitionen heute in eine andere Richtung laufen müssen als früher, wenn wir nicht in einer Sackgasse landen wollen. Es kommt uns Grünen darauf an, nicht am Überholten festzuhalten, sondern die neue Richtung aufzuzeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn ich von Reformen spreche, bleibt das Verhältnis zur kommunalen Ebene natürlich nicht ausgespart. Die Losung kann nur heißen: Die kommunale Ebene muss gestärkt werden! - Jetzt muss ein Applaus von Ewald Groth kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beginnen wir mit der Frage: "Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Ärmste im ganzen

- (C) Land?" Ehrlich gesagt, möchte ich nicht in den Chor derer einstimmen, die ein Ausbluten der Kommunen oder ein Kaputtsparen des Landes zulasten der Kommunen beklagen, etwa frei nach dem Motto, der Finanzierungssaldo sei seit Jahren positiv. Das ist mir - ehrlich gesagt - zu undifferenziert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Richtig ist, dass nahezu ein Drittel der Kommunen ihre Haushalte nur noch über Haushalts-sicherungskonzepte bewirtschaften kann. Richtig ist auch, dass noch nie so viel privatisiert worden ist und dass die Kommunen an die Reserven gehen. Richtig ist sicherlich auch, dass die Kommunen unter den Auswirkungen der Steuergesetze zu leiden haben, wie der Aufschrei in den letzten Wochen wegen fehlender Gewerbesteuer-einnahmen deutlich gemacht hat.

In Zukunft muss es aber viel stärker darum gehen, die Aufgaben von Land und Kommunen zielgenau zu ordnen. Konnexität ist hier das Stichwort. Viele Aufgaben, die eigentlich von den Kommunen besser gemanagt werden könnten, werden zurzeit vom Land getragen und direkt finanziert. Dazu gehört das neue Instrument der Schulpauschale, aber auch unser neuer Vorschlag, die Mittel für die Ganztagsbetreuung zu bündeln und in kommunale Hände zu legen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ewald Groth [GRÜNE]: Jawohl!)

Wenn man die Kommunen in die Mitverantwortung nehmen will, wenn man ihnen neue Aufgaben übertragen und damit ihre Selbstverwaltung stärken will, muss man auch dafür sorgen, dass sie über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen können.

(Beifall bei den GRÜNEN - Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Das gilt sicher nicht nur für die Kommune als der untersten subsidären Ebene unseres förderalen Aufbaus, sondern - wie Frau Freimuth richtig betont hat - für jede föderale Ebene.

Weil das so ist und weil die Kommunen auch eine verlässliche, dauerhafte Absicherung ihrer Einnahmen brauchen, brauchen wir die Finanzverfassungsreform.

(D)

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) Das heißt erstens: Wenn wir die Aufgaben neu gewichten, muss die Steuergesetzgebung dem entsprechen. Deshalb haben wir Verständnis dafür, den Kommunen auch ein zusätzliches Hebe-recht auf direkte Steuern einzuräumen, beispielsweise auf die Einkommensteuer, wie es skandinavische Länder vormachen.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Dazu gehört zweitens aber auch, die Verlässlichkeit der bereits bestehenden Einnahmequellen zu erhöhen, und zwar insbesondere bei der Gewerbesteuer. Wir wünschen uns im Gegensatz zur FDP eine Revitalisierung der Gewerbesteuer, die die Finanzkraft der Kommunen stabilisiert, auf eine breitere Basis stellt und - Frau Freimuth, so sagt es das Grundgesetz - das Band zwischen örtlicher Wirtschaft und Kommune festigt. Dabei gilt es auch, über die Aussetzung der geplanten Gewerbesteuerumlageerhöhung im Jahre 2002 nachzudenken.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

- (B) Bestandteil einer Gemeindefinanzreform muss drittens auch die zukünftige Finanzierung der Sozialhilfe sein. Die Belastungen, die die Kommunen hier zu tragen haben, sind keine originär kommunalen Lasten, sondern die Folge struktureller und konjunktureller Probleme aller gesellschaftlichen Ebenen.

In Bezug auf diese 867.000 erwerbsfähigen, Sozialhilfe beziehenden Menschen passiert doch etwas. Man darf doch nicht so tun, als würden die Kommunen, die wirklich ein originäres Eigeninteresse daran haben, die Kosten der Sozialhilfe zu senken, hier nichts unternehmen. Erlauben Sie mir als Kölnerin, auf das Beispiel in Köln - das Kölner Modell - zu verweisen. Im Rahmen dieses Modells wurden innerhalb von zwei Jahren von 4.500 arbeitslosen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern zwischen 16 und 24 Jahren - also gerade die Jugend - 3.500 über eine Jobbörse in einen Job, in eine Lehrstelle oder in einen Qualifizierungslehrgang gebracht.

(Beifall von Donata Reinecke [SPD])

Nur sehr wenige - so habe ich mir sagen lassen - haben solche Angebote ausgeschlagen, wenn sie ihnen gemacht worden sind und wenn sie zudem auf ihrem Weg ins Erwerbsleben intensiv begleitet werden.

- (C) Wenn wir zusammen mit der kommunalen Familie diesen mittelfristigen Kurs abstimmen und uns darüber verständigen, schaffen wir Vertrauen für eine substanzielle Verbesserung ihrer Finanzausstattung und ihrer Selbstverwaltung. Das würde den Streit um die jetzigen Befrachtungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes mit Sicherheit nicht obsolet machen,

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

aber vielleicht würde dadurch etwas der Zündstoff herausgenommen, denn auch die Kommunen haben einen realistischen Blick aufs Ganze.

Eben ist Prioritätensetzung angemahnt worden. Ich möchte für meine Fraktion unser Reformprojekt erläutern: Wir müssen von der Frauenförderung zum Gender-Mainstreaming kommen. Nun bricht wahrscheinlich das Gelächter bei der Opposition aus, weil der Begriff trotz vieler Bemühungen immer noch nicht genügend erläutert zu sein scheint. Aber davon lasse ich mich jetzt nicht abhalten.

Meine Damen und Herren, heute geht es nicht mehr darum zu sagen, wo Frauen überall gefördert werden müssen, weil sie ach so viele "Behinderungen" haben. Gender-Mainstreaming heißt: Frauen und Männer lösen Probleme gemeinsam. Es heißt, Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe zu begreifen und die Belange von Frauen bei grundsätzlich allen Entscheidungen zu berücksichtigen. Dadurch werden wichtige gesellschaftliche Veränderungen in Gang gebracht.

Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ist die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie von zentraler Bedeutung. Diese scheidet in der Regel an fehlenden Betreuungsangeboten für schulpflichtige Kinder. Im Koalitionsvertrag haben SPD und Grüne vereinbart, hier zu handeln. Im Haushalt 2001 haben wir diesbezüglich erste Weichenstellungen vorgenommen und die Mittel deutlich aufgestockt. Dies müssen und wollen wir in diesem Jahr fortsetzen. Der Haushaltsentwurf setzt dies um. Wir stocken folgende Bereiche um ca. 28 Millionen auf: die Schule von 8 bis 1, 13 plus und die Schülertreffs in Tageseinrichtungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mehr und mehr wird dabei allerdings die Betreuungslandschaft selber zum Problem. Programme und Mittel sind verteilt über zwei Ministerien, die

(C)

(D)

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) Regelungen finden sich in fünf verschiedenen Richtlinien und im GTK und die Mittel fließen aus einer Vielzahl von einzelnen Töpfen. Es ist für Eltern und Kinder ein unübersichtlicher Flickenteppich.

(Beifall von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Deswegen möchten wir diese einzelnen Fördermöglichkeiten zusammenführen, in einem - wie wir es nennen - "Betreuungsfonds Schulkinder" bündeln und in die Verantwortung - das ist das entscheidende - der Kommunen überführen.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Die Kommunen sollen auf der Grundlage ihrer Grundschulkinderzahl eine Pauschale erhalten. Dies soll dazu beitragen, dass ein bedürfnisgerechteres und im Sinne der lokalen Voraussetzungen besser zugeschnittenes Angebot entsteht: ein Schritt zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und ein ganz wichtiger Schritt in Richtung auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Aber wir können nicht einerseits die Betreuungsangebote erweitern und gleichzeitig andererseits dort, wo Jugendliche Betreuung finden, die Mittel kürzen. Meine Damen und Herren, Sie wissen, ich spreche vom Landesjugendplan. Auch hier sehen wir ähnlich wie andere Fraktionen erheblichen Korrekturbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die drastischen Kürzungen bei neuen Berufsfeldern für Frauen in Technik und Hardware werden von unserer Fraktion nicht akzeptiert. Sie sind in doppelter Hinsicht kontraproduktiv. Sie treffen die Frauen, die neue Wege in der Arbeit suchen, und sie treffen die kleinen und mittleren Betriebe, in denen Frauen ihre neuen Chancen suchen. Das ist ein doppelt falsches Signal an die Frauen in Nordrhein-Westfalen. Das wird meine Fraktion mit Sicherheit korrigieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gänzlich unverständlich ist mir, wieso wir im Bereich der Frauenförderung an den Hochschulen unsere Förderung drastisch zurückfahren. Wir bekommen Mittel vom Bund, die wir auch weiterhin bekommen wollen. Diese bleiben konstant,

- (C) aber wir reduzieren die Landesmittel. Auch das wollen wir nicht mittragen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, dass ein entscheidendes Zukunftsprojekt, die virtuelle Hochschule für Frauen, gerade Ressourcen in diesem Bereich der Hochschulfrauenförderung erfordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, einen letzten Reformansatz, der für meine Fraktion von absoluter Priorität ist, bezeichne ich mit der Überschrift "NRW soll zum Ökoland Nummer 1 werden". Traditionell fallen die Ausgaben zur Förderung erneuerbarer Energien, zur Steigerung der Energieeffizienz, z. B. durch Gebäudeisolierung, zur Förderung des produktintegrierten Umweltschutzes unter den Begriff konsumtive Ausgaben. Aber gilt nicht auch hier wie bei Bildung und Forschung, dass dies Investitionen für die Zukunft sind, Investitionen in unseren Kapitalstock Energie, Investitionen in unseren Kapitalstock saubere Luft, Investitionen in unseren Kapitalstock sauberes Wasser und gesunder Boden? Wir stehen erst am Anfang. Wir brauchen - das jedenfalls ist unsere Auffassung - viel mehr Öko auf allen Ebenen: in der Ausbildung, in der Forschung und im Markt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Investitionen in den Umweltschutz heißt nicht nur weniger Umweltbelastungen, sondern auch mehr Arbeitsplätze, heißt auch Steigerung des Wirtschaftswachstums in Nordrhein-Westfalen. Die Zahlen bringen den Beweis.

Mit rd. 200.000 Beschäftigten bietet die Umweltwirtschaft mehr Menschen Arbeit als die klassischen Industriezweige Steinkohle und Stahl zusammen. Die systematische Exportunterstützung dieser Branche wird die vorhandenen Potenziale noch ausweiten. Das neue Klimaschutzkonzept der Landesregierung liest sich wie ein enormes Arbeitsbeschaffungsprogramm. So sind z. B. der Ausbau von Windkraft, der Biomassenutzung, der Solarenergie und die energetische Modernisierung von Alt- und Neubauten Garanten für die Sicherung und Schaffung von vielen Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen sowie im Handwerk.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ewald Groth [GRÜNE]: Richtig!)

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) Ein weiteres Augenmerk gilt dem produktionsintegrierten Umweltschutz. Kernpunkte hierbei sind die bereits seit Jahren erfolgreiche Effizienzagentur in Duisburg und die Initiative PIUS. Hierüber werden Maßnahmen des produktionsintegrierten Umweltschutzes, der Kreislaufwirtschaft und der Ressourcenschonung flächendeckend in Nordrhein-Westfalen angestoßen. Das ist nachhaltige Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Maßnahmen für die neue Landwirtschaftspolitik - Ökolandbau einerseits, aber auch die ökologische Ausrichtung des traditionellen Landbaus andererseits - werden massiv ausgebaut. Um die Ernährungswirtschaft und den Handel für die Ausrichtung der neuen Agrarpolitik zu gewinnen, starten wir die neue Informationskampagne "Get up", auch wenn Sie, Frau Freimuth, die Informationsbroschüre beklagen. Damit sollen Verbraucherinnen und Verbraucher - das ist die Zielgruppe und darauf kommt es an - auf Qualitätsunterschiede aufmerksam gemacht werden.

(Zuruf von Eckhard Uhlenberg [CDU])

- (B) Man soll wieder Freude am Essen gewinnen, und es soll für mehr Genuss und Lebensqualität gewonnen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Logisch habe ich die schon heute!)

Die Förderung der Umwelt- und Klimaschutzwirtschaft bedeutet - das muss gesagt werden - Standorticherung und Positionierung auf den globalen Zukunftsmärkten.

Ich war mit meiner Fraktion in den letzten Tagen in Polen in unserer Partnerregion Schlesien. Sie können sich nicht vorstellen, wie händeringend gerade unser Know-how, unsere Betriebe angefordert und notwendig werden für den Umgestaltungsprozess in Schlesien, und das nicht nur in Schlesien, wie Sie wissen, sondern in vielen Beitrittsländern der Europäischen Union.

(Zuruf von Eckhard Uhlenberg [CDU])

In all diesen Fällen sind nämlich kleine und mittlere Unternehmen federführend. Anreize für neue Arbeitsplätze werden in diesen Bereichen geschaffen. Das ist Teil grüner Mittelstandspolitik.

- (C) Wir wollen nicht nur Ökoland Nummer 1 werden, sondern wir wollen auch Verbraucherschutzland Nummer 1 bleiben. Wir haben mit Bärbel Höhn eine Vorreiterrolle eingenommen, die wir uns nicht streitig machen lassen. Ob gesunde Ernährung, sauberes Wasser, Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel, der Kampf gegen den Elektrosmog - die Bürger und Bürgerinnen in unserem Land können sich darauf verlassen, dass wir den höchsten Schutzstandard erkämpfen und sichern werden.

All unser Know-how stellen wir dem Agenda-21-Prozess zur Verfügung. Persönlichkeiten von Rang und Namen sind inzwischen in den Zukunftsrat berufen worden. Ihre Erkenntnisse und Erfahrungen werden dem Dialog mit Nichtregierungsorganisationen und Partnern auf der ganzen Welt zugute kommen. Nordrhein-Westfalen ist weltoffen und gestaltet Globalisierung. Darauf kommt es an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe mich bewusst nicht im Detail mit den einzelnen Fachpolitiken in extenso beschäftigt. Dazu haben wir in den Ausschüssen noch genügend Zeit. Mein Ziel war es, für Reformen im Haushalt zu werben und Ihnen sichtbar zu machen, wo sie angelegt sind, damit die notwendigen Schritte in Richtung einer zukunftsfähigen, ökologisch verträglichen und sozialgerechten Entwicklung getan werden können und damit dieses Land in Zukunft handlungsfähig bleibt.

(D) Wir brauchen strukturelle Reformen bei den Zinsen, den Pensionen, den Einnahmen, den Investitionen und der kommunalen Finanzausstattung.

Nur wenn wir diese Reformen gezielt angehen, schaffen wir Spielräume für eine neue verlässliche Politik im Land. Wir müssen verstärkt die ökologische und soziale Modernisierung unseres Landes angehen. Und auch in Zeiten knapper Kassen heißt es: Sparen nicht um des Sparens willen. Sparen ohne Reformen leuchtet niemandem ein. Auf die Reform kommt es an. Mit 6.100 neuen Lehrerstellen und dem Projekt "Verlässliche Schule"

(Widerspruch bei der CDU)

- mit 6.100 neuen Lehrerstellen bis 2005; Sie wissen ja, worüber wir reden - haben wir der Bildung absolute Priorität eingeräumt, wohlwissend,

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) dass dabei - das ist viel wichtiger zu erkennen - andere Bereiche, die sicherlich genauso wichtig sind, von Kürzungen betroffen sein werden. Das tut weh. Ich lerne daraus, dass wir in Zukunft nur dann eine Chance haben, nicht mehr nur zwischen schlechteren Alternativen entscheiden zu müssen, wenn wir heute die Reformen für die Spielräume von morgen auf den Weg bringen.

Über die Härte der anstehenden Haushaltsverhandlungen mache ich mir überhaupt keine Illusionen, aber ich kann für meine Fraktion zusichern, dass wir in aller Fairness und Berechenbarkeit unsere Wünsche durchsetzen und unsere Reformziele nicht aus den Augen verlieren werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Müller. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Rüttgers das Wort.

- (B) **Dr. Jürgen Rüttgers (CDU):** Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Diese Haushaltsplanberatungen stehen unter einem besonderen Vorzeichen. Sie finden in einer Zeit statt, in der wir alle noch von den furchtbaren Terroranschlägen in New York und Washington zutiefst beeindruckt sind, in einer Zeit, in der uns die Bilder nicht aus dem Kopf gehen. Ich glaube, es ist gut, dass die Demokraten nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland in einer solchen Stunde zusammenrücken. Deshalb sage ich für die CDU: Wir sind bereit, jede sinnvolle Maßnahme im Kampf gegen den internationalen Terrorismus auch hier in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf: Das ist doch selbstverständlich!)

Wir wollen den Kampf gegen Terroristen und Verbrecher intensivieren. Wir wollen mehr Sicherheit. Wir wollen, dass unsere muslimischen Mitbürger in unsere Gesellschaft integriert werden; sie dürfen hier bei uns keiner extremistischen oder militanten Indoktrination in die Hände fallen. Ich habe nichts an dem zu kritisieren - ich sage das ausdrücklich -, was etwa der Bundeskanzler in den letzten Wochen in der Außenpolitik gemacht hat. Ich habe auch nichts daran zu kritisieren,

- (C) was der Bundesinnenminister in den letzten Wochen zur Stärkung der inneren Sicherheit angekündigt hat. Aber ich sage auch: Es wäre gut, wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen eine Landesregierung hätten, die sich mit der gleichen Intensität um eine Stärkung der inneren Sicherheit bemühen würde.

(Beifall bei der CDU)

Noch am Wochenende hat der Innenminister dieses Landes, der leider nicht hier sein kann, erklärt "dass der gute Zustand der inneren Sicherheit in NRW, von der akuten Terrorgefahr abgesehen, wirklich mit Händen zu greifen ist". - Werte Kolleginnen und Kollegen, genau darum geht es ja, um die akute Terrorgefahr in NRW.

Es war am 15. November 2000, also vor fast einem Jahr, als der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf in einem Vorwort zur mündlichen Begründung im Prozess gegen den selbst ernannten Kalifen Kaplan ein härteres Vorgehen deutscher Behörden gegen militante Geheimbünde gefordert hat. Dieser mutige Richter hat gesagt:

"Nahezu mit Verblüffung musste der Senat zur Kenntnis nehmen, dass eine Vielzahl von Zeugen aus den Reihen des Kaplan-Verbandes - und davon nicht wenige mit inzwischen deutscher Staatsangehörigkeit - mit einer kaum zu glaubenden Unverblümtheit oder besser: Unverfrorenheit erklärten, dass für sie auch hier in Deutschland nicht die deutschen Gesetze, ja nicht einmal die deutsche Verfassung, sondern das islamische Recht, die Scharia, maßgeblich sei."

Er hat weiter gesagt:

(D) "Umso mehr muss diese Haltung verwundern oder gar Befremden hervorrufen, wenn viele der Zeugen auf Befragen ausdrücklich einräumten, dass sie gerade wegen der Möglichkeit, ihre Religion frei und ohne Behinderung ausüben zu können, also wegen der ihnen aufgrund unserer Verfassung gewährten Rechte und Freiheiten, nach Deutschland gekommen sind. Dass einige der Zeugen freimütig außerdem darauf hinwiesen, dass für sie auch die in Deutschland gewährte soziale Absicherung ein Motiv für ihre Einreise nach Deutschland war, sei nur der Vollständigkeit halber an dieser Stelle erwähnt."

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Die Landesregierung hat erst am vergangenen Dienstag - wie ich meine - halbherzig reagiert. Extremistische Ausländerorganisationen haben alleine in Nordrhein-Westfalen rund 10.000 Mitglieder. Jetzt erst soll der Verfassungsschutz verstärkt werden. Jetzt erst sollen die Staatsschutzabteilungen bei der Polizei verstärkt werden.

(Zuruf: Das ist schon da!)

Aber die Landesregierung weigert sich immer noch, die Polizei insgesamt zu verstärken. Obwohl zurzeit, was richtig ist, 600 Beamte eingesetzt werden, um amerikanische, israelische, jüdische und islamische Einrichtungen zu bewachen, sagt sie immer noch: Wir brauchen nicht mehr Polizisten. - Allein diese Zahl beweist doch, dass wir mehr Polizisten brauchen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden jeden, der entschieden gegen Terrorismus vorgeht, unterstützen. Aber solange die Landesregierung nur kurzfristig reagiert und bei ihrem Beschluss bleibt, kein zusätzliches Personal bei der Polizei einzustellen, ist all das Reden unglaubwürdig.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anschläge haben vieles verändert. Das ist wahr. Aber vieles ist geblieben, auch die Probleme hier im Land. Es ist richtig und notwendig, dass wir in dieser Haushaltsdebatte über diese Probleme reden, ja, auch darüber streiten. Deshalb ist es richtig, dass wir über diesen Haushalt reden.

Mich hat schon gewundert, dass der Finanzminister nicht, wie zumindest ich es eigentlich erwartet hatte, auf die Reden der haushaltspolitischen Sprecher reagiert hat. Nun, das ist seine Entscheidung; ich finde es nicht richtig.

Aber vielleicht hat das auch etwas damit zu tun, dass das Echo auf seine Einbringungsrede so verheerend war. "Die Finanzlage in NRW spitzt sich dramatisch zu", schreiben die "Westfälischen Nachrichten". "Sparhaushalt mit absehbarem Verfallsdatum" - "Kölner Stadt-Anzeiger". "NRW drohen bereits weitere Steuerlöcher" - "Aachener Zeitung". "Die Sünden rächen sich" - "Ruhr-Nachrichten". "Wenig Mut beim Sparen" - "Westfalenspost". "Wäre eine Privatfirma in der Lage wie NRW, hätte sie ihre Pleite eingestehen müssen" - "Kölnische Rundschau". Und die WAZ schreibt: "Die Jugend ist unsere Zukunft, heißt es in Sonn-

- tagsreden, und über die Woche schließt die Finanzpolitik ihre Heime." (C)

Ein solch verheerendes Echo, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat ein Haushalt noch nie schon bei der Einbringung gehabt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der FDP)

Jetzt rächt es sich, dass die SPD das Geld lange Jahre mit vollen Händen ausgegeben hat. Jetzt sitzt Rot-Grün in der Schulden- und Pensionsfalle und ist praktisch handlungsunfähig.

(Zurufe von der SPD)

Die Konjunktur bricht ein. Wir stehen vor einer Rezession. Die Steuereinnahmen sinken. Die Schuldenlast steigt, die Arbeitslosenzahlen leider auch. Die Regierung Clement weiß nicht mehr weiter, wie dieser Haushalt beweist.

(Beifall bei der CDU)

Wie hat doch der Bundeskanzler vor der SPD-Fraktion gesagt: Wenn man die Verantwortung, die man hat, nicht wahrnehmen kann, dann muss man sie abgeben. Genau das ist der Zustand der Regierung Clement, meine Damen und Herren! (D)

(Beifall bei der CDU)

Dass die SPD das auch selber so sieht, haben wir in dieser Woche erlebt. Sonst hätten sie es nicht für notwendig erachtet, schon den Nachfolger von Herrn Clement zu nominieren.

(Zurufe von der SPD)

Es ist schon ganz interessant, wenn man beobachtet, wie Sie diese Debatte hier dazu nutzen, herumzulaufen und hier und da ein Gespräch zu führen. Das ist ja okay; der eine oder andere will gewählt werden. Aber die Wahrheit ist: Ausgelagt, abgewirtschaftet, führungslos, ahnungslos, bedeutungslos - das ist die SPD in diesem Land, wie wir in dieser Woche gesehen haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das kann man verstehen, wenn man in diesen Haushalt hineinguckt. In den letzten 30 Jahren ist in Nordrhein-Westfalen noch nie eine Mark Schulden netto getilgt worden. Jedes Kind, das in NRW geboren wird, hat von der ersten Minute an eine Landesschuld von 5.000 Euro. Herr Finanz-

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) minister, in einer solchen Situation in Ihrer Einbringungsrede vom Sparen für die Zukunft unserer Kinder zu reden ist ein Hohn.

Ich weiß nicht, ob es den Kolleginnen und Kollegen genauso gegangen ist. Ich habe sehr genau zugehört, was Frau Kollegin Müller von den Grünen hier gesagt hat. Ich fand ihre Worte in mancher Hinsicht sehr bemerkenswert. Es war sehr bemerkenswert, wie jemand, der Sie, Herr Finanzminister, eigentlich verteidigen müsste, hier fordert: Wir wollen folgende Reform; wir wollen folgende Ziele erreichen.

(Edith Müller [GRÜNE]: Damit fangen wir an!)

- Nein, Sie fangen nicht an. Das ist ja genau Ihr Problem, Frau Müller. Sie sagen richtig, dass folgende Ziele erreicht werden müssen. Dann aber sind Sie am Schluss gezwungen, die Kurve zu kriegen und begründen, warum Sie dem Haushalt trotzdem zustimmen. Deshalb verlieren Sie von Wahl zu Wahl: weil Ihre Ziele und die konkrete Politik nicht mehr zusammenpassen. Genau da liegt der Grund.

(Beifall bei CDU und FDP)

- (B) Das fängt schon bei dem ersten von fünf Kritikpunkten an, die ich für die CDU-Fraktion zu diesem Haushaltsplanentwurf vortragen will.

Sie sprechen davon, Frau Müller, dass die Investitionsquote einen wichtigen Eckpfeiler markiert und stellen die Frage: Was will uns die Investitionsquote sagen? Darüber philosophieren Sie, nachdem Sie über Zukunft und Generationengerechtigkeit geredet haben. Wenn Sie aber beides in einen Zusammenhang stellen, müssen Sie auch genau beschreiben, was es bedeutet, wenn in einem Land ein Investitionsstau von mehr als 30 Milliarden DM - 17,5 Milliarden Euro - besteht. Das bedeutet nämlich, dass wir der nächsten Generation auf der einen Seite die Schulden in vielfacher Milliardenhöhe vererben und auf der anderen Seite das, was mit diesem Geld gebaut worden ist, was von einer früheren Generation an Werten geschaffen worden ist, jetzt auch noch verfallen lassen. Das heißt im Klartext: Die Kinder bekommen die Schulden, aber nicht die Werte. Das ist zutiefst ungerecht und unfair, verehrte Frau Kollegin Müller.

(Beifall bei der CDU)

- (C) Es macht keinen Sinn, sich auf Gewerkschaftstagen in Bonn hinzustellen und zu sagen: Jetzt machen wir etwas in Sachen Investitionen. Es macht keinen Sinn, sich bei der Industrie- und Handelskammer hinzustellen und davon zu reden, dass man neun Milliarden DM investieren werde. Es macht keinen Sinn, danach zu rufen, die Kommunen sollten investieren, sich gleichzeitig aber aus den Investitionszuschüssen zurückzuziehen. Würden wir in diesem Land nur so viel investieren, wie es etwa Bayern tut, dann hätten Sie dem Gewerkschaftstag der IG BAU vortragen können, dass wir von jetzt auf gleich 70- bis 80.000 Bauarbeiter mehr in Brot und Arbeit hätten.

Es ist eben unehrlich, bei der IHK und den Gewerkschaften anzukündigen: Wir werden etwas tun. Denn beim Haushalt ziehen Sie sich zurück und zeigen mit dem Finger auf andere, die endlich etwas machen sollten. Das ist nicht die Politik, die wir für richtig halten, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Der erste Kritikpunkt betraf den Investitionsstau von 17,5 Milliarden Euro.

Ich gehe über zum zweiten Kritikpunkt. Die Regierung Clement bekommt die Personalkosten nicht in den Griff. Jeder weiß, dass die vor der letzten Wahl mit großem Aplomb angekündigte Verwaltungsreform kläglich gescheitert ist. Das Schlimme ist, dass der Personalabbau keinen Schritt vorankommt, obwohl es in den Landesministerien und landeseigenen Behörden Einsparpotenziale von bis zu 30 % beim Personal gibt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sagen Sie mal ganz genau, wo!)

- Das ist ganz einfach, Frau Kollegin Löhrmann. Weil ich ein gläubiger Mensch bin und in solchen Fragen meinen zuständigen Ministern natürlich voll vertraue, beziehe ich mich mit der Zahl von bis zu 30 % nicht auf eine Aussage, die auf unserer Berechnung beruht, sondern auf eine Aussage, die der Innenminister dieses Landes in der NRZ vom 4. September 2001 gemacht hat. Wenn der es nicht weiß, dann muss ich fragen: Wer weiß es denn eigentlich in diesem Land?

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Dritter Kritikpunkt. Herr Steinbrück, Sie können noch so viel reformieren, budgetieren und in GmbHs und Stiftungen ausgliedern; das alles wird

(D)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) nicht viel helfen, wenn Sie - da stimme ich der Frau Kollegin Müller ausdrücklich zu - nicht endlich mit einer Aufgabenkritik anfangen und sich von Aufgaben trennen.

Da sind wir wieder, Frau Müller, bei dem Problem, das Ihre Koalition hat.

Sie sagen mit Recht - das teile ich in vollem Umfange -: Ohne Aufgabenkritik werden wir aus dieser Situation nicht herauskommen. Nur, Sie wissen genau, dass von Aufgabenkritik in diesem Land seit Jahrzehnten geredet wird, dass Gutachten über Gutachten gemacht worden sind, die jetzt irgendwo in irgendeinem Geheimschrank unter Verschluss liegen, dass aber nie an irgendeiner Stelle gesagt worden ist: Wir trennen uns von dieser oder von jener Aufgabe. Es ist genau Ihr Problem, wenn Sie das hier fordern, es aber von dieser Regierung nicht gemacht wird.

Sie wissen auch im Kern, woran es liegt: Das liegt daran, dass Sie mit der SPD koalieren. Die weiß natürlich ganz genau, dass solche Strukturfragen Machtfragen sind. Wenn man schwach ist, dann hat man eben nicht mehr die Kraft, solche Strukturfragen anzupacken, weil man dann befürchten muss, weggefegt zu werden. Das ist die Schwäche dieser Regierung. Deshalb passiert in solchen grundsätzlichen Fragen in diesem Land zu wenig!

(B)

(Beifall bei CDU und FDP)

Das kann man auch an konkreten Beispielen belegen. Da werden alle Bauaufgaben der Landesregierung beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb konzentriert. Kann mir bitte einmal einer erklären, wo dann der Grund dafür liegt, dass die Bauabteilung im Vesper-Ministerium erhalten bleibt, obwohl die doch in Zukunft beim Liegenschaftsbetrieb alles machen sollen? Sie wird nicht aufgelöst. Das würden wir anders machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Oder: Die Bauabteilung bei den Oberfinanzdirektionen bleibt mit 124 Stellen bestehen, statt die Aufsicht über den Bundesbau auf den BLB zu übertragen. Auch das würden wir anders machen.

Da gibt es ein eigenes Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung mit 60 Stellen. Statt entsprechende Aufträge an die Hochschulen unseres Landes zu geben, meint man, das könne

man besser in einem staatseigenen Forschungsbetrieb. Auch das würden wir anders machen. (C)

Da werden die Mittel aus der Feuerschutzsteuer pauschaliert, aber das Personal in den Bezirksregierungen arbeitet weiter, als ob es noch jede Mark, jeden Euro demnächst einzeln verteilen würde. Auch das würden wir anders machen.

(Gisela Walsken [SPD]: Ist auch anders gemacht!)

Da werden die Oberfinanzdirektionen Köln und Düsseldorf zusammengelegt, ohne dass irgendwelche Synergieeffekte erzielt werden. Da wird weiterhin in Düsseldorf und in Köln alles parallel gemacht. Auch das würden wir anders machen.

Daran können Sie sehen - die Liste lässt sich verlängern -, dass vieles von dem, was hier angekündigt worden ist, was angeblich Reform in dem Sinne ist, wie Sie es angesprochen haben, Frau Müller, letztlich keine Veränderung in der Wirklichkeit bedeutet, sondern dass irgendetwas neu organisiert wird und die anderen weiter so machen, als ob dies nicht ein Haushalt wäre, dem die Schulden schon bis zur Nasenkante stehen, als ob es nicht so sei, dass die Zukunft unserer Kinder hier verfrühstückt wird, als ob nicht bei den Investitionsausgaben auf die Bremse gedrückt werden müsste: Alles das, weil man nicht bereit ist, an die Strukturen in den Ministerien, überall da, wo die Genossen sitzen, heranzugehen. Das ist genau der Grund, weshalb das hier nicht funktioniert, meine Damen und Herren!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vierter Kritikpunkt: Der Haushaltsplanentwurf 2002 ist, wie jeder weiß, schon heute Makulatur. Es gibt keine Rücklagen mehr. Das Tafelsilber ist verkauft. In dieser Lage legt der Finanzminister einen Haushalt vor, der ein Loch in Milliardenhöhe hat.

Er hat uns, gleichsam nebenbei, in seiner Einbringungsrede mitgeteilt, dass wir bei den Steuereinnahmen etwa 3 % unter der eigenen Annahme für das laufende Jahr liegen. Nun gibt es da eine Formel: Ein Prozent weniger Wachstum macht ein Prozent weniger Steuereinnahmen. Herr Finanzminister, sagen Sie uns, wie Sie diese mindestens eine Milliarde decken wollen!

(Minister Peer Steinbrück: Habe ich Ihnen doch gesagt!)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Wenn Sie die Verschuldung nur um 451,5 Millionen Euro erhöhen - Sie wissen das -, ist Ihr Haushalt verfassungswidrig.

(Minister Peer Steinbrück: Genauer hinhören!)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie durch die Korrekturvorgaben, die Sie im Finanzausschuss bereits angekündigt haben, die Verschuldung nur um einen Euro erhöhen, dann dürfen Sie zumindest nach unserer Beurteilung das Wort Sparen nicht mehr in den Mund nehmen!

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen jetzt einen Weg finden. Wenn Sie schon einen Haushaltsplan hier einbringen, wissend, dass die Einnahmeseite einen Einbruch erleben wird, und wenn Sie nicht die Kraft haben, gleichzeitig zu sagen, woher Sie es bei der Ausgabenseite nehmen, dann müssen Sie diesem Parlament vor der Verabschiedung sagen, wie Sie das Loch schließen wollen.

Sie können uns jetzt noch hundert Mal sagen: "wenn Sie doch nur zuhören würden". - Es ist Ihre Aufgabe, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, und nicht unsere Aufgabe, das zu machen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Aber es ist unsere Aufgabe, darauf hinzuweisen, wenn Sie wieder einmal tricksen und täuschen. Und das ist genau bei diesem Haushaltsplanentwurf 2002 erfolgt, Herr Finanzminister.

(Beifall bei der CDU)

Fünfter Kritikpunkt: Die Landesregierung plündert in ihrer Not die Kommunen aus. Mit diesem Haushaltsentwurf und dem Haushaltsbegleitgesetz werden die Kommunen mit 175 Millionen Euro neu befrachtet. Das heißt im Klartext: Das Land wälzt Aufgaben, die es bisher erledigt und bezahlt hat, auf die Kommunen ab - und das, obwohl bei den Kommunen allein in diesem Jahr ein Fehlbeitragsrekord von 2 Milliarden Euro droht. Hinzu kommen noch die Altlasten von 2,5 Milliarden Euro, die die Kommunen vor sich herschieben.

Jetzt will ich nicht im Einzelnen darauf eingehen, wie sinnvoll und berechtigt das alles ist oder nicht ist: Krankenhausinvestitionen 20 %, Unterhalts-

vorschussgesetz, öffentliche Bibliotheken, Landesaltenplan, Familienförderung, Gewaltprävention, Landesjugendplan, im Kern überall das Gleiche: Das Land zieht sich zurück und belastet die Kommunen. Wir sagen: Das ist unfair und ungerecht, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Wir sind bereit, mit Ihnen über eine Gemeindefinanzreform zu reden. Voraussetzung dafür, Herr Finanzminister, ist aber, dass vorher das Ausbluten der Städte und Gemeinden durch die Landesregierung eingestellt wird.

Herr Ministerpräsident, auch Sie haben eine Verantwortung für die Kommunen! Helfen Sie endlich den Kommunen, statt dass Ihre Landesregierung sie weiter ausplündert!

(Beifall bei der CDU)

Alle fünf Punkte zeigen: Dieser Haushalt ist ein Dokument des Versagens. Herr Finanzminister, da liegt wahrscheinlich auch der Grund dafür, dass Sie sich in Ihrer Einbringungsrede so häufig mit der Opposition beschäftigt haben, statt selber Vorschläge vorzulegen, wie der Reformstau in diesem Land aufgelöst werden soll.

(D)

Nun will ich Ihnen dazu als Antwort noch eines sagen:

Herr Steinbrück, wer gegen Ihre ungerechten und unfairen Kürzungen ist, der ist noch lange nicht gegen das Sparen. Wir kritisieren, dass Sie in erster Linie bei anderen sparen, statt bei sich selbst anzufangen, und dass Sie vor allem bei den Armen und den Alten sparen; denn das ist unfair und ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

In Ihrer Rede sagen Sie, quasi prophylaktisch, dass es nicht anders gehe. Sie beweisen mit diesem Satz, dass die Regierung Clement keine Kraft mehr für einen Neuanfang hat. Sie ist eben alt und verbraucht.

(Beifall bei der CDU)

Das, was Sie vorgelegt haben, hat mit Kindern und auch mit der Zukunft nichts zu tun. Ich darf Ihnen deshalb einen neuen Titel für Ihre Rede und Ihren Haushalt vorschlagen, Herr Finanzminister.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Sie sollten schreiben: Buchhaltung statt Gestaltung.

(Beifall bei der CDU)

Das Hauptproblem - deshalb sind Sie in dieser Not - Ihrer Finanzpolitik ist die falsche Wirtschaftspolitik, die in diesem Land seit vielen Jahren betrieben wird. Sie haben, als Sie sich mit unserem Vorschlag, die nächste Stufe der Steuerreform vorzuziehen, beschäftigt haben, das glasklar auch selber bewiesen. Sie haben immer noch nicht verstanden, dass jede Regierung - gleich, ob in Holland, in den USA, in England oder in Deutschland in den 80er-Jahren -, die die Steuern gesenkt hat, am Ende mehr Steuereinnahmen hatte als vorher. Wenn man das einmal versteht, bekommt man auch den Haushalt - zumindest mittelfristig - in den Griff.

(Beifall bei der CDU)

Solange Sie das nicht verstehen, werden Sie auch den Weg aus der Schuldenfalle, in die Ihre Regierung unser Land geführt hat, nicht finden. Solange wir beim Wirtschaftswachstum, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und bei der Erwerbsquote eine Wachstumslücke haben, werden wir auch zu geringe Steuereinnahmen haben. Eine gute Wirtschaftspolitik ist die Voraussetzung für eine gute Finanzpolitik. Da hapert es schon seit vielen Jahren bei Ihnen und in unserem Land Nordrhein-Westfalen.

(B)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: "In Deutschland" müssen Sie sagen! Da waren Sie in den 80er-Jahren für die schlechten Zahlen verantwortlich!)

- Das ist genau falsch. Als wir in den 80er-Jahren regierten, hatten wir nicht nur blendende Wachstumsraten, sondern wir haben im Unterschied zu Ihrer Regierung am Anfang auch kein Strohfeuer entfacht, sodass es kurz nach oben ging, um im Anschluss daran eine steigende Inflationsrate beobachten zu müssen. Sie betreiben eine typisch sozialdemokratische Politik: Sie entfachen ein kleines Strohfeuer und im Anschluss daran müssen die kleinen Leute bezahlen und die Steuererhöhungen kommen auch noch. Da packt man sich doch an den Kopf.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir stehen vor einer Rezession. Wir alle sagen, dass wir etwas für die innere Sicherheit tun müs-

sen. Sie aber kommen - nach dem Motto: tricky - mit Herrn Eichel und führen eine Steuererhöhung durch. Wo leben Sie denn eigentlich? Wo haben Sie eigentlich Ihren Grundkurs in Wirtschaftspolitik gemacht? So ruiniert man das Land, anstatt es besser zu machen, Herr Ministerpräsident. Genau so ist es.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ihnen glaubt - zumindest nach Ihren Auftritten bei den letzten großen Debatten in Sachen Wirtschaftspolitik - ohnehin niemand mehr etwas. Vor gut einem Jahr haben wir im Dezember hier diskutiert. Sie sagten, es sei alles auf einem guten Weg, es würde nichts Negatives passieren, im nächsten Jahr gebe es tolle Wachstumsraten und es sei alles sensationell gut. Im Frühjahr haben wir ebenfalls darüber diskutiert. Sie sagten, es würde ein wenig schwieriger. Im zweiten Halbjahr würde es aber wieder gut werden. Was Sie jetzt natürlich sagen werden, ist klar. Jetzt haben wir das Problem in Amerika. Das ist jetzt der Grund für die heutige Lage.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Wollen Sie das bestreiten?)

- Nein, das bestreite ich überhaupt nicht. Ich sage nur: Es liegt nicht nur an den Vorgängen in Amerika, sondern wir haben leider nichts zuzulegen, weil wir nicht die Voraussetzungen haben, uns eines solchen Einflusses auf die konjunkturelle Situation, die aus dem Ausland kommt, zu erwehren. Dafür sind Sie - nicht irgendeiner in Amerika - verantwortlich.

(D)

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Wahrheit - das hat noch nichts mit Amerika zu tun - ist:

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Konjunktur und Amerika müssen Sie zusammen betrachten!)

- In der ersten Hälfte dieses Jahres - da waren die Vorgänge in Amerika noch nicht geschehen - betrug die Wachstumsrate in Nordrhein-Westfalen 0,7 %, statt 1,2 %, wie in den anderen westlichen Bundesländern. Dafür sind Sie verantwortlich. Im ersten Halbjahr hatten wir 41,6 % weniger Wachstum, als die anderen westlichen Bundesländer. Das ist eine tolle Wirtschaftspolitik.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) Herzlichen Glückwunsch. Das finde ich ganz toll, darauf können Sie stolz sein.

(Beifall bei der CDU - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Großartig!)

Wir haben zu wenig Wachstum und zu wenig Investitionen.

In den letzten Jahren habe ich von Ihnen immer wieder gehört, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine tolle Gründungsdynamik hätten.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das werde ich auch gleich beantworten!)

- Dass Sie das auch gleich beantworten werden, ist ganz prima. - Ich hatte immer das Gefühl, dass die Zahlen irgendwie ein wenig merkwürdig sind.

(Minister Peer Steinbrück: Die Wachstumsrate der 90er-Jahre lag noch darunter! Das ist Ihre Verantwortung!)

- Wir können gerne ein historisches Seminar über die 90er-Jahre durchführen. Das ist im letzten Jahrhundert gewesen. Inzwischen sind Sie diejenigen, die hier stehen und Verantwortung für die neuen Fakten tragen.

(B) (Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie sind der Schuldenmeister!)

Sie können Ihrer eigenen Verantwortung nicht dadurch entgehen, dass Sie auf irgendwelche historischen Vorgänge verweisen. Ich trage meine und wir tragen unsere Verantwortung. Sie müssen aber endlich Ihre Verantwortung für dreißig Jahre Regierung in diesem Land auch einmal übernehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Setzen wir uns doch einmal mit dieser Frage auseinander. Sie haben immer gesagt, dass es zwar wirtschaftlich schwierig sei und die Wachstums-lücke würde auch noch bestehen, es würde aber alles besser werden, Sie seien dabei.

Wie war es mit den Gewerbeanmeldungen? Ich habe inzwischen einmal nachgeschaut. Meine Quelle für die Anzahl der Gewerbeanmeldungen ist das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik. Die Daten liegen aktualisiert vor: 1997 - Regierung Rau - gab es 166.413 Gewerbeanmeldungen. 1998 - ab Mai Regierung Clement - gab es 166.091 Gewerbeanmeldungen; es geht

nach unten. 1999 - Regierung Clement - gab es 160.897 Gewerbeanmeldungen; es geht nach unten. Im Jahre 2000 - Regierung Clement - gab es 157.819 Gewerbeanmeldungen; es geht nach unten. Im ersten Halbjahr 2001 - Regierung Clement - gab es 67.735 Gewerbeanmeldungen. Es geht also noch weiter herunter. (C)

Herr Clement, was haben Sie uns in den letzten Jahren eigentlich immer erzählt? Sie haben doch immer gesagt, die Lage in Nordrhein-Westfalen sei die beste in Deutschland; sie sei besser als in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg - am liebsten noch zusammengenommen. Das ist genau der Eindruck, den Sie versucht haben, zu vermitteln. Ihr eigenes Landesamt sagt jetzt, dass alle Zahlen, die Sie hier verbreitet haben, in der Tendenz und im Kern nicht stimmen. Die politische Aussage, die Sie damit verbunden haben, ist - im Klartext - nicht wahr. Das zeigt, worin das Problem liegt. Wir haben zu wenig Selbstständige in diesem Land. Das muss endlich geändert werden.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Welche Politik im Klartext dahintersteht, weiß auch jeder. Es reicht nicht, Reden bei den IHKs zu halten und - wie es eben schon einmal gesagt worden ist - Broschüren zu drucken, Call-Center einzurichten sowie irgendwelche Diskussionen zu veranstalten. Man muss eine im Kern mittelstandsfreundliche Politik betreiben. (D)

Sie haben auch eine bundesweite Verantwortung. Wer im Bundesrat dem 630-DM-Gesetz, der Ökosteuer, der mittelstandsfeindlichen Steuerreform und dem Scheinselbstständigengesetz zugestimmt hat, der darf sich eben nicht wundern, dass immer weniger Leute Lust haben, sich in Nordrhein-Westfalen selbstständig zu machen. Das ist der tiefe Grund, um den es eigentlich geht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit diesem Haushalt 2002 geht die Benachteiligung des Mittelstandes in die nächste Runde: Wer ist um Himmels Willen bei Ihnen auf die Idee gekommen, Investitionszuschüsse für mittelständische Betriebe zu kürzen oder zukünftig als Darlehen zu vergeben?

Statt über revolvingierende Fonds - wie sie die SPD-Fraktion jetzt beschlossen hat - nachzudenken,

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) sollten Sie darüber nachdenken, wie die Eigenkapitalbasis unseres Mittelstandes verbessert werden kann. Das ist der Kern, um neue Selbstständige zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Wer um Himmels Willen ist jetzt bei Ihnen auf die Idee gekommen, Zuschüsse nur noch gegen Beteiligungsanteile zu vergeben? Glauben Sie denn im Ernst, irgendein Mittelständler will, dass in Zukunft Ministerialräte als Aufpasser in seinem Betrieb sitzen? - Das macht doch kein normaler Mittelständler mit. Insofern können Sie das direkt wieder einstellen.

Wer um Himmels Willen ist bei Ihnen auf die Idee gekommen, die Meistergründungsprämie zu kürzen? - Da können Sie noch so oft durch den Wirtschaftsminister versichern lassen, dass jeder Antrag auch bewilligt wird. Wir brauchen nicht nur diejenigen, die in der Pipeline sind, sondern mehr Antragsteller. Deshalb müsste mehr Geld zur Verfügung gestellt werden, anstatt zu kürzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

- (B) Herr Ministerpräsident, ich habe Ihnen schon verschiedentlich vorgeworfen, dass Ihr Politikverständnis falsch sei.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das tun Sie jeden Tag!)

Politik besteht nicht aus Schlagzeilen, und das Land ist - anders, als Sie es gesagt haben und der Finanzminister bei der Einbringungsrede auch noch einmal wiederholt hat - kein Konzern. Für wen die Welt nur aus DAX, Aktien und Shareholder Value besteht, der versteht eben die Menschen nicht. Es ist falsch zu glauben, man könnte mit einem solchen ökonomistischen Politikverständnis Zukunft gestalten. Deshalb fünf Prüfsteine zur Zukunftsfähigkeit Ihrer Politik, Herr Ministerpräsident:

Erstens. In wenigen Jahrzehnten wird unsere Bevölkerung viel älter sein. In 30 Jahren wird mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung über 60 Jahre alt sein. Ich stelle fest: Die Regierung Clement versagt vor dieser Herausforderung.

(Lachen bei der SPD - Peter Budschun [SPD]: Absurd!)

- (C) - Mit dem Lachen wäre ich etwas vorsichtig, Herr Walsken.

Im Bereich der Alten- und Pflegeheime gibt es einen riesigen Investitionsstau von rund 4,6 Milliarden Euro: 3,75 Milliarden Euro werden für Sanierungen und Modernisierungen benötigt, 0,9 Milliarden Euro für zusätzliche Pflegeplätze.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Sagen Sie etwas zum Subventionsabbau!)

Im Haushaltsentwurf 2002 gibt es keine neuen Investitionsmittel für die Kommunen. Gleichzeitig werden die Mittel für freie Träger um fast die Hälfte auf 20 Millionen Euro gekürzt.

Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di hat vor wenigen Tagen vor einem drohenden Pflegenotstand gewarnt. Demnach ist die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege seit 1997 von 15.000 auf jetzt 10.400 zurückgegangen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sehr gute Rede!)

Das Personal ist überlastet. Die Qualität der Pflege ist gefährdet. Jetzt dürfen Sie einmal lachen, Herr Walsken. Wer so handelt, versagt vor der Zukunft. Genau das ist es, was diese Politik klar zeigt.

(Beifall bei CDU und FDP - Zuruf von Ernst-Martin Walsken [SPD])

Zweitens. In wenigen Jahrzehnten werden wir viel weniger sein. Statt 18 Millionen Einwohner wird Nordrhein-Westfalen dann nur noch 14 Millionen Einwohner haben. Auch vor dieser Herausforderung versagt die Regierung Clement.

In einer solchen Situation muss man eine konsequente Familienpolitik betreiben, eine Politik für unsere Kinder.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das habe ich doch wirklich gemacht!)

Stattdessen will die Landesregierung die Zuschüsse für kommunale Erziehungsberatungsstellen im nächsten Jahr komplett streichen.

Die Landesregierung will die Zuschüsse für offene Jugendeinrichtungen in kommunaler Trägerschaft komplett streichen.

(D)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Die Landesregierung verweigert den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen. Stattdessen werden die Kinder weiterhin nur verwahrt und billig betreut.

Sie mögen ja früher Verdienste gehabt haben, Herr Clement, aber mit diesem Haushalt versagen Sie vor der Zukunft unserer Kinder. Das ist es, was Sie mit diesem Haushaltsplanentwurf machen.

(Beifall bei der CDU)

Drittens. Wir werden in den kommenden Jahrzehnten immer schneller leben. Die Regierung Clement versagt auch hier. Sie wollte die Arbeitslosigkeit halbieren und kommt keinen Schritt weiter.

Die CDU hat mit ihren Petersberger Leitsätzen zur sozialen Marktwirtschaft konkrete Vorschläge gemacht. Nachdem wir in der letzten wirtschaftspolitischen Debatte über das Thema im Ansatz schon einmal kurz diskutiert haben, will ich sagen, dass im Niedriglohnsektor die Vorschläge, die wir vorgelegt haben, von Wissenschaftlern erarbeitet worden sind und auch teilweise vom Bündnis für Arbeit in Berlin diskutiert worden sind, jetzt nach unserer Auffassung durchgesetzt werden müssen. Vor drei Wochen hat Herr Moron unseren Vorschlag abgelehnt. Sie, Herr Clement, haben ihn damals als diskutabel dargestellt, was ich ausdrücklich begrüße. Ich biete Ihnen an, in Berlin gemeinsam dafür einzutreten.

(B)

Wie, Herr Clement, wollen wir sonst erreichen, dass ein Lagerarbeiter mit drei Kindern nicht weniger in der Tasche hat als ein Sozialhilfeempfänger? - Nach unserer Vorstellung hat jeder, der zwischen 150 und 1.500 Euro im Monat verdient, bis zu 40 % mehr in der Tasche.

Wir wollen erreichen, dass Arbeitslose mit praktischen Qualifikationen wieder Arbeit bekommen. ABM ist - wie wir wissen - keine Lösung. Deshalb muss Schluss sein mit Fehlinvestitionen in den zweiten Arbeitsmarkt, wir brauchen einen Neuanfang im ersten Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU)

Viertens. In wenigen Jahrzehnten müssen wir besser sein. Auch hier versagt die Regierung Clement.

- (C) Wir stehen in Nordrhein-Westfalen vor einer Bildungskatastrophe. Die Anzahl der Schüler ohne Abschluss in Nordrhein-Westfalen steigt. 1999 waren es 5,87 %, 2000 waren es bereits 6,04 %. Wenn ich Sozialdemokrat wäre, würde ich mich über diese Zahlen furchtbar aufregen - um es einmal im Klartext zu sagen. Es sind schließlich diejenigen, die die meiste Hilfe brauchen, nicht aber diejenigen, die man links liegen lassen darf.

(Beifall bei der CDU - Renate Drewke [SPD]: Was sagen die anderen Bundesländer?)

Nordrhein-Westfalen hat die größten Schulklassen in Deutschland. Eltern geben inzwischen jährlich rund 200 Millionen Euro für Nachhilfeunterricht aus. Das heißt, es wird wieder eine Frage des Geldes, ob man eine gute Ausbildung bekommt. Wir haben eben gehört, wie viele Lehrer eingestellt werden. Ich bin gespannt, ob es dann überhaupt noch Lehrer gibt, die diese Stelle annehmen. Dann werden wir wahrscheinlich wieder in Hessen oder Rheinland-Pfalz abwerben müssen, damit die Stellen überhaupt besetzt werden können.

(D) (Ministerpräsident Wolfgang Clement: Wem wollen Sie das vorwerfen?)

- Ich werfe Ihnen vor, dass Sie zu spät gestartet sind. Sie haben sich lange hier hingestellt und gesagt, es wäre alles in Ordnung. Das ist es, was ich Ihnen vorwerfe.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie gleichzeitig im Unterschied zu anderen Ländern für diejenigen, die die Stellen annehmen sollen, unattraktive Konditionen anbieten, wenn sie Schulen haben, die wegen des bestehenden Investitionsstaus sofort durch das Gewerbeaufsichtsamt geschlossen würden, wenn es Betriebe wären, dann muss man sich nicht wundern, dass die jungen Leute mit der entsprechenden Ausbildung woanders hingehen, statt in unserem Land zu bleiben. Dafür sind Sie verantwortlich und kein anderer.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Auch hier geht es wieder im Kern darum, dass Sie Angst vor Strukturentscheidungen haben.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Wir werden uns entscheiden müssen - wie andere Bundesländer übrigens auch -, ob wir auf Dauer an zwei- oder ein dreigliedriges Schulsystem wollen. Wir wollen, dass diejenigen, die in NRW bis heute schlecht weggekommen sind, nämlich die praktisch Begabten, in unserem Land bessere Chancen bekommen. Dazu haben wir einen Vorschlag unterbreitet, wie nach unserer Auffassung das Schulsystem der Zukunft aussehen soll. Mich hat sehr gefreut, dass dieser Vorschlag große Zustimmung gefunden hat. Mit Ausnahme der GEW halten alle Lehrerverbände diese Vorschläge in ihrer Zielsetzung für wichtig und richtig. Dass die SPD und die Grünen negativ reagiert haben, ist in der Anfangsphase wahrscheinlich ein Ritual.

Im Kern geht es darum, dass es keinen Sinn mehr macht, wie Frau Behler an Symptomen herumzukurieren. Wir brauchen einen neuen Anfang in der Bildungspolitik. Es muss Schluss sein mit den Lebenslügen der letzten Jahre. Schule ist nicht dazu da, die Gesellschaft zu verändern, sondern sie soll den Menschen Lebenschancen eröffnen.

Unser jetziges Schulsystem behindert nicht nur die Hochbegabten, sondern es sorgt auch nicht dafür, dass die praktisch Begabten, die es etwas schwerer haben, besonders gefördert werden. Deshalb ist dieses Schulsystem nicht nur nicht zukunftsfähig, sondern auch unfair und ungerecht.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Fünftens. In wenigen Jahrzehnten wird dieses Land bunter sein. Herr Ministerpräsident, Ihr Haushaltsentwurf lässt nicht erkennen, dass Ihre Regierung die von allen vier Fraktionen geforderte Integrationsoffensive ernst nimmt. Ich will das hier nicht in Einzelheiten erörtern. Ich finde aber, wenn der Landtag mehr für Integration tun will, geht es nicht, dass Ihre Regierung zum Beispiel vorschlägt, die Zuweisungen, die die Gemeinden und Gemeindeverbände zur vorschulischen und schulischen Förderung von Migrantenkindern erhalten, um 34 % zu kürzen.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe sehr, dass sich der gute Geist, der das Parlament vor der Sommerpause bei der Verabschiedung des gemeinsamen Integrationsantrages geprägt hat, im Rahmen der Haushaltsplanbera-

tungen auch auf den Haushaltsplan 2002 übertragen lässt. (C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushaltsplanentwurf 2002 der Regierung Clement, so, wie er jetzt vorliegt, ist nach unserer Auffassung ein Dokument des Scheiterns. Die Landesregierung versagt vor den Herausforderungen der Zukunft. Sie hat keine Antwort auf die Fragen der Gegenwart. Das Land leidet unter den Fehlentscheidungen der Vergangenheit.

Als Herr Clement den Posten des Regierungschefs übernahm, wollte er alles besser machen als sein Vorgänger. Vom Schwung der frühen Jahre ist nichts mehr geblieben. Die Politik von Rot-Grün ist unfair und ungerecht. Diese Regierung sieht alt aus. Dieser unfairen und ungerechten Politik setzen wir, die CDU im Westen, eine neue Politik entgegen, die neues Vertrauen schafft. Wir wollen einen Neuanfang, damit die Menschen in diesem Land wieder eine Zukunft haben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Moron das Wort. (D)

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der schreckliche Terroranschlag vom 11. September, der Respekt vor den Opfern des Terroranschlags und auch die sprichwörtliche Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika hatten es geboten, die zum damaligen Zeitpunkt angesetzten Haushaltsberatungen zu unterbrechen. Die tiefe Trauer und die Tatsache, dass wir alle von diesem Terroranschlag nicht nur betroffen, sondern auch getroffen sind, haben es nach dem 11. September nicht zugelassen, einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Ich hatte die Hoffnung - sie ist aber enttäuscht worden -, dass wir in der heutigen politischen Debatte, bei der es um die Grundlinien von Politik geht, aus den üblichen Ritualen, aus dem Wiederanwerfen der Kaskade von Polemik, Unterstel-

(Edgar Moron [SPD])

- (A) lungen und Beleidigungen herauskommen und uns sachlich über politische Differenzen verständigen und unterhalten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von den GRÜNEN: Jetzt geht es los!)

Aber Herr Dr. Rüttgers kann offenbar nicht anders, als wieder in dieses übliche Ritual zurückzufallen und uns hier im Grunde genommen das Bild von einem Mann zu zeichnen, der, wenn er seine politische Linie so weiter verfolgen könnte, wie er es sich jetzt vorstellt, zu einem Wechsel in der Politik beitragen könnte - wohl wissend, dass dieser Ex-Bundespolitiker, dieser ehemalige Bundesminister, mit verantwortlich für Situationen gewesen ist, unter denen wir alle zu leiden haben, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der ganzen Bundesrepublik Deutschland.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Von Herrn Rüttgers als gescheitertem Zukunftsmi-
nister einen Zukunftsentwurf zu erwarten, ist an und für sich Blödsinn. Aber er versucht es trotzdem immer wieder.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Herr Dr. Rüttgers, Sie haben die Verantwortung mitzutragen - die werden Sie nie loswerden - für den höchsten Schuldenstand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die höchste Arbeitslosenzahl, die wir jemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gehabt haben, mitzuverantworten.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die höchste Zahl von Sozialhilfeempfängern, die wir jemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gehabt haben, mitzuverantworten.

(Beifall bei der SPD)

Und ausgerechnet Sie sagen: Ich bin die Offenbarung für eine neue Politik! - Herr Dr. Rüttgers, so aufzutreten, ist fast genauso, als würde man an die Glaubwürdigkeit von Politik eine Axt anlegen. Mit dem, was Sie hier vortragen, sind Sie nicht glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Ich hatte inständig gehofft, dass wir hier eine sich an unterschiedlichen Politikentwürfen orientierende Debatte führen, bei der wir unsere Standpunkte einander sachlich gegenüberstellen und dabei auch und gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in den USA, die noch nicht wirklich überwunden, sondern noch existent sind und sich jeden Tag in neuen Katastrophen entladen können, sachlich miteinander umgehen. Ich will das tun, und Sie greifen - zur Freude Ihrer Fraktion - erneut in diese Mottenkiste alter Beleidigungen, Unterstellungen und Polemik. Aus meiner Sicht haben Sie eine miserable Rede zur falschen Zeit gehalten.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Bernhard Schemmer [CDU]: Zum Haushalt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die politische Welt ist nach dem 11. September eine andere geworden. Der Einzige, der das offenbar noch nicht gemerkt hat, ist der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion. Wir müssen Konsequenzen ziehen aus den Ereignissen dieses 11. September. Wir haben Entscheidungen zu treffen.

- (D) Zu diesen Entscheidungen gehören auch Haushaltsentscheidungen. Es geht darum, landespolitisch auf das zu reagieren, was jetzt im Bereich der inneren Sicherheit notwendig ist. Ich hoffe, dass es sich dabei nicht bloß um eine Worthülse gehandelt hat, sondern dass wir darüber im Rahmen der Haushaltsberatungen fraktionsübergreifend einen Konsens erzielen können.

Aber dann kann man nicht - wie das Herr Dr. Rüttgers wieder gemacht hat - sagen: Wir haben schon immer alles eingefordert, was richtig und notwendig gewesen wäre, und wir fordern erneut 1.000 zusätzliche Polizisten, weil das der richtige Weg ist! - Denn gleichzeitig - das ist auch in der heutigen Presse, die Sie gerade breit vortragen haben, nachzulesen - hat Ihr Parteifreund, der thüringische Ministerpräsident, festgestellt, dass zusätzliche Polizisten zum einen nicht bezahlbar und zum anderen nicht erforderlich seien.

Zumindest in der Führungsebene der CDU auf Bundesebene sind Sie sich noch nicht einmal einig in der Bewertung dieser Frage, erzählen uns

(Edgar Moron [SPD])

(A) aber hier, dass das der richtige Weg wäre, um in der Frage der inneren Sicherheit - - -

(Zurufe von der CDU)

- Hören Sie mir bitte einmal ein bisschen zu, ohne gleich polemisch dazwischenzubrüllen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von Bernhard Schemmer [CDU])

- Mein Gott, lieber Kollege, machen Sie den Mund zu, wenn Sie schreien. Dann kommen Sie hier wenigstens etwas differenzierter an.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Rüttgers und seine Zuarbeiter in der CDU-Fraktion haben auch der Presse gegenüber versucht, den Eindruck zu erwecken, sie hätten in der Vergangenheit eine Fülle von Vorschlägen gemacht, die dazu hätten beitragen können, den Terroranschlag zu verhindern.

Ich frage Sie: Hätte das Aufstellen von Videokameras an Bahnhöfen und anderen öffentlichen Plätzen wirklich dazu beigetragen, den Terroranschlag zu verhindern?

(B) (Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Nein!)

- Nein, natürlich nicht! 1.000 zusätzliche Polizisten übrigens auch nicht. Und die Fragen, die Sie im Zusammenhang mit dem Datenschutz aufwerfen, hätten das auch nicht leisten können.

Das ist alles dummes Zeug und streut den Leuten nur ein nicht vorhandenes Sicherheitsgefühl in die Augen, das gleichzeitig den Blick verstellt. Wir wissen, dass es keinen hundertprozentigen Schutz vor solchen Terroranschlägen gibt. Weder bei uns, noch anderswo in Europa oder der Welt ist irgendetwas unterlassen worden, mit dem man einen solchen Terroranschlag hätte verhindern können. Ein solcher Anschlag ist nämlich bisher unvorstellbar gewesen.

Heute ziehen wir daraus Konsequenzen. Jetzt wird man sich darauf einstellen können. Kein Nachrichtendienst der Welt hatte vorher eine Ahnung. Außer in unserer Phantasie gab es überhaupt kein Bild davon, dass man so etwas machen könnte. Insofern sind Vorschläge, wie Sie sie gemacht haben, geeignet, ganz allgemein über innere Sicherheit und die Bekämpfung von Kleinkriminalität nachzudenken, auch wenn wir Ihnen

dabei nicht folgen müssen, aber das hat nichts mit der Frage zu tun gehabt, ob man so Terrorismus verhindern kann oder nicht. Das ist nun wirklich dummes Zeug!

Wir werden jetzt alles unternehmen, was erforderlich ist, um - bezogen auf die Terroranschläge - in Fragen der inneren Sicherheit unsere Sicherheitsorgane besser auszustatten, und zwar personell, sächlich, wissenschaftlich. Wir werden einen Weg finden, wie das im Rahmen unseres Haushalts finanziert werden kann.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir gemeinsam das Ziel erreichen, dass "der Staat" - in diesem Fall Nordrhein-Westfalen - so gut ausgestattet ist, dass im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus ein Optimum an innerer Sicherheit gewährleistet ist. Immerhin erwarten die Menschen, dass wir mit Augenmaß vorgehen und dabei im Übrigen die Balance zwischen Sicherheit einerseits und Liberalität andererseits halten. Wir brauchen diese Balance zwischen Sicherheit und Freiheit.

Ich wende mich ganz entschieden gegen den Versuch, Freiheit und Sicherheit in der jetzigen Diskussion gegeneinander auszuspielen. Es gibt nämlich keinen Widerspruch zwischen Freiheit und Sicherheit. Menschen, die in Angst leben, sind nicht frei, können nicht frei sein. Deshalb ist die Konstruktion eines solchen Widerspruchs immer wieder nur der Versuch, notwendige Maßnahmen doch nicht durchzuführen.

Wir werden - ich erwähnte es bereits, meine Damen und Herren - jetzt die Voraussetzungen schaffen, den Verfassungsschutz, den polizeilichen Staatsschutz personell und sächlich verstärken. Wir werden hinterfragen, in welche Bereiche wir investieren können, um mehr Schutz erwarten zu dürfen. Das ist aber nur die eine Seite der Bekämpfung des Terrorismus.

Auf der anderen Seite geht es um die Beantwortung der Frage, wie ein global vernetzter und global operierender Terrorismus gezielt und wirksam bekämpft werden kann. Menschen, die zu Anschlägen, wie sie in den USA verübt worden sind, fähig sind, sind zu noch viel Schlimmerem in der Lage. Deshalb sage ich für die SPD-Landtagsfraktion: Militärische Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und seiner Helfer sind unabdingbar, sie sind notwendig und richtig. Aber der Kampf gegen Terror kann nicht nur militärisch

(C)

(D)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) geführt werden, sondern der muss politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich betrieben werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, zur Bekämpfung des Terrorismus gehört unabdingbar die Beantwortung der Frage, worin die Ursachen des Terrorismus liegen: Welche Grundströmungen, welche Fehlentwicklungen gibt es in der Welt, die das Umfeld schaffen, aus dem heraus ein solcher Ungeist entstehen kann? Kann es sein, dass wir in der zivilisierten Welt, für die wir uns halten, unter "Gerechtigkeit" etwas anderes verstehen als Menschen in anderen Regionen dieser Welt? Kann es sein, dass Länder der Dritten Welt das Gefühl haben, dass sie ausgebeutet werden und das mit "Gerechtigkeit" nichts zu tun hat, wenn sie sich die Macht, den Einfluss und die wirtschaftliche Stärke der nördlichen Industriestaaten, also unserer Staaten, vor Augen führen?

Wenden wir uns auch einmal der Frage zu, ob diejenigen, die bei der Globalisierung die Frage der Gerechtigkeit stellen, diese Frage nicht zu Recht stellen. Haben wir überhaupt schon einmal versucht, darauf Antworten zu geben? Oder ist es nicht so, dass wir glauben, dass einer der wesentlichen Grundwerte unserer Gesellschaft, nämlich die Gewinnmaximierung, der einzige Maßstab ist, an dem sich die Welt zu orientieren hat? Ich stelle nur Fragen, denen wir uns einmal zuwenden müssen. Wir können nicht nur über Militär und Polizei reden, sondern wir müssen auch über den Umgang der Staaten untereinander reden.

- (B) Die Bilder des 11. September haben sich uns eingeprägt. Da hat Herr Dr. Rüttgers Recht. Es gab schreckliche Bilder, die fast allen Menschen nicht mehr aus dem Auge gehen. Wir haben in diesen Tagen einmal innegehalten. Die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus hat ja alle anderen politischen Themen in den Hintergrund gerückt. Das war richtig so. Aber ich habe den Eindruck, dass die Zeit der Besinnung sehr schnell wieder vorbeigegangen ist und dass wir wieder in den Alltag zurückkehren. Wir sollten vielleicht diese Zeit nutzen, auch einmal über uns selbst, über unsere politische Streitkultur nachzudenken, darüber, wie wir mit den Problemen umgehen.

(Zurufe von der CDU)

- Da meine ich, liebe Kollegen, dass die Rede von Herrn Dr. Rüttgers genau das vermissen lässt. (C)

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Manchmal werden sehr oberflächliche aggressive Gegenpositionen vorgetragen: "Sie versündigen sich an der Zukunft unserer Kinder" - einen solchen Quatsch muss man sich da anhören. Das sind Worthülsen, gedroschenes Stroh,

(Beifall bei der SPD)

bei dem die Bürger sowieso sagen: Was haltet ihr uns da für einen Blödsinn vor? Die Wirklichkeit ist doch ganz anders. Ich sage das hier ganz offen: Dieses Parlament - mit welcher Regierung auch immer - ist sich in wichtigen Fragen eigentlich sehr viel näher, als wir es in unseren Reden immer wieder vorgaukeln. Wir sind in wichtigen Fragen eigentlich relativ nahe beieinander. Es gibt Unterschiede über die Wege, über die Schritte, die wir gehen wollen, aber in den Zielen sind wir uns einig. Warum machen wir dann hier eine solche Show-Veranstaltung? Warum können wir da nicht einmal vernünftig über unterschiedliche Wege, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen, reden? Warum müssen wir uns dann wieder die Beleidigung des politischen Gegners, der Regierung usw. anhören? Warum machen wir das? (D)

Haben uns nicht die Bürgerinnen und Bürger gewählt, damit wir für sie eine gute Politik machen, damit wir ihre Sorgen aufgreifen, Antworten auf ihre Ängste und auf die Fragen der Zukunft finden? Warum versuchen wir dann nicht, einmal herauszuarbeiten, wo wir uns einig sind und was uns verbindet, um uns dann darüber zu unterhalten, wo es noch Unterschiede gibt? Was hier wieder übergekommen ist, ist nur ein totaler Verriss der Politik des anderen: Alles ist schlecht. Wir wissen genau, dass es völlig anders ist, Herr Dr. Rüttgers.

Deshalb sage ich Ihnen sehr deutlich: Ihr Fraktionsvorsitzender in Berlin, Friedrich Merz, hat Recht, wenn er sagt: Die Probleme, die am Beginn dieses Jahrhunderts stehen, sind viel zu groß, als dass wir uns in kleinliche Zänkereien verlieren dürfen. Genau das haben Sie aber heute hier getan, Herr Dr. Rüttgers, kleinliche Zänkereien.

(Beifall bei der SPD)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Das ist sozusagen Ihr Maßstab, das ist dieses kleine Karo, in dem Sie sich offenbar doch recht wohl fühlen.

Ich will über die Dinge sprechen, wo wir uns eigentlich sehr nahe sind. Als ich das schon einmal in einem Gespräch mit einer großen Zeitung unseres Landes getan habe, haben Sie darauf reagiert. Das war kurz nach der Wahl in Hamburg, als Sie wegen des schlechten Wahlergebnisses der CDU vielleicht noch etwas irritiert waren. Ich hatte darauf hingewiesen, dass wir bei der Lösung wichtiger Probleme die Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen anbieten. Das geschah aber nicht aus einer Position der Schwäche der SPD-Fraktion heraus. Wir haben nicht um Hilfe gebeten. Wie sollten wir auch bei der CDU-Fraktion um Hilfe bitten! Nein, wir sind selbstbewusst genug, eine eigene Politik zu gestalten.

Aber es wäre für unser Land besser, wenn wir in den wichtigsten Fragen der Landespolitik auch einmal herausstellen würden, worüber wir einig sind, worüber wir uns eigentlich gar nicht streiten. Ein Thema haben Sie eben angesprochen, Herr Dr. Rüttgers: Integrationsoffensive. Das hat uns doch keiner zugetraut, dass wir hier in der Lage sind, fraktionsübergreifend einen Antrag hinzukriegen. Das ist doch eine Gemeinsamkeit gewesen.

(B)

(Zurufe von der CDU)

Haben wir damit nicht auch die richtigen Schwerpunkte für die Integration von Ausländern hier bei uns gesetzt: Integration in den Stadtteilen und Wohnquartieren, Schulabschlüsse von Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - ich will gar nicht alles aufzählen -, soziale Integration, islamischer Religionsunterricht? Wir sind uns einig, meine Damen und Herren, und das ist gut so. Aber, Herr Dr. Rüttgers, das ist doch nicht das einzige Thema, über das wir uns einig sind.

(Zuruf von Hermann-Josef Arentz [CDU] -
Weitere Zurufe von der CDU)

- Wir sind uns auch einig darüber, Herr Arentz, dass wir gemeinsam nach Wegen suchen, wie man in einer Zeit, in der es zugegebenermaßen auf dem Arbeitsmarkt schwierig wird, möglichst viele zusätzliche Arbeitsplätze schaffen kann. Wir alle sind uns darüber einig - darüber streitet doch keiner -, dass der Mittelstand dabei die tragende

- Säule ist. Das ist gar keine Frage. Ich denke, wir sind uns auch darüber einig, dass wir in weiten Teilen unseres Landes den Strukturwandel bereits geschafft haben. Der Strukturwandel ist in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens erreicht. Da haben wir heute nicht mehr die Probleme, die wir noch vor 20, 30 Jahren hatten. Dort haben wir eine Mittelstandsstruktur, dort haben wir erfolgreich arbeitende Unternehmen. Das lässt sich mit allen anderen hervorragenden Teilen der Bundesrepublik Deutschland vergleichen, von denen man sagt, dass dort die Wirtschaft boomt - ob das im Raum Coesfeld oder im Bereich Köln/Bonn ist. Ich will nur diese zwei Räume nennen. Es gibt noch andere. Im Siegerland haben wir im Arbeitsmarkt und in der Wirtschaftspolitik Daten auf dem gleichen Niveau wie in den gut prosperierenden Teilen beispielsweise in Baden-Württemberg oder in Bayern. Da gibt es keinen Unterschied mehr.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Hans Peter Lindlar [CDU] - Weitere Zurufe von der CDU)

- Herr Lindlar, seien Sie nicht so oberflächlich. Wir kennen Sie. Sie können ab und zu auch etwas nachdenklicher sein.

- Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass es in Nordrhein-Westfalen Teile gibt, wo der Strukturwandel noch nicht erfolgreich umgesetzt ist. Das trifft zu. Nun müssen wir gemeinsam nach Wegen suchen, wie wir die erkennbaren strukturellen Schwächen abbauen können. Wir machen Vorschläge, wie wir das machen können. Wir sagen beispielsweise: Wir werden künftig nicht mehr Zuschüsse als verlorene Zuschüsse verteilen, sondern wir wollen diese Zuschüsse gezielt als Darlehen geben. Warum auch nicht? Warum soll ein Unternehmer, ein Mittelständler, der einen Zuschuss des Landes bekommen hat, der erfolgreich arbeitet und damit Gewinne macht, das aus Steuermitteln finanzierte Geld nicht zu einem gewissen Teil zurückzahlen? Was spricht dagegen? Überhaupt nichts!

(Beifall bei der SPD)

Diejenigen, die nicht zurückzahlen können, weil sie auf der Strecke bleiben, müssen es auch nicht.

Dieser Weg, Zuschüsse in Form eines Darlehens auf Zeit zu vergeben und von dem erfolgreichen Unternehmen in einen Strukturfonds zurückfließen

(Edgar Moron [SPD])

- (A) ßen zu lassen - damit werden revolvingende Fonds gebildet -, ist doch vernünftig. Warum können wir darüber nicht auch einmal vernünftig miteinander reden? Warum müssen Sie immer wieder nur polemische Ausfälle machen? Wir gehen da doch einen vernünftigen Weg.

Herr Dr. Rüttgers, die EU-Förderung wird in 2006 auslaufen. Bis dahin müssen wir einen Kapitalstock haben, mit dem eine gezielte Wirtschaftsförderung weitergeführt werden kann. Ich glaube, der Weg, den wir Ihnen hier vorschlagen, ist dafür der vernünftigste. Wenn Sie einen besseren haben, lassen Sie uns darüber reden. Nur abzulehnen ist keine politische Alternative, keine Lösung. Damit sind Sie im Grunde genommen nicht auf der Höhe der Diskussion. Deshalb meine herzliche Bitte: Überprüfen Sie Ihre Position noch einmal.

Wir sind doch auch in einem anderen Bereich, hoffe ich, einer Meinung: Das, was hier in Gang gesetzt worden ist, was auch von Harald Schartau stark unterstützt wird, was man Transfergesellschaften nennt, ist ein erfolgreiches Instrument, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Warum sagen wir nicht einmal gemeinsam, dass das ein guter Weg ist und dass wir den weitergehen wollen?

- (B) (Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist kein guter Weg!)

- Das ist ein hervorragender Weg! Es gibt eine Fülle von Beispielen dafür, dass große Unternehmen, die aufgrund unternehmerischer Entscheidungen mehrere hundert Arbeitsplätze abbauen mussten, es über Transfergesellschaften in exzellenter Weise geschafft haben, fugenlos den Übergang von dem einen Arbeitsplatz in den anderen zu organisieren, ohne dass ein Einziger arbeitslos geworden wäre. Und das soll kein guter Weg sein? Da muss man schon so verboht sein wie ein FDP-Politiker!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Widerspruch bei der FDP)

Ich denke, zu den Dingen, über die wir uns unterhalten können - zugegebenermaßen haben wir da eine schwierige Diskussion gehabt, auch in den eigenen Reihen, das will ich gar nicht leugnen -, gehören die Zeitarbeitsunternehmen. Auch da sind wir noch nicht am Ende der Entwicklung: Wir müssen bei den Zeitarbeitsunternehmen den Zeitraum, über den vermittelt werden kann, verlä-

- (C) gern, von jetzt einem Jahr auf zwei oder drei Jahre. Darüber müssen wir diskutieren, auch auf Bundesebene. Das ist der richtige Weg.

Wir müssen auch über Sozialagenturen reden. Wir können, Herr Dr. Rüttgers, auch über Kombilohn und über Niedriglohn reden - allerdings nicht über die Form, die Sie vorgeschlagen haben: flächendeckend, sofortige Einführung, von 300 bis 1.300 DM Befreiung von den Sozialabgaben. - Das ist nicht finanzierbar; das hatte ich hier schon gesagt. So wird es nicht gehen.

Weil das ein kompliziertes Verfahren ist, werden in sechs Bundesländern - drei der CDU, drei der SPD; das ist immer alles schön paritätisch - Modellversuche gefahren, um zu prüfen: Wie kann das am besten funktionieren? Die Auswertung dieser Modelle sollten wir abwarten. Auch bei uns in Nordrhein-Westfalen laufen Versuche mit Kombilohn. Die sollten wir auswerten. Wenn sich dabei ein vernünftiger Weg ergibt, der nicht zu unververtretbaren Mitnahmeeffekten führt und der von den Gewerkschaften mitgetragen werden kann, dann sollten wir ihn gehen. Warum nicht? Wenn das der Weg ist, um Arbeitslosigkeit abzubauen und gerade für minderqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Arbeitsplätze zu schaffen, die finanziell so ausgestattet sind, dass sie davon leben können, dann ist er gut.

Aber wir brauchen keine pauschale Förderung. Da haben ein paar Wissenschaftler gesagt: Das machen wir jetzt so. - Aber weder die Erfahrungen mit dem Mainzer Modell noch die mit dem Saarbrücker Modell sind im Augenblick gut. Man kann nicht sagen: Das funktioniert. - Daran müssen wir noch arbeiten. Es muss ein vernünftiger Weg sein. Alle anderen führen letztlich in die Irre.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Herr Dr. Rüttgers, auch in der Frage der Bildungspolitik sind wir gar nicht so weit voneinander entfernt. Wir haben uns die Beschlüsse, die Sie gefasst haben, angesehen und festgestellt: Vieles daran ist richtig. Das hat uns im Übrigen nicht gewundert; denn Sie haben sich einen Großteil dessen, was wir hier in den vergangenen Jahren vorgetragen und auch beschlossen haben, zu Eigen gemacht. Das ist gut so.

(Lachen bei der CDU)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Es ist auch manch ein interessanter Gedanke dabei. Den werden wir gerne aufgreifen. Ich frage Sie nur, Herr Dr. Rüttgers: Welcher Teufel hat Sie geritten - wenn ich dieses Bild hier einmal nehmen darf -, die Gesamtschule, mit der Sie eigentlich Frieden schließen wollten, nun wieder auf den Prüfstand zu stellen? Ich sage Ihnen: Da werden wir nicht mitmachen; denn die Eltern und die Schülerinnen und Schüler, die sich für die Gesamtschule entschieden haben, haben Anspruch darauf, von der Politik mit Respekt behandelt zu werden. Das sind über 200.000. Die Schülerinnen und Schüler müssen eine Chance haben, ihre Schulzeit an der Gesamtschule zu realisieren. Sie sagen, Sie wollen die Gesamtschule abschaffen. Das werden wir nicht mitmachen.

Aber über viele andere Dinge können wir miteinander reden. Es ist doch unser gemeinsames Ziel, jede Anstrengung zu unternehmen, um aus etwas Gutem etwas Besseres zu machen. Es ist unser gemeinsames Ziel, unser Bildungssystem zu optimieren.

Wir haben beschlossen, bis 2005 zusätzlich 6.100 Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Das machen wir Schritt für Schritt. Das kostet uns viel Geld. Frau Müller hat vorhin darauf hingewiesen, welche Anstrengung damit verbunden ist. Das müssen wir an anderen Stellen des Haushalts erwirtschaften. Das ist nicht so ganz einfach. Aber wir machen das. Das ist eine große Kraftanstrengung: 6.100 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer in dieser Wahlperiode. Ich denke, Sie stimmen dem zu. Sie wollen vielleicht 8.000 oder 9.000. Aber Sie haben nie gesagt, wie Sie die finanzieren wollen. Die Vorschläge, die Sie jetzt wieder hier gemacht haben, sind vorne und hinten nicht stimmig. Das gehört alles in den Bereich der oberflächlichen Polemik. Das geht so nicht.

Wenn Sie glauben, Sie könnten solche Ausgaben über zusätzliche Kreditaufnahme finanzieren, dann müssen Sie wissen, dass wir dazu Nein sagen. Herr Dr. Rüttgers war es, der gesagt hat, man könnte zeitweilig einer erhöhten Neuverschuldung zustimmen. Das kommt von Ihnen! Das ist ein Zitat aus der "NRZ". Ich sage Ihnen: Nein! Das wollen wir nicht. Das werden wir nicht tun. Wir würden unsere Schulden gern beschleunigter abbauen. Aber das ist in einer Zeit, in der an die öffentlichen Haushalte hohe Anforderungen gestellt werden, nur schwer umsetzbar.

- (C) Dass die Ausgaben des Haushalts im nächsten Jahr - ich flechte das hier ein - um ein halbes Prozent niedriger ausfallen werden als im Haushalt des laufenden Jahres, soll uns erst einmal einer nachmachen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich weiß gar nicht, ob es einen anderen Landshaushalt gibt, der eine solche Operation durchführt. Wir geben im nächsten Jahr ein halbes Prozent weniger aus als im laufenden Jahr - trotz geringerer Einnahmen durch die Steuerreform, trotz der Probleme, die wir mit der Konjunkturlage haben, die sich vermutlich auch auf die Steuern auswirken wird. Wir geben weniger aus in diesem Jahr.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Wieso "trotz"?)

Rechnet man die 3,4 % Mehrausgaben hinzu, die wir den Kommunen im Rahmen des GFG zur Verfügung stellen, dann sind es nur 0,1 %. Aber die reinen Landesausgaben werden um 0,5 % herabgesetzt. Das ist eine große Anstrengung; aber wir gehen dabei, wie ich glaube, den richtigen Weg.

(D) Meine Damen und Herren, einen dritten Schwerpunkt unserer Politik - der erste ist die Bildungspolitik, der zweite die Arbeitsmarktpolitik - stellt die Ganztagsbetreuung dar. Wir haben zu Beginn dieser Woche festgelegt, dass wir in dieser Wahlperiode 200.000 zusätzliche Ganztagsbetreuungsplätze schaffen. Damit werden wir weit über 500.000 Plätze haben und weit an der Spitze vor allen anderen Flächenländern der alten Bundesrepublik Deutschland liegen. Hier fällt Ihnen der Vergleich zu Ihrem geliebten Bayern schwer. Dort beginnt man gerade erst die ideologischen Hürden zu überwinden, die besagen, dass die Kinder nachmittags nicht in die Schule, sondern nach Hause gehörten. Dass man dort allmählich davon abgeht, ist erfreulich. Aber wir wollen diese Ganztagsbetreuungsangebote schaffen und wir werden sie vornehmlich im schulischen Bereich realisieren. Insbesondere wollen wir das Ganztagsbetreuungsangebot im Bereich der Grundschule verstärken.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sehr gut!)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) An die Adresse unseres grünen Koalitionspartners füge ich hinzu: Wir werden darüber nachdenken, ob wir die Mittel, die wir dafür einsetzen, in einem Fonds bündeln. Das würde bedeuten, dass das, was das Land gibt, das, was die Kommunen ohnehin schon geben, und das, was an Elternbeiträgen erhoben wird, in einen Topf kommt. Dann werden wir sehen, wie wir die Mittel verteilen und wie wir das Problem lösen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sehr gut!)

Wir werden dabei die Kommunen mit in die Verantwortung hineinnehmen und sie nicht aus ihr entlassen.

(Zuruf von der FDP)

- Ihre Mentalität, sich zurückzulehnen und zu verlangen, alles solle das Land machen, dann aber über das Land zu schimpfen, ist doch absolut unpolitisch.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Wir schimpfen nicht über das Land! Das Land hat nur Besseres verdient als Sie!)

- Das war ja nun wirklich sehr oberflächlich.

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Haushalt ist in der Tat ein sehr schwieriger Haushalt.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Das ist aber eine nette Bemerkung!)

- Ja, es ist ein schwieriger Haushalt. Wir wären froh gewesen, wenn frühere Bundesregierungen sich mit dieser Situation einmal in ähnlicher Weise auseinander gesetzt hätten, ohne stets in den Schuldentopf zu greifen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen bei der FDP)

Es ist ein schwieriger Haushalt, weil wir zweierlei zur selben Zeit tun: Auf der einen Seite gehen die Steuereinnahmen aus vielerlei Gründen zurück. Auf der anderen Seite werden wir die Kreditaufnahme um 200 Millionen Euro, also um 400 Millionen DM, geringer als im Vorjahr halten. Wir wollen die Kreditaufnahme immer weiter herunterführen, bis wir zum Ende der Wahlperiode bei 5 Milliarden DM oder etwas darunter, also bei 2,5 Milliarden Euro, angekommen sein werden.

- (C) Vielleicht schaffen wir es sogar, noch weiter herunterzugehen. Das können wir nur leisten, meine Damen und Herren, indem wir in das Ausgabegefüge dieses Haushaltes eingreifen.

Wie grotesk Diskussionen manchmal geführt werden, erkennt man jetzt an dem Beispiel der Förderung von Bibliotheken. Wir haben noch nicht endgültig darüber entschieden, welchen Weg wir gehen werden; darüber wird sich die SPD-Fraktion noch viele Gedanken machen müssen. Aber dass uns heute in Massen von Briefen, förmlich in einer Massensendung, gesagt wird, weil 5,4 Millionen DM an Landesförderung gestrichen würden, seien das Bibliothekswesen in Nordrhein-Westfalen und die deutsche Sprache insgesamt in Gefahr, das ist so grotesk und übertrieben und eine derartige Verzerrung der Realität, dass man sich nur wundern kann, wie intelligente und belebte Leute so etwas schreiben können. Daran sieht man aber, wie schwierig es ist, in das Ausgabeverhalten des Landes einzugreifen und irgendwo Kürzungen vorzunehmen, ohne dass sich dagegen Widerspruch erhebe. Widerspruchslos geht so etwas überhaupt nicht.

Die Einzige, die uns dabei nicht zur Seite steht - sie muss es auch nicht; wir haben Kraft genug, das allein zu entscheiden -, ist die Opposition.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Wir können doch mal tauschen!)

(D) Die Opposition verlangt immer weniger Verschuldung, weniger Steuern, aber mehr Ausgaben. Das alles passt nicht zueinander; es funktioniert einfach nicht. Aber Sie haben auch nicht die Verantwortung. Aus diesem Grunde brauchen Sie auch niemals einen solchen Haushalt zu verantworten. Als Sie einen Haushalt verantwortet hatten, Herr Dr. Rüttgers, war bei Ihrem Abtreten das absolute haushaltspolitische Chaos Realität geworden. Sie können sich darauf verlassen, dass wir so etwas in Nordrhein-Westfalen nicht tun werden. Wir werden vielmehr unsere Schularbeiten machen und hier einen solide finanzierten Haushalt beschließen. Wir werden ihn so gestalten, dass wir damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes über das Jahr 2005 und damit auch über das Datum der nächsten Landtagswahl hinaus sichern. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(A) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Moron. - Für die Fraktion der FDP erhält Herr Möllemann das Wort. Bitte schön, Herr Möllemann.

Jürgen W. Möllemann (FDP): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Fraktionsvorsitzenden, die vor mir redeten, haben zunächst einige Bemerkungen zu den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten und zu den Konsequenzen, die sich aus ihnen ergeben, gemacht. Dazu möchte ich Folgendes anmerken: Derzeit tut nach meinem Dafürhalten die Bundesregierung außenpolitisch das Richtige. Sie hat deswegen auch zu Recht die Unterstützung von Union und FDP erhalten. Wenn in den nächsten Tagen die Konkretisierung der Maßnahmen ansteht, wird sich zeigen, inwieweit die Bundesregierung die Unterstützung aus den eigenen Reihen erhält.

(Lachen bei der SPD - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Dasselbe gilt für die innenpolitischen Maßnahmen: Es wird sich zeigen, wie weit die Bundesregierung die Unterstützung aus den eigenen Reihen erhält, wenn das, was Herr Schily vorgeschlagen hat, zur Beratung im Parlament anstehen wird.

(B)

Neben den militärischen Anstrengungen - hier hat Herr Moron Recht - muss in den nächsten Tagen und Wochen der Dialog der Kulturen bei uns und im Ausland verstärkt werden, wenn die außenpolitischen Bemühungen nicht im Fiasko enden sollen. Anderenfalls werden wir die wohl unvermeidlichen sicherheitspolitischen Maßnahmen im Ergebnis nicht als erfolgreich ansehen können.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Eine zweite Bemerkung zu den innenpolitischen Überlegungen: Ich habe hier ein Papier, in dem 42 Maßnahmen aufgeführt sind. Das sind die wesentlichen bundesgesetzlichen Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit, die in den vergangenen neun Jahren im Deutschen Bundestag beraten und beschlossen wurden. Mir fehlt eine Effizienzkontrolle im Blick auf diese beschlossenen Maßnahmen.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, dass wir uns, wenn wir weitere Gesetze beschließen und nicht einmal die Implementierung der vorhandenen garantieren, nur mit neuem Aktionismus besoffen reden und beruhigen. (C)

(Beifall bei FDP und CDU)

Das sind 42 Maßnahmen, die immer auch Eingriffe in die liberale Substanz unserer Gesellschaft bedeuten. Bevor man Weiteres unternimmt, muss man sich sehr genau anschauen, ob das, was damit gewollt wird, nicht mit den verabschiedeten Gesetzen erreicht werden kann. Wenn man belegen kann - also Effizienzkontrolle leistet -, dass eine Maßnahme zur wirkungsvollen Bekämpfung des Terrorismus noch fehlt, müssen wir handeln. Aber so herum muss der Weg gehen. Alles Weitere hilft nicht. Nur diese beiden Bemerkungen wollte ich jetzt machen.

(Beifall bei der FDP)

Dann möchte ich ein Anleihen bei dem Bürgermeister von New York machen, der uns alle und seine eigenen Leute besonders beeindruckt hat. Er hat gesagt: Leute, wir müssen jetzt wieder zum Tagesgeschäft übergehen!

(Beifall bei der FDP)

Es hat keinen Zweck, lieber Herr Moron, dass wir mit dem Hinweis auf den Terroranschlag so eine Art Frömmigkeitsgebot verbreiten nach dem Motto: Am besten keine Opposition mehr, am besten still und leise sagen, wir strengen uns gemeinsam an, auch wenn es falsch ist. - Das hilft nicht. Wir machen jetzt unsere parlamentarische Arbeit. (D)

(Edgar Moron [SPD]: Aber sachlich, Herr Kollege!)

Ich lasse mir von keinem Terroristen vorgeben, dass ich mich mit dieser Regierung nicht kritisch und mit allem Nachdruck auseinandersetzen kann. Das ist nötig, das ist angezeigt, und dazu kommen wir jetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen, verehrter Herr Kollege Moron: Ich habe in der "taz" von heute die Schlagzeile "Tanz der alten Männer" gefunden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Natürlich ab 55!)

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) Damit ist das gemeint, was sich im Moment in der SPD abspielt. Ich bin bei dem Begriff "alte Männer" zunehmend vorsichtiger geworden.

(Heiterkeit - Zurufe - Johannes Remmel [GRÜNE]: Altersweisheit!)

Man könnte darauf kommen, warum. Aber ich will sagen: Der Tanz, den Sie hier aufgeführt haben, war noch nicht einmal ein gelungener Schleiertanz. Das muss ich wirklich sagen.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Sie haben noch nicht einmal irgendetwas verschleiern können; die Absicht war so offenkundig, auch in Ihrem Artikel in der "Welt am Sonntag", nach dem Motto: Wir wissen nicht mehr weiter. Helft uns aus der Patsche, aber, bitte schön, indem Ihr unsere Politik übernehmt.

Da Sie in vielen Punkten nicht weiter wissen, da Ihre Politik in Sackgassen geführt hat, können Sie das von uns nicht erwarten. Das ist nicht in Ordnung, und das will ich jetzt im Einzelnen dartun.

Eine Bemerkung an den Finanzminister noch vorweg, der ja möglicherweise heute auch noch etwas sagt. - Haben Sie es vor?

- (B) (Heiterkeit bei der FDP - Minister Peer Steinbrück: Ja!)

- Dann ist gut!

Ich hätte die Bitte, Herr Finanzminister, dass Sie Ihre Rede vielleicht einmal auf das konzentrieren, was Sie hier vorgelegt haben. Denn Sie haben in Ihrer Einbringungsrede ein bemerkenswertes Konzept verfolgt:

Als Erstes wusch sich Peer "Pilatus" Steinbrück die Hände in Unschuld, der Haushalt werde ja im Wesentlichen von Berlin und Brüssel dominiert. Also seien "wir in NRW" an den Problemen nicht schuld, schon gar nicht am Schuldenmachen.

Zweitens haben Sie wie immer in einer merkwürdig arroganten Weise agiert. Ich weiß gar nicht, ob Ihnen das Spaß macht.

(Minister Peer Steinbrück: Da unterscheiden wir uns doch so, Herr Möllemann! - Heiterkeit bei der SPD)

- Ja, das ist wohl wahr. Ich behandle Sie nicht arrogant; ich setze mich mit Ihnen auseinander.

- (C) Sie kanzeln dagegen in einer arroganten Weise jeden ab, der Ihre "hohen" Einsichten nicht zu teilen bereit ist.

(Beifall bei der FDP)

Drittens haben Sie die kühne Behauptung aufgestellt, Sie hätten eigentlich alles im Griff. Und dann haben Sie uns - viertens - noch pastoralen Trost gespendet, es werde schon alles demnächst irgendwie besser werden, wenn wir uns alle nur anstrengen. Fünftens kam dann noch die pharisäische Bitte an die zuvor abgekanzelte Opposition, wir sollten doch helfen, die ernste Lage zu meistern. So geht das nicht.

Kein neuer Kurs, keine neue Perspektive für NRW: Ernsthaftes Sparen bei den Personalkosten - Fehlanzeige! Bürokratieabbau, schlanker Staat - Fehlanzeige! Abbau von Subventionen, vor allem bei der Steinkohle - Fehlanzeige! Ein neuer finanzpolitischer Kurs für Bildung und Mobilität - Fehlanzeige!

Stattdessen laut "WAZ" - ich nehme nur die "WAZ", die ja trotz des Parteiausschlusses ihres Herausgebers aus der SPD weiterhin irgendwie Ihnen nicht so unfreundlich gesonnen ist -: blutiges Sparen im Bereich Soziales, keine Impulse für Wirtschafts- und Verkehrspolitik, Streichungen im Bereich der Existenzgründungsbeihilfen und halberherziges Herumdoktern in der Bildungspolitik. - Das ist die Feststellung der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung".

Um es vorweg deutlich zu sagen: Solange in diesem Land jedes Jahr 1.000 Millionen DM zur Subventionierung der deutschen Steinkohle ausgegeben werden und gleichzeitig die Unterrichtsstunden immer weniger und die Staus immer mehr werden, solange wird kein FDP-Abgeordneter die Hand für eine solche Politik heben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP)

Jedes Jahr die gleiche Argumentationskette von Herrn Steinbrück: Wir werden den Haushalt konsolidieren und sind auf einem guten Weg. Jedes Jahr das gleiche Gejammer, es sei kein Geld da. Doch stets aufs Neue stellt sich heraus: Das Land nimmt immer mehr ein und gibt Jahr für Jahr immer mehr aus - leider immer weniger für die Zukunft.

(D)

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) Es ist Ihr gutes Recht und völlig in Ordnung, sich mit 16 Jahren Bundesregierung von Union und FDP auseinander zu setzen. Aber ähnlich berechtigt dürfte es sein, dass man sich mit einer 30-jährigen Regierungszeit der Sozialdemokraten hier im Land beschäftigt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Und so wenig ich dazu neige, alles das, was die Bundesregierung von Union und FDP vor allem in ihrem Schlussteil gemacht hat, gutzuheißen - wir haben wohl auch Fehler gemacht; deswegen sind wir abgewählt worden -, so wenig finde ich es in Ordnung, dass Sie jede Debatte über Ihre Fehler dadurch zu vermeiden versuchen, dass Sie auf andere zeigen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir reden hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen über Ihre Politik. 1990 lag der Landeshaushalt bei 67,6 Milliarden; das waren rund 28 Milliarden weniger als der heute zu debattierende Haushalt. Der Schuldenberg stieg von 37,6 1980 - da fing Ihre Alleinregierung an - auf heute 167 Milliarden. Die Zinsbelastung stieg von 1990 bis heute von 7 Milliarden auf fast 9 Milliarden im Jahr. Die Personalkosten wurden von 20 Milliarden auf fast 40 Milliarden mal eben verdoppelt. Und die Zahl der Landesbediensteten stieg auf 350.000. Ein weiterer trauriger Rekord: Die Investitionsquote ist um fast ein Drittel auf 9,3 % gesunken.

(B)

Das alles in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsverantwortung! Schieben Sie es also nicht auf die Amerikaner. Schieben Sie es nicht auf die Regierung Kohl. Packen Sie sich an die eigene Nase und geben Sie zu, dass Sie es nicht gebakken kriegen. Sie kriegen es offenbar nicht in den Griff.

(Beifall bei der FDP)

Sie geben mehr Geld für die Schulden der Vergangenheit aus, als Sie in die Zukunft investieren und nennen das auch noch zynisch "erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder". Die Moral dieser Finanzpolitik müssen Sie uns erst einmal erklären, eine Erklärung, die Sie uns übrigens in manchen Punkten auch, Herr Kollege Rüttgers - obwohl ich Ihre Rede deutlich besser fand als die Ihres Nachfolgers von der anderen Seite -, schuldig geblieben sind, nämlich eine Antwort auf die Frage, woher denn das Geld kommen soll.

- (C) Sie haben nicht dargetan, woher das Geld kommen soll. Wir dagegen unterziehen uns dieser Mühe. Ich sage deswegen: Auch Ihre Union hebt unter der Ägide des Kollegen Fritz Kollorz stets gehorsam die Hände, wenn es um die Verschwendung der wertvollen und knappen Kohle für die unwirtschaftliche schwarze Kohle geht. Das ist alles andere als Sparen für die Zukunft unserer Kinder. Politikforscher nennen so etwas Stimmenkauf.

"Die Zukunft unseres Landes geht durch die Türen unserer Schulen", so heißt ein bekanntes Sprichwort. Handeln wir doch danach!

Sie, Herr Finanzminister, haben uns aufgefordert, gute Vorschläge für eine bessere Haushaltspolitik zu machen. Ich sage Ihnen: Ich kenne keinen besseren Vorschlag, als dieser verrückten Steinkohlenpolitik ein schnelles Ende zu bereiten und stattdessen die Mittel in Bildung und Mobilität zu investieren.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben richtig vermutet: Wir werden diese Forderung immer wieder erheben, und zwar so lange, bis sie verwirklicht ist.

(Zuruf von Minister Peer Steinbrück)

(D)

"Raus aus dem Subventionsgrab Kohle" darf allerdings nicht heißen, "Rein in das neue Subventionsgrab Windenergie".

(Beifall bei der FDP)

Selbstverständlich ist es eine faszinierende Vision, Energie in Zukunft zu einem möglichst hohen Anteil durch erneuerbare und umweltverträgliche Quellen und Methoden erzeugen zu können. Deswegen sagen wir Ja zur Forschungsförderung in diesem Bereich. Wir sagen auch Ja zu wirtschaftlichen Anreizmechanismen. Diese staatlichen Anreize - also wiederum Subventionen - dürfen jedoch nur wohl dosiert und befristet eingesetzt werden; sonst entstehen daraus gigantische Subventionsspiralen, die völlig außer Kontrolle geraten. Genau das passiert im Moment bei der Windenergie.

(Beifall bei der FDP)

Im Jahr 2000 wurde Strom aus regenerativen Energien in Deutschland mit 2,5 Milliarden DM direkt aus dem Portemonnaie der Stromkunden

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) subventioniert, im Jahre 2001 werden es bereits mehr als 3 Milliarden sein, in drei Jahren wird der Subventionsbedarf für erneuerbare Energien den Subventionsbedarf der deutschen Steinkohle übertreffen. Eine unsoziale Verschleuderung von volkswirtschaftlichen Ressourcen mit der Folge der Landschaftsverhandlung!

Daran wird auch die kürzlich von der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen beantragte, jedoch völlig unzureichende Überarbeitung des Windenergieerlasses nichts ändern. Sie werden sehen: Immer mehr Menschen werden sich gegen die hoch subventionierten Windkraftanlagen äußern. Sie werden Sturm dagegen laufen, und sie werden dabei auf unsere Unterstützung rechnen können.

Verehrter Herr Steinbrück, für unsere Forderung nach Beendigung der Kohlesubventionen haben wir übrigens seit einigen Wochen einen neuen Verbündeten. Er heißt Werner Müller. Das ist nicht irgendein Müller. Das ist Ihr Müller, das ist Ihr Bundeswirtschaftsminister. - Ich zitiere aus der "NRZ" vom 1. September 2001: "Bundeswirtschaftsminister Müller will die Subventionen für die heimische Steinkohle ab 2006 drastisch kürzen." Alles Müller, oder was? Weiter heißt es dort sinngemäß: Wenn man in NRW weiter Kohle fördern wolle, dann bitte schön mit Mitteln des Landes. Das bedeutet nach dem Zustand des Haushaltes dann endgültig das Aus für die Steinkohle; denn jeder weiß, dass NRW nicht in der Lage ist, jährlich rund 3,5 Milliarden für die Kohlesubventionierung aufzubringen.

- (B) Herr Ministerpräsident, geben Sie doch diese alte Kohlepolitik auf, und steigen Sie nach 2005 aus der Subventionierung aus; verständigen Sie sich mit dem Bund, der das offenbar will, auf die Halbierung der Subventionen bis 2005, und finanzieren Sie so das von uns geforderte Bund-Länder-Infrastrukturprogramm für Bildung und Mobilität in NRW.

(Beifall bei der FDP)

Viele andere Spielräume - das zeigt dieser Haushalt - haben Sie nicht. Sie reden von 640 Millionen Kürzungen, brauchen aber mehrere Milliarden. Dann attackieren Sie uns, die wir Vorschläge für diese Milliarden machen, bleiben aber jeden eigenen Vorschlag schuldig und kommen mit kleinen Eingriffen. Es sind übrigens Bereiche, bei denen man fragen darf, ob sie tatsächlich der Leitli-

- nie "Zukunft der Jugend sichern" gerecht werden. (C)

(Beifall bei der FDP)

Sie verweisen auch auf Berlin. Das haben Sie in Ihrer Rede getan. Von dort kommen aber auch immer wieder die falschen finanz- und wirtschaftspolitischen Signale. Herr Ministerpräsident Clement, von daher habe ich bei der Debatte im Anschluss an die Einbringungsrede von Herrn Steinbrück, die sich nicht direkt auf seinen Haushalt bezog, wohl aber mit wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigte, gesagt, was nach meiner Meinung falsch läuft. Ich weiß aus vielen Ihrer Äußerungen, dass Sie vieles, was in Berlin läuft, auch für falsch halten. Das bekommt man immer wieder mit. Aber Sie sind - wie Herr Rüttgers und ich auch - doch auch stellvertretender Bundesvorsitzender Ihrer Partei und haben als Ministerpräsident des größten Landes doch Einfluss. Das sollte man zumindest annehmen dürfen.

Wenn das so ist, dann lassen Sie uns doch wenigstens das versuchen, von dem ich weiß, dass Sie es auch für richtig halten, in Berlin vielleicht gemeinsam.

- (D) Erstens. Wir brauchen jetzt einen Wachstumsimpuls; denn wir gehen eindeutig auf Stagflation, wenn nicht gar vielleicht auf eine Rezession zu. Die ersten Kammerberichte weisen aus, dass man damit rechnet - warum auch immer, aber es ist Fakt.

Wir brauchen ein Vorziehen der Steuerreform. Entlasten wir die Jobmaschine mittelständische Betriebe und die Konsummaschine Privathaushalte in unserem Land. Flexibilisieren wir das Tarifrecht, sodass echte Bündnisse für Arbeit zwischen den Beschäftigten und ihren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zustande kommen können.

Ich bin seit wenigen Tagen Mitglied in einer Gewerkschaft, in der ich noch nicht Mitglied war. Dieser Gewerkschaftstag war ein sehr schönes Erlebnis. Er war auf dem Weg zu "18" ein wichtiger Schritt. Ich habe gemerkt, dass die Überlegungen, die ich dort angestellt habe, auf viel Zustimmung gestoßen sind. Also: Auch dort bröckelt Ihre Basis.

Drängen Sie auf eine Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes, und fordern Sie den Preis,

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A) den Sie für die Rentenreform bezahlt haben, zurück.

Konzentrieren Sie Ihre Wirtschaftsförderung auf die kleinen Betriebe mit bis zu 200 Mitarbeitern. Wir können eben nicht allen helfen.

Schaffen Sie die Zuständigkeiten dafür in einem Haus. Es hat keinen Zweck, die New Economy beim Wirtschaftsminister anzusiedeln und die Old Economy beim Arbeitsminister zu lassen. Das ist ein Tohuwabohu. Dabei kann nichts herumkommen.

Der Abbau der Subventionen ist ein wichtiger Eckpunkt. Da reden wir über Milliarden, während Sie über Millionen reden und wissen, dass Sie nicht hinkommen. Aber wir brauchen darüber hinaus finanzpolitischen Spielraum. Natürlich geht Sparen nicht ohne Einschnitte auch in gewohnte Leistungen ab. Ich finde aber: Wenn wir das von den Bürgern, von den Leistungsempfängern, verlangen, müssen wir im eigenen Bereich anfangen.

Wir können den Menschen dieses so genannte blutige Sparen nicht zumuten, wenn wir nicht mit gutem Beispiel vorangehen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle an die anderen Fraktionen appellieren: Beschließen wir noch in diesem Jahr die Verkleinerung dieses Parlamentes auf 151 Abgeordnete, senken wir die Zahl der Ausschüsse, specken wir die Landtagsverwaltung um ein Drittel ab! Das wäre ein Signal für die Bürger, dass wir vom Sparen nicht immer nur bei den anderen reden, sondern bei uns selbst und da, wo es um die Macht der Parteien geht, anfangen, liebe Freunde.

(Beifall bei der FDP)

Der Innenminister hat auf einer Tagung zur Zukunft der kommunalen staatlichen Verwaltung in Essen eingeräumt, dass es in den Landesbehörden beim Personal immer noch Einsparpotenziale bis zu 30 % gibt.

(Zuruf von Minister Dr. Fritz Behrens)

- Doch, das haben Sie gesagt. - In seinem eigenen Ressort sei der Wegfall von Stellen im Umfang von 15 % möglich. Das finde ich gut.

(Minister Dr. Fritz Behrens: Gewesen!)

- Gewesen? Jetzt müssen Sie handeln, es geht nicht darum, was gewesen ist. - Eine spürbare

Entlastung von Personalkosten wird Ihnen nur gelingen, wenn Sie sich von bislang immer noch staatlich wahrgenommenen Aufgaben völlig trennen. Wir müssen aufhören, alles selbst organisieren und regeln zu wollen, nur damit Freunde und Parteigänger in den Amtstuben untergebracht werden können. (C)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Richtig!)

- Sie, Herr Ministerpräsident, rufen gerade "richtig". Schön, aber Sie sollten auch ein bisschen mehr Bescheidenheit üben und auf ihre zahlreichen und kostspielig inszenierten Bündnisse, Kommissionen und runden Tische verzichten. Es ist ein tolles Ding, dass man wochenlang auf unsere Anfrage, wie viele es davon eigentlich gäbe, überhaupt nicht antworten konnte. Dann kam eine Antwort, die hieß, es gebe unterschiedlich viele Gremien, aber besonders zehn seien wichtig. Wir hatten nachgerechnet und waren auf 42 gekommen. Das ist für die anderen 32 ein ziemlich schlimmes Verdikt, dass sie eigentlich unwichtig sind.

(Heiterkeit bei der FDP)

Aber Sie machen weiter, und das außerdem noch mit zahlreichen GmbHs. Mit all diesen Gremien machen Sie Politik am Landtag vorbei. (D)

(Beifall bei der FDP)

Ich habe selten erlebt, dass ein so großes Parlament so wenig Einfluss auf das hat, was in diesem Land geschieht. Das ist von Ihnen gewollt, und Sie verstärken diesen Trend auch noch, indem Sie immer neue Gremien ins Leben rufen. Damit täuschen Sie Handlungswillen vor, wo in Wahrheit Entscheidungen in Ihren Reihen blockiert werden. Bauen Sie dieses Rätssystem nicht weiter aus.

Das neueste Beispiel: Ihre in Radiospots tätige Marketing-Ministerin für Ökoprodukte bekommt jetzt einen Zukunftsrat mit 26 Mitgliedern. Wozu haben wir dieses teure, vom Wähler beauftragte Parlament, wenn sich diese Landesregierung parallel ein unkontrollierbares System mit nunmehr 43 Räten schafft? Diese "Kommissionitis" ist nicht nur teuer, sie lähmt auch dieses Parlament. Sie soll verhindern, dass wir uns mit dem, was

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) sie tun oder nicht tun, beschäftigen und ist deswegen nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP)

Nun zu unserem Bürokratieabbaugesetz, das Herr Steinbrück auch schon wieder erahnt hat. Das war ganz toll. Er stellte sich hierhin und hat alles erklärt, was wir uns vorgenommen haben.

(Minister Peer Steinbrück: Ja, genauso kommt es auch!)

- Es wäre aber auch schön gewesen, wenn Sie uns etwas über Ihre eigenen Zuständigkeiten gesagt hätten.

(Minister Peer Steinbrück: Habe ich doch!)

- Das ist aber allen verborgen geblieben. Herr Steinbrück, es müsste Ihnen doch aufgefallen sein - entschuldigen Sie, Majestät, wenn ich Sie zu kritisieren wage -, dass Ihre Rede in der gesamten nordrhein-westfälischen Medienlandschaft einen einzigen Verriss bekommen hat. Wahrscheinlich sind die auch alle daneben, oder wie?

(Beifall bei der FDP)

- (B) Nein, es ist so: Sie liegen mit Ihren Leistungen daneben.

Als Sie hier ins Land kamen, habe ich nach vielem, was ich hörte, gedacht: Könnte sein, dass man sich eine Verstärkung geholt hat. - "Schlappe Nummer", kann ich nur sagen.

(Beifall bei der FDP)

Nichts mit Verstärkung! Sie haben keinen Grund, hier arrogant aufzutreten. Wenn ich mit einem solchen Haushalt wie Sie vor das Parlament treten würde, würde ich mich genieren, in der Tonlage aufzutreten, in der Sie die Opposition abkanzeln.

(Beifall bei der FDP)

Sie behandeln unsere Initiative eines Bürokratieabbaugesetzes, das wir eingebracht haben, herablassend. Auch die Union eiert noch ein bisschen rum in den Ausschüssen. Es wird bisher keine hinreichende Klarheit gegeben. Dabei übernehmen wir Überlegungen aus anderen Bundesländern. Warum soll man, was andere gut machen, nicht auch übernehmen? Das Land Hessen hat bereits 39 % der Verwaltungs- und 15 % der

- Rechtsvorschriften beseitigt und nicht weniger als 3.500 Regelungen abgeschafft. (C)

(Minister Dr. Fritz Behrens: Jahre nach Nordrhein-Westfalen!)

- Lieber Herr Innenminister, es ist unbestritten, dass wir ein noch zu dichtes RegelungsDickicht haben.

(Minister Dr. Fritz Behrens: Sie machen ständig neue Vorschriften!)

Es reicht nicht aus, wir müssen nach dem von uns eingebrachten Bürokratieabbaugesetz vorgehen. Nur dann haben wir die Chance, auch im Bereich des staatlichen Vollzugs zu sparen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Subvention ist die eine Ebene, auf der wir sparen können. Weniger Staat, schlanker Staat, effizienterer Staat, weniger Staatstätigkeit die andere Ebene. Das kann man nicht in Sonntagsreden machen. Dazu haben wir einen Gesetzentwurf mit ganz konkreten Schritten eingebracht. Meine Bitte ist: Wenn Sie konstruktive Zusammenarbeit im Bereich der Verschlinkung des Staates gerne hätten, beraten wir dieses Gesetz gemeinsam. Bringen Sie dort, wo Sie meinen, es sei nicht vollkommen, Verbesserungsvorschläge. Aber das reine Wegdrücken der Beratung, das Vermeiden derselben hilft uns nicht weiter.

Ich will Ihnen im Übrigen sagen - da ich den festen Eindruck habe, dass die Verkleinerung des Parlamentes, der Abbau bürokratischer Ebenen und der Abbau von Staatsapparat und Staatstätigkeit wie kaum ein anderes Thema die Zustimmung der Menschen im Land findet -: Sollten wir bis Ende des Jahres in diesen Bereichen nicht konkret weitergekommen sein,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist Drohung!)

- verehrte Frau Kollegin Löhrmann, es scheint, dass Sie schon ahnen, was ich sagen will -, dann werden wir das Instrumentarium nutzen, das unsere Landesverfassung vorsieht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Völlig irritierend!)

Dann werden wir die Menschen im Land bitten, sich zu artikulieren. Dann werden wir sie durch ein Volksbegehren und durch einen Volksent-

(D)

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A) scheid fragen, ob sie das wollen. Ich ahne, wie das ausgeht.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wenn Sie zum Jagen getragen werden müssen, verehrte Damen und Herren in den anderen Fraktionen, dann werden wir die Wählerinnen und Wähler bitten, uns dabei zu helfen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das hat übrigens im Frühjahr des kommenden Jahres seinen besonderen Charme, wie Sie sich vorstellen können.

(Beifall bei der FDP)

Das könnte mit "18%iger Wahrscheinlichkeit" dazu beitragen, dass Ihnen noch mal Beine gemacht werden. Ja, Frau Löhrmann, ich habe am Sonntag im WDR in "Westpol" mit großem Interesse gesehen, wie sich die Meinung der Menschen in diesem Land entwickelt. Man darf nicht unterstellen, dass der WDR von sonderlicher Begeisterung für Union und FDP geprägt ist und Sie einfach bekämpfen möchte; das kann man nicht direkt sagen. Der WDR sagt, dass Sie seit der Landtagswahl auf 6 % abgerutscht und wir auf 10 % gestiegen sind. Das ist doch in Ordnung. Wir können das fortsetzen und werden das fortsetzen. Beharren Sie ruhig darauf, dass das Parlament so groß sein muss! Lassen Sie weiterhin so viel Geld für die Selbstverwaltung ausgeben, und streichen Sie Geld für Kindergärten und im sozialen Bereich! Sie werden sehen, wie dieses Volksbegehren ausgehen wird. Das wollte ich Ihnen nur sagen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Herr Steinbrück, Sie waren so freundlich, auch den dritten Punkt bereits anzukündigen mit Ihren seherischen Fähigkeiten, die sich auf alles erstrecken, nur nicht auf Ihre eigene Aufgabe. Da liegen Sie immer daneben, wenn Sie etwas prognostizieren, beim Haushalt nämlich.

Damit sind wir beim Thema "WestLB". Was sind Sie jetzt eigentlich: Patron der WestLB oder Finanzminister des Landes? Wenn Sie Finanzminister des Landes sein wollen weiterhin - mal sehen, wie lange -, dann müssten Sie eigentlich Herrn Sengera anrufen und sagen: Das, was in der EU geklärt worden ist, dass nämlich zu Unrecht Vergünstigungen gewährt worden sind,

muss ausgeglichen werden. Die 2,5 Milliarden DM sollen ans Land überwiesen werden. - Die können Sie doch gut gebrauchen. Wir wollen das; das ist unsere Forderung. (C)

(Beifall bei der FDP)

Von daher sollen diese unzulässigen ---

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das ist aber ein bisschen sehr einfach!)

- Ja, Herr Ministerpräsident, Sie sagen: aber ein bisschen sehr einfach. Das ist das, was ich immer zu hören bekomme. Sie wissen nicht weiter - Steinkohlesubventionen - und sagen: "ein bisschen sehr einfach", oder: "machen wir nicht". Sie machen alles, was wir Ihnen anbieten, nicht, und stehen deswegen vor den Zahlen, die ich Ihnen vorhin vorgetragen habe. Das reicht doch nicht. Sie kommen nicht weiter mit Ihren 600 Millionen DM Einsparungen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie kommen nicht weiter! Sie sind bisher nicht weitergekommen, keinen Zentimeter!)

- Na ja, ich kann mich mit dem Weiterkommen nicht beklagen. Warten wir das in Ruhe ab, Herr Ministerpräsident! - Weil Sie das nicht machen, was wir sagen, bleiben Sie überall hängen. (D)

Zum Thema "Bildungspolitik": Da wird von der "Verlässlichen Schule" getönt. Es gibt eine Imagekampagne für den Lehrerberuf, die nichts bringt, weil es bei warmen Worten und Hochglanzbroschüren bleibt. Im "Westfalenblatt" lese ich, dass ein SPD-Ratsmitglied im Rat der Stadt Gütersloh am 21. September gesagt hat:

"Ich weiß, dass die Ministerin schnell ist, Lehrer zu loben und im nächsten Augenblick in die Pfanne zu hauen."

Das ist ein wörtliches Zitat von einem Sozialdemokraten. Ich weiß jetzt nicht, Frau Behler, ob Sie Lehrer in die Pfanne hauen. Ich weiß nur, dass Sie beim Finanzminister von dem, was notwendig wäre, nichts durchsetzen können.

(Beifall bei der FDP)

Das ist so und führt zu Konsequenzen. Wir hatten ja eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet und haben deren Zahlenmaterial genommen. Ich zitiere jetzt nur, was Sie uns als Antwort gegeben haben.

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

(A) Schüler-Lehrer-Relation nach Schulformen im Bundesländervergleich:

Grundschule: Schüler-Lehrer-Relation: 21,9;
NRW: Platz 15 von 16 Bundesländern

- Hauptschule: Schüler-Lehrer-Relation: 15,2;
NRW: Platz 12

- Realschule: Schüler-Lehrer-Relation: 21,2;
NRW: Platz 16

- Gymnasium SEK I: Schüler-Lehrer-Relation:
19,2; NRW: Platz 14

- Gymnasium SEK II: Schüler-Lehrer-Relation:
13,3; NRW: Platz 15

- Gesamtschule SEK I: immerhin Platz 11

- Gesamtschule SEK II: Platz 14

- Berufskolleg, Vollzeit: Platz 11

- Berufskolleg, Teilzeit: Platz 14

Jetzt folgen die Schüler je Klasse nach Schulformen:

- Grundschule: Platz 15

(B) - Hauptschule: Platz 15

- Realschule: Platz 16

- Gymnasium: Platz 13

- Gesamtschule: Platz 16

Sie können doch, wenn Sie selbst solche Zahlen vorlegen, nicht dementieren, dass Nordrhein-Westfalen das bildungspolitische Schlusslicht geworden ist. Dafür sind Sie doch zuständig.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wahrscheinlich werden Sie mir jetzt sagen, dass es im Zeichen der Terrorismusbekämpfung nicht in Ordnung ist, dass ich Sie auf diesen Missstand hinweise. Notwendig wären, lieber Herr Walsken, 8.000 neue und junge Lehrer. Woher die zu finanzieren sind? - Ich habe hier die Beträge genannt und gesagt, an welchen Stellen wir sie umschichten oder sparen wollen. Da haben Sie jeweils gesagt: Das ist zu einfach, das machen wir nicht, das rühren wir nicht an.

Nehmen wir das Abitur nach zwölf Jahren! Was ist daraus geworden, Frau Behler? - Nach Ihrer

eigenen Auskunft haben ganze 20 Schulen eine Profilklassen beantragt. Gerade einmal 500 Schüler in Nordrhein-Westfalen werden also die Chance auf das Abitur nach zwölf Jahren erhalten. Das Saarland und andere Länder machen es komplett, und Sie machen es für 500 und reden davon, das sei Realität. Was in ganz Europa geht, braucht nicht mehr erprobt zu werden. Was im Saarland, was in Sachsen geht - unsere Kinder sind doch nicht blöder -, ist auch in Nordrhein-Westfalen möglich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Räumen Sie denen die Möglichkeit ein, dieses Jahr ihr Abitur früher zu machen. Da braucht man keine Experimente mehr.

Beispiel Verkehrspolitik: Lieber Herr Schwanhold, ich habe gehört, heute Morgen hat es eine ganz interessante Sitzung zum Thema "Transrapid" gegeben. Wir werden ja sehen, wie das ist, wenn es um die notwendigen Landesmittel geht. Wir sind für den Transrapid. Wir sind übrigens auch für die Transrapidlösung über die Nukleusstrecke von Dortmund zum Rhein hinaus.

Es ist interessant, dass das Konsortium heute von der Möglichkeit bis nach Budapest hinein spricht, also von einer langen Strecke, weil das der Technologie am ehesten gerecht wird. Wir brauchen die großen Rundstrecken, damit sich das rechnet. Man wird den privaten Investoren dieses Investment nur abverlangen können, wenn sie über solche Kurzstrecken hinaus entsprechende Mengen bedienen können.

Also: Es wäre schön, wenn wir zunächst einmal den Metrorapid bis zur WM fertig hätten. Ich ahne aber - merkwürdigerweise sind die im Moment so still, diese Grünen da hinten; ich weiß gar nicht, was da los ist -, dass Sie da ein Problem bekommen werden, wenn es um die Finanzierung geht.

Das Gleiche gilt im Übrigen für das Anti-Stau-Programm. Sie, Herr Clement, haben gesagt, Sie wollten Maßnahmen aus dem Antistauprogramm vorziehen, und zwar auch durch Privatfinanzierung, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Das halten wir auch für eine gute Idee; das hatten wir vorgeschlagen. Da geht es - ich bin gespannt, wo dann die Zustimmung bleibt - um den achtspurigen Ausbau des Kölner Rings, den Umbau des Kreuzes Münster-Süd, die Bochumer Lösung, den sechsspurigen Ausbau der A 40. Sind wir sicher,

(C)

(D)

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) dass das hier im Parlament von der Koalition eine Mehrheit hat? - Das werden wir sehen. Sollte es ein Problem geben, machen wir es wie bei den Stammzellen. Das können wir dann wohl hinkriegen.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Beispiel Flughafenausbau! Ich höre Sie immer wieder, wenn Sie auf Kammertagungen und auf anderen Veranstaltungen sind. Sie haben mir einmal gesagt, Sie hörten mir ganz gern zu. Ich höre aber auch Ihnen gern zu, weil ich mir denke: Mal sehen, was von dem, was jetzt gesagt wird, Wirklichkeit wird.

Sie haben gesagt, die Investitionen, die für Münster/Osnabrück getätigt worden seien, rechneten sich natürlich nur bei entsprechendem Flugverkehrsaufkommen - das heißt: wenn auch lange Strecken geflogen werden können. Das ist logisch. Man kann nicht einen internationalen Flughafen bauen und dann verbieten, von dort aus weit zu fliegen. Das geht nicht. Der Ausbau der Start- und Landebahnen wird aber massiv blockiert.

- (B) Ich sehe dahinten Herrn Sagel sitzen. Er hat gerade in den letzten Tagen wieder erklärt, damit werde es nichts werden.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist auch richtig! - Lachen bei der FDP)

- Sehen Sie, so ist es. Wenn er auf festlichen Anlässen redet, verspricht er den Leuten den Ausbau des Flughafens. Aber wenn es konkret wird, sagt der zuständige Abgeordnete der Grünen: Das wird so nicht kommen.

Ich kann nur prophezeien: Dieser Flughafen wird das prognostizierte Wachstum nicht erreichen können, wenn man ihn hindert, die mit viel Geld geschaffene Infrastruktur so zu nutzen, dass ein internationaler Betrieb möglich wird. Deswegen sage ich nur: Sollten Sie da ein Problem kriegen, denken Sie immer an Stammzellen!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Damit sind wir bei der Stammzellenforschung, einer wirklich wichtigen Branche im Bereich der Bio- und Gentechnologie. Time is running out! Die Zeit, Herr Ministerpräsident, verstreicht. Sie haben gesagt, man brauche Bedenkzeit, man müsse noch gründlich diskutieren, und dann solle das

Kontroll- oder Beratungsgremium beim Bundeskanzler seine Meinung kundtun. Aber am Ende werden Sie und wir hier entscheiden müssen, ob wir das Projekt der Universitäten Bonn und Haifa wollen oder nicht, ob wir es unterstützen oder blockieren. (C)

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Ich habe die hier geführte Debatte und die Abstimmung noch im Ohr. Werden Sie nicht zum Papiertiger! Das wäre nicht in Ordnung. Wir haben Sie aus der miserablen Lage, in die Sie sich gebracht hatten, herausgeholt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Aber das können wir nicht jeden Tag tun.

(Joachim Schultz-Tornau [FDP]: Das ist Gutherzigkeit! - Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Der Honig ist alle! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

- Ja, das ist so. Herr Kollege, fallen Sie nicht wieder in die alten Zeiten zurück.

Wir werden hier darüber beraten und, so denke ich, in diesem Herbst abstimmen. So haben Sie es angekündigt. Der Herbst geht ja bis zum 21. Dezember. Dann kommt der Winter. Aber bis dahin ist noch Herbst. Wir können das hier machen, bis das Parlament in die Weihnachtsferien geht. Sie haben es versprochen, dass wir es bis dahin tun. (D)

Wenn wir es nicht tun, ist die Gefahr groß - das wissen Sie -, dass die Beteiligten entscheiden: Das wird hier nichts; da gehen wir lieber woanders hin.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das wird nicht passieren!)

- Ja, gut. Dann lassen Sie es uns gemeinsam machen. Schön, dass Sie ankündigen, das werde nicht passieren.

Das Gleiche sehen wir in verschiedenen anderen Bereichen, so bei dem Thema Integration und Zuwanderung. Ich ahne, Herr Clement: Angesichts dessen, was Herr Schily will, und dem, was wir wollen, und dem, was Ihr Partner will, wird das in Berlin und hier nicht gemeinsam gehen. Was bei der inneren Sicherheit ansteht, wird zwischen Ihnen beiden nicht gehen. Was zur Absicherung der internationalen Handlungsfähigkeit

(Jürgen W. Möllemann [FDP])

- (A) der Bundesrepublik Deutschland notwendig ist, wird so nicht gehen.

Es kann sein, dass die Minister der Grünen das in Berlin mittragen. Aber was machen Sie denn eigentlich, wenn Sie dann keine Basis mehr haben? Ich habe nichts dagegen, dass durch die Kluft zwischen der Ankündigung der Grünen und dem, was sie tun, das Potenzial der Grünen auf Bundesebene auf 5 % abgeschmolzen ist. Das ist mir ja recht. Aber weil ich weiß, dass das an Ihrer Basis allmählich dazu führt, dass Sie sich von Ihren eigenen Ministern distanzieren, will ich hier nur sagen - das ist für mich, Herr Moron, die Schlussfolgerung aus dem, was hier erklärt worden ist -: Sie haben hier seinerzeit schon eine Mehrheit begründet, die in der Bevölkerung keine Mehrheit mehr hatte.

(Beifall bei der FDP)

Aber Sie machen mit dieser nicht vorhandenen, nicht abgesicherten Mehrheit noch nicht einmal das Notwendige. Und manches, was Sie als notwendig erkennen, können Sie wiederum nicht machen.

- (B) Es gäbe eine andere Möglichkeit. Aber Sie tragen die Verantwortung, wenn Sie hier gegen die Mehrheit des Volkes und ohne eine handlungsfähige Mehrheit weiterwurschteln. Diese Verantwortung wird Sie spätestens bei der nächsten Gelegenheit einholen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Kollege Möllemann. - Das Wort hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Angaben hier am Pult stimmen nicht. Hier steht die Zahl "18". Das bezieht sich auf Herrn Möllemann. Bei mir geht es jetzt um Minuten.

Ich habe gespannt darauf gewartet, ob Herr Möllemann die Rechnung, die er in Bezug auf die Regierung immer wieder aufmacht, auch heute aufmacht. Wenn er das gleiche Prinzip auf Hamburg oder Hessen anwendete, dann säße die FDP bei

- (C) 100 % Wahlbeteiligung nicht in diesen Parlamenten und schon gar nicht in der Regierung. Soweit zu Ihren Rechenkünsten. Diese Künste setzen sich im Verlauf der Debatte fort.

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Wer ist denn in Hamburg gerade abgewählt worden?!)

Ich will hier niemandem das Recht absprechen, sich ernsthaft und kritisch mit der Regierungspolitik auseinander zu setzen. Solches zu tun ist selbstverständlich und gut. Aber obwohl so viele zu den letzten Ereignissen gesprochen haben, ist eine bestimmte Form der Nachdenklichkeit nicht zu erkennen, bleibt kein besonnenes Innehalten zurück. Alte Rezepte, alte Rituale und alte Reflexe werden praktiziert. Offenbar gehört das zur Politik dazu. Ich weiß es nicht, ich bedauere das, aber ich habe diesen Eindruck.

Diesen Eindruck habe ich insbesondere dann, wenn es um Schwarz-Weiß-Malerei geht, wenn es um Versprechungen geht, die man macht. Gewiss ist es wohlfeil, sich als Opposition die kritischen Punkte herauszugreifen, die ein solcher Haushalt natürlich enthält. Zu diesen Punkten gibt es Zuschriften. Die Opposition sagt dann: Das machen wir alles nicht. Und dafür kriegt man ganz leicht und ganz schnell Beifall. Es ist nichts einfacher, als "zuzusagen": Wir machen das mit den Bibliotheken rückgängig. Wir machen das mit dem Jugendplan rückgängig. Wir machen das für die Kommunen alles besser, und dann wird alles wieder gut und wir können alles hinkriegen. - Solchen Wünschen nachzukommen ist für die Opposition ein Leichtes,

(Zuruf von Joachim Schultz-Thornau [FDP])

weil sie den Haushalt nicht insgesamt verantworten muss

(Beifall bei den GRÜNEN)

und weil sie sich der Diskussion um Zielkonflikte, um Prioritäten entziehen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube aber, dass Politik heute so nicht mehr funktioniert. Zu einem nachhaltigen Politikansatz, zu einem ganzheitlichen Politikansatz gehört es vielmehr, den Leuten auch ehrlich zu erläutern, was geht und was nicht geht.

(D)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Dabei müssen wir uns - wir Grünen haben es uns vorgenommen - an Werteentscheidungen orientieren, an Werteentscheidungen, Herr Möllemann, auch wenn wir von der Stammzellenforschung sprechen. Auch da müssen wir fragen: Was geht, was ist verantwortbar und was sollte man lieber nicht tun?

Ich stimme selten mit Ihnen überein, Herr Möllemann, aber für das, was Sie am Anfang der Debatte zu dem Komplex innere Sicherheit gesagt haben, habe ich Ihnen ausnahmsweise sogar Beifall gespendet. Dieses Prinzip der Besonnenheit, besonnen abwägen, besonnen überlegen, muss für alle Politikfeldern gelten,

(Beifall bei den GRÜNEN)

auch bei dem Thema Stammzellen. Da würde ich mir die gleiche Besonnenheit wünschen, wie Sie sie hier für die innere Sicherheit eingefordert haben.

Ihr ganzes Konzept, Ihr ganzes Getue wird unglaubwürdig, weil Sie es nur mit Blick auf die Macht zuschneiden - ob hier im Parlament, ob in Hamburg,

- (B) (Jürgen W. Möllemann [FDP]: Ach Gott, ach Gott!)

ob in Berlin. Darum geht es doch nur!

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Sie kleben doch an Ihrem Stuhl! Das Mensch gewordene Pattex! - Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

- Herr Möllemann, wir haben 8,5 %.

(Erhebliche Unruhe - Glocke)

- Herr Möllemann, ganz ruhig: Wir haben 8,5 % in Hamburg, und Sie haben 5,1 %. Die 8,5 % sind schlimm, die gefallen mir nicht. Das ist doch ganz klar.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Ich meine hier!)

- Auf einmal sind Sie jetzt wieder hier. Na gut, dann sind Sie jetzt wieder hier.

(Zurufe von FDP und GRÜNEN)

- Ja, ist ja schön.

- (C) Ich fand eines mit Blick auf die Vereinigten Staaten bemerkenswert: die Trauerfeier in dem Stadion. Ich fand sie insofern bemerkenswert, als sich in diesem Stadion die multikulturelle Gesellschaft Amerikas, New Yorks, auf die das ein Anschlag war, zusammengefunden hat - schwarze, gelbe, rote, weiße Menschen mit den dazugehörigen Religionen -, und die Menschen in einer bemerkenswerten Art und Weise das Geschehene verarbeitet haben, sich Mut zugesprochen, getrauert haben. Ich glaube, dass wir uns von dieser Gesellschaft eine große Scheibe abschneiden können - was nicht heißt, dass wir nicht mehr streiten dürften..

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die amerikanische Gesellschaft und ihre Führung zeichnet auch aus, dass sie besonnen mit dieser Situation umgeht, die uns nach wie vor alle hilflos macht - das finde ich auch legitim -, und nicht einfach schnell zuschlägt.

- (D) Wenn sich unsere Partei und unsere Fraktion - Minister, Bundestagsfraktion, Gremien der Grünen - die Zeit und das Recht nehmen, sich mit den Ereignissen auseinander zu setzen und über die richtige Reaktion zu diskutieren, dann ist das aus meiner Sicht ein Markenzeichen. Dann bin ich stolz darauf, dieser Partei anzugehören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Müller hat in ihren Ausführungen bereits sehr deutlich die grünen Grundlinien für die Haushaltspolitik insgesamt und die Haushaltsberatungen des Landes für das kommende Jahr skizziert. Ich möchte folgende Kernpunkte für meine Fraktion noch einmal deutlich herausstellen:

Ausgewogen, gerecht und sparsam, so soll und so wird die Haushalts- und Finanzpolitik für das kommende Jahr - auf einen kurzen Nenner gebracht - werden.

Wir wollen und wir werden an dem begonnenen Konsolidierungskurs festhalten und ihn verstetigen - und das auch, obwohl die schrecklichen Ereignisse vom 11. September in New York manche Planungen über den Haufen werfen und mehr finanzielle Mittel als geplant für die innere Sicherheit erforderlich machen.

Wir wollen, dass wir als Land weiterhin handlungsfähig bleiben und uns die Pensionslasten und die Zinsbelastungen nicht die Luft abschnüren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Wir wollen daher ein Bündel von Maßnahmen auf den Weg bringen wie die bessere Bekämpfung von Steuer- und Wirtschaftskriminalität, die Entwicklung neuer Finanzierungsinstrumente und die Überprüfung von Förderprogrammen. Alles muss auf den Prüfstand, aber unter dem Kriterium der Nachhaltigkeit, und zwar nicht nur der finanziellen, sondern auch der ökologischen, auch der sozialen Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer wieder muss die Frage im Mittelpunkt stehen: Welche Folgen und Auswirkungen hat das, was wir tun? Welche Wechselwirkungen hat es? Wie wirkt es sich langfristig aus?

(Dr. Stefan Grüll [FDP]: Alles heiße Luft!)

Für uns ist klar: Es wird keinen Kahlschlag in den Programmen geben, mit denen Frauen, Jugendliche, alte und pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Behinderungen gefördert werden. Verbesserungen und Effektivierungen ja, aber einen Kahlschlag soll es aus unserer Sicht nicht geben. Wir wollen, dass diese gesellschaftlich wichtigen Aufgaben wahrgenommen werden. Aber wir schreien nicht bei jedem kleinen Punkt auf, nur weil es wohlfeil ist, wie Sie es am Anfang gesagt haben, sondern wir setzen uns ganz konkret kritisch mit jedem einzelnen Förderprogramm auseinander.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese langfristige und vernetzte Sicht der Politik haben wir auch und gerade in der Bildungspolitik gezeigt. Dieser Haushalt hat seine eindeutige Priorität im Bereich der Bildung. Bildung ist das zentrale Feld der Landespolitik. Und das ist auch richtig so. Wir Grünen sind stolz darauf, dass wir mit der neuen rot-grünen Koalition diese Priorität durchgesetzt haben.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Wir haben dieses Pflichtprogramm erfüllt. Wir haben unsere Hausaufgaben, was das angeht, mit dem Stufenplan zur Sicherung der Unterrichtsversorgung, mit 6.100 zusätzlichen Stellen bis 2005 und - das vergessen Sie immer - mit der Schaffung verbesserter Beschäftigungsbedingungen für viele Lehrerinnen und Lehrer gemacht. Dieses Programm wird in den nächsten Jahren zu zusätzlichen Investitionen im Bereich der Bildung von 2,2 Milliarden DM führen. Das bedeutet - das will ich auch sehr deutlich sagen - eine große, soli-

- darische Kraftanstrengung aller anderen Ressorts. (C)
Das kann man nicht hoch genug einschätzen.

Wir Grüne - Frau Müller hat es ausgeführt - wissen: Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen. Natürlich - Herr Möllemann hat ja gerade noch einmal die Vergleichszahlen aufgelistet - würden wir auch gerne mehr machen. Man muss dann aber auch sagen, woher das Geld sofort kommen soll.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Das habe ich doch!)

- Nein, das haben Sie nicht gesagt, Herr Möllemann.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Natürlich habe ich das gesagt! Haben Sie nicht zugehört?)

Wir wollen in den Bereich der Bildung nicht nur zusätzliches Geld investieren, sondern wir wollen auch mehr Qualität und stellen Ansprüche an die, die Schule machen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie sind doch auch an der Regierung! Warum ist das nicht vorangekommen?)

Wir wollen die Stärkung der einzelnen Schule, mehr Autonomie und Verantwortung und wir garantieren den staatlichen Mitteleinsatz. Damit wird unser Modellvorhaben "NRW Schule 21" mit dem Namen "Selbstständige Schule" Wirklichkeit. Wir machen unsere Schulen zukunftsfähig. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben als Land, das so viel Geld in Bildung investiert, in diesem Zusammenhang auch den Anspruch, mit neuen Lehrerinnen und Lehrern und mit denen, die Schule machen, Veränderungen durchzusetzen. Wir geben den Schulen mehr organisatorische und curriculare Freiheiten, und wir weisen den Weg für eine Schule der Zukunft. Sie muss eigenständig, flexibel und pädagogisch profiliert sein. Aber auch dieses Projekt braucht einen langen Atem. Solche grundlegenden Reformen setzt man nicht in ein oder zwei Jahren um. Auch und gerade Innovationen brauchen Verlässlichkeit. Es geht nicht, nur in Ein- oder Zwei-Jahres-Schritten zu denken, unsere Schulen müssen längerfristig die Möglichkeit haben, sich eigenständig zu entwickeln.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) Dabei möchte ich auf das Programm "Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule" kommen. Frau Ministerin Behler hat in einer Rede hier im Landtag im September 1999 zu Recht hervorgehoben, dass und wie dieses Programm die innovative Schulentwicklung voranbringt. Die 1.000 Schulen, die sich an GÖS beteiligen, belegen dies eindrucksvoll. In anderen Bundesländern und auch in der Schweiz wird dieses Programm mittlerweile kopiert.

Nicht nur dieses Programm ist also wichtig und sollte erhalten werden, sondern auch z. B. das Förderprogramm für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf, um ihnen langfristig eine Chance zu geben. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns Grünen war es deshalb beim letzten Haushalt so wichtig, die 300 zusätzlichen Stellen durchzusetzen, die sich gerade mit der Förderung schwacher Kinder und Jugendlicher beschäftigen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

weil wir wollen, dass Kinder und Jugendliche qualifizierte Abschlüsse machen. Hier liegt Nordrhein-Westfalen im Vergleich mit den anderen Bundesländern an erster Stelle.

(B)

Ich komme zum Thema Abitur nach zwölf Jahren. Man fragt sich ja immer, warum nicht viel mehr der klugen Menschen, die wir hier haben, das Abitur schon nach zwölf Jahren gemacht haben. Die Möglichkeit gab es im Grunde schon immer. Ich bin froh, dass sich die Schulen trotz der drei Möglichkeiten, die wir jeder Schule, die zum Abitur führt, gegeben haben, überwiegend für das pädagogisch qualifiziertere Modell entschieden haben. Für Herrn Möllemann zählen natürlich nur die Profilklassen. Wir sind differenziert vorgegangen, und das Modell wird noch weitere Kreise ziehen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Was wird das Modell? Das Modell zieht Kreise?)

- Es gibt ein Drehtürenmodell. Sie sollten sich vielleicht einmal in die pädagogische Fachdiskussion einbringen. Danach werden keine Klassen, sondern Fördergruppen gebildet. In diesen Fördergruppen können die Kinder qualifiziert vorbereitet werden. Nach zwölf Jahren machen sie dann das

Abitur, obwohl sie nicht in einer Profilklassse gesessen haben. (C)

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das hat er nicht verstanden!)

Ich komme zu Herrn Rüttgers und dem Petersburger Modell. Herr Rüttgers, Sie haben behauptet, Sie hätten viel Zuspruch bekommen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Petersburg ist aber nicht richtig!)

Ich habe mit vielen Kommunalpolitikern Ihrer Partei, die ich kenne, gesprochen. Die haben die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und gerufen: Um Gottes willen, was macht er jetzt? Jetzt haben wir vor Ort endlich Frieden mit all unseren Schulen der Stadt geschlossen und jetzt kommen die da oben und sagen, dass sie im Prinzip die Gesamtschulen abschaffen wollen. Die Kommunalpolitiker sind froh gewesen, vorher einen anderen Weg gefunden zu haben und fühlen sich von Ihnen - wie soll ich es formulieren - ziemlich allein gelassen und empfinden das, was Sie gemacht haben, als sehr kontraproduktiv.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Sie sind dabei geblieben!)

(D)

Bildungspolitisch reißen Sie alte Gräben wieder auf. Sie betreiben eine Reideologisierung in der Bildungspolitik.

Ich möchte noch einmal bitten, darüber nachzudenken, ob es richtig ist, nach dem Motto zu verfahren: Die einen - die Praktiker - nehmen wir für die einen Dinge und die anderen - die Schläuen - für die anderen Dinge. Die Einteilung von Menschen in praktisch Begabte und in Hochbegabte ist nicht richtig. Sie ist bildungspolitisch auch nicht zu halten, weil wir Gott sei Dank Menschen mit vielen Begabungen - praktischen und kognitiven - haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bedauere deswegen den Weg, den die CDU da gegangen ist.

Meine Damen und Herren, ein Feld in der Verknüpfung von Bildungs-, Jugend- und Frauen- bzw. Familienpolitik ist der Bereich der Ganztagsbetreuung. Hier hat sich die Koalition viel vorgenommen. Es geht um den Ausbau der Ganztags-

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) betreuung. Erfreulicherweise haben ja inzwischen fast alle die Bedeutung eines verlässlichen Angebotes für die Eltern - vor allem für die berufstätigen Mütter und erst recht die Alleinerziehenden - erkannt. Uns Grünen ist wichtig, dass wir hier nicht nur die Quantitäten, sondern auch die Qualität im Blick haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [FDP]: Wo ist eigentlich die SPD?)

Wir brauchen ein dichtes Netz von Nachmittagsgruppen an den Schulen. Mit unserem Konzept "Hand in Hand", das wir vorgestellt haben, möchten wir das Angebot optimieren. Wir wollen die Betreuungsstruktur vereinheitlichen, die Planungen in den Kommunen koordinieren, die Geldmittel den Kommunen pauschal zuweisen und die Kinderbetreuung stärker fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen damit das vorhandene System der Kinderbetreuung im Interesse der Kinder und Eltern umbauen. Das neue, einfachere System ermöglicht dann im Dialog mit Eltern und Kommunen stufenweise den Ausbau des Angebotes in einem dynamischen Prozess. Mit unseren Eckpunkten schaffen wir den Einstieg in ein übersichtliches, verlässliches und qualitativ angemessenes Betreuungssystem, mit dem Eltern und Kommunen gut planen können. Die Finanzierung nach einem einheitlichen Grundmuster wollen wir durch Landesmittel unterstützen. In der Koalitionsvereinbarung ist für die laufende Wahlperiode eine Erhöhung der Geldmittel für die Schulkindbetreuung um 50 Millionen DM festgelegt. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Mittel, die das Land für die Schulkindbetreuung außerhalb des Kindertagesstättengesetzes ausgibt, glatt verdoppelt werden. Das ist angesichts der knappen Kassen eine ganz beachtliche Leistung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich freue ich mich, dass die SPD Anfang der Woche Beschlüsse gefasst hat, die mit unseren korrespondieren, und die mich zuversichtlich stimmen, dass wir im Sinne der Kinder und der Eltern, die diese Angebote dringend brauchen, gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommen.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Das habe ich jetzt nicht verstanden!)

- (C) Wir hatten unsere Beschlüsse schon gefasst. Die erste Reaktion der SPD lautete, das wäre alles nicht so gut. Der Fraktionsvorsitzende hat sich dann positiv geäußert, und die SPD hat diese Woche Beschlüsse gefasst. Wir glauben, dass wir das gut hinbekommen, und das ist im Sinne der Kinder, der Mütter und der Eltern.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Was haben Sie beschlossen?)

- Vielleicht verfolgen Sie die Presse!

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Nennen Sie sie doch einmal!)

- Sie haben beschlossen - Herr Moron hat es eben erklärt -, einen Fonds zu bilden und diese Mittel an die Kommunen zu geben, damit die Kommunen vor Ort bedarfsgerecht planen können. Es ist doch gut, wenn beide Koalitionspartner ähnliche Beschlüsse fassen und Konzepte für das Land entwickeln, damit sich für die Menschen im Lande etwas bewegt.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Stimmt das? - Edgar Moron [SPD]: Sie hatten wohl einen Blackout!)

- (B) Gestern, meine Damen und Herren, war der "Tag der offenen Moschee". Dieses Angebot der islamischen Gemeinden zum Kennenlernen und zum Dialog haben in Nordrhein-Westfalen mehr Menschen wahrgenommen als jemals zuvor. Das ist ein gutes Zeichen für die Offenheit und das Interesse der Bürgerinnen und Bürger, sich mit der Kultur und den Religionen der Migrantinnen und Migranten auseinander zu setzen.

Wir Grünen halten fest am Ziel, ein modernes Zuwanderungsgesetz für die Bundesrepublik zu verabschieden. Aus unserer Sicht muss es drei Kriterien erfüllen: Es muss Einwanderung aus demographischen Gründen sinnvoll steuern, es muss Menschen, die in Not geraten sind und bei uns Schutz suchen, die Aufnahme und ein menschenwürdiges Leben in unserer Gesellschaft ermöglichen, und es muss die Integration der Einwanderinnen und Einwanderer - und zwar aller - voranbringen.

Aus grüner Sicht kann es keine Regelung geben, die Arbeitsmigration zulässt, aber zulasten von Flüchtlingen wirkt. Wir Grünen sind froh, dass wir hier im Landtag ein Papier bzw. ein Konzept verabschiedet haben - Herr Rüttgers hat darauf hin-

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) gewiesen -, das beispielgebend sein sollte für die Entwicklung auf Bundesebene. Dieses Konzept ist für uns der Maßstab, und davon wollen wir nicht abweichen.

Noch ein Gedanke zum Haushalt; Frau Müller hat ja die Kernpunkte genannt: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wie widersprüchlich das Agieren der Opposition ist. Sie haben keine Gesamtkonzeption, was die Finanzierung angeht.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Selbstverständlich!)

Das Ganze wird völlig absurd, wenn man sich vor Augen führt, dass die Herren stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU und FDP wirklich so tun, als wäre es für einen Landeshaushalt - egal für welches Land - verantwortlich, wenn man die Steuerreform vorziehen würde. - Das wäre nicht verantwortlich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann könnten wir hier im Grunde genommen einpacken, weil es zusätzliche Milliardenverluste bedeuten würde.

- (B) Für uns Grüne ist klar, dass wir schwierige Zeiten und schwierige Haushaltsberatungen vor uns haben. Wir stellen uns dieser Herausforderung. Ich will mit unserem Motto schließen, das uns nicht nur bei dieser Frage begleiten wird: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Löhrmann. - Das Wort hat nun Herr Minister Steinbrück für die Landesregierung.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Jetzt aber ein bisschen mehr Demut!)

Peer Steinbrück, Finanzminister: Herr Möllemann, die Demut passt zu mir wie die Bescheidenheit zu Ihnen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! (C)

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was sagen Sie jetzt? Jetzt sind Sie platt!)

Herr Möllemann, ich finde es gut, wie Sie Charakterisierungen austeilen. Wenn es aber umgekehrt ist, haben Sie ein Glaskinn.

(Beifall bei der SPD)

Sie können sich gerne mit mir über die Adjektive unterhalten, die Sie mir anpflastern, aber Sie müssen damit rechnen, dass ich ähnliche zurückgeben könnte. Ich bin mir aber nicht sicher, ob solche Charakterisierungen in diese Debatten gehören. Man sollte eher in der Sache streiten.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Tun Sie das doch!)

Ich habe die Rede von Herrn Rüttgers sehr genau durchgelesen, aber ich habe auch nach zweimaliger Lektüre nicht einen einzigen tragenden Vorschlag zur Finanz- und Haushaltspolitik dieses Landes aus dieser Rede entnehmen können. Ich habe nicht einen einzigen gefunden, der uns behilflich ist, das zu realisieren, was Sie selber fordern, Herr Rüttgers, nämlich eine Konsolidierung des Haushaltes, eine sehr viel größere Disziplin, eine Konzentration auf Felder, die gar nicht so weit von unseren Schwerpunktsetzungen entfernt sind. (D)

Herr Rüttgers, Sie beziehen sich in Ihrer Ziffer 3 auf die Aufgabenkritik. Da ist nicht viel mehr drin, als dass Sie auf Abteilungen in der OFD abheben, auf eine Bauabteilung im Vesper-Ministerium und auf ein Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung. Damit ist es dann aber auch schon getan.

Ich würde gerne nach wie vor von der CDU wissen - da sie mit dem Haushaltsentwurf der Landesregierung nicht einverstanden ist und kritisiert, es werde am falschen Ende gespart -, wo denn die CDU bereit ist - auch um den Preis, dass sie Zumutungen verteilen muss und unpopulär erscheint -, tatsächlich konkrete Einsparvorschläge zu machen.

(Edith Müller [GRÜNE]: Darauf warten wir die ganze Zeit!)

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Sie tun es nicht. Es passt voll und ganz zu Ihrem gesamten Katalog, in dem Sie für alle Bereiche Mehrforderungen stellen. Wenn ich Sie in Ihrer Rede richtig verstanden habe, geht es Ihnen um mehr Mittel für die Alters- und Pflegeheime - was ein richtiger Ansatz sein kann; ich bin konzeptionell oder politisch gar nicht dagegen. Sie plädieren für ein Mehr in der Familienpolitik; ich nehme an, das betrifft Ihr Familiengeld von 1.200 DM. Sie sind für eine Freistellung von Sozialversicherungsbeiträgen in Förderung eines Niedriglohnssektors. Sie wollen mehr im Bereich der Bildung, Sie wollen mehr im Bereich der Integration. Sie sagen dem staunenden Publikum aber an keiner Stelle, wie dies finanziert werden soll und wie die von Ihnen und auch der FDP, den Grünen und uns gleichermaßen für notwendig gehaltene Konsolidierung erfolgen soll.

Dann gibt es einen Katalog, der wirklich bemerkenswert ist und aus dem man runterrattern kann, wo Sie mehr tun wollen: Sie wollen z. B. mehr für die Feuerwehren tun. Herrn Diegel habe ich in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses so verstanden, dass er mehr Personal in der Steuerverwaltung einstellen möchte. Sie sind für ein Sofortprogramm im Bereich der inneren Sicherheit, das auf einen Rahmen von 49 Millionen DM hinausläuft. Sie unterbreiten dafür einen Deckungsvorschlag, den auch meine Fachleute nicht haben decodieren können, weil der Begriff Sondermittel für Personal im Haushalt einfach nicht vorkommt.

(B)

Dann gibt es andere Maßnahmen: Sie wollen beispielsweise die vorschulische ärztliche Untersuchung, den Ausbau des ehrenamtlichen Engagements, der Tagespflege, von Schifffahrtswegen. Des Weiteren müssen Ihrer Meinung nach die Kreispolizeibehörden mehr Geld bekommen.

Dann geht es weiter mit einer Mobilitätsoffensive für alle Verkehrswege. Herr Kruse fordert mehr Polizisten. Sie fordern 8.600 Lehrer. Und so geht es weiter und weiter.

Das heißt, Sie verfolgen eine gespaltene Strategie: Auf der einen Seite kritisieren Sie das Land für seine Haushaltspolitik und die notwendigen Einsparungen. Auf der anderen Seite flüchten Sie in eine Beliebigkeit - ich glaube, bei Ihnen heißt das in der Tat postmoderne Beliebigkeit -, indem Sie dem Publikum nach dem Mund reden und sagen: Ich kann alle Goodies aus meinem Bedienungskasten über dieses Land ausgießen. Ich

gebe euch aber nicht die Antwort, wie dies finanziert werden soll. (C)

Das ist ein Kurs, den man - ich wiederhole mich - aus der Oppositionsrolle heraus halten kann, nicht aber, wenn Sie in die Regierungsverantwortung hinein wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Edith Müller [GRÜNE]: Das soll auch so bleiben!)

Demgegenüber ist Herr Möllemann sehr viel konkreter gewesen, allerdings auch kalkulierbarer; denn, Herr Möllemann, es hat mir schon Spaß bereitet, dass ich Ihre Haushaltsrede vor drei Wochen ziemlich genau vorhergesehen habe. Natürlich steigen Sie in den Abbau der Kohlesubventionen ein, allerdings mit einer, wie ich finde, bemerkenswerten Relativierung - an den Ministerpräsidenten gerichtet -: Ausstieg nach 2005.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Richtig, genau!)

Das ist etwas Neues. Aber das hilft uns beim Haushalt 2002 gar nicht.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Das ist eine Halbierung bis dahin!)

- Herr Möllemann, eine Halbierung bis dahin läuft wieder auf die Aufkündigung der kohlepolitischen Vereinbarung hinaus, an der Sie und Ihre Partei in der Verantwortung der Bundesregierung aktiv mitgewirkt haben. (D)

(Zuruf von Jürgen W. Möllemann [FDP])

Dann stellen wir fest, dass wir dort einen Dissens haben. Ich vermute, SPD und CDU sind gemeinsam der Auffassung, dass diese kohlepolitische Vereinbarung in ihrer Laufzeit von 1997 bis 2005 nicht infrage gestellt werden sollte - auch im Sinne politischer Verlässlichkeit und der Tatsache, dass für den Fall, dass sie infrage gestellt würde, es zu bruchartigen Entwicklungen käme, die die damit verbundenen Sozialkosten in unverantwortliche Höhen schrauben würden.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Stimmt ja gar nicht!)

Dann machen Sie einen zweiten Vorschlag, dem die Landesregierung und, wie ich vermute, die Regierungsfaktionen absolut offen gegenüberstehen: Aus welchen Tätigkeiten sich Staat und Verwaltung zurückziehen sollen. Auf diese Vor-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) schläge und auf diese Diskussion gehe ich sehr neugierig ein. Ich halte es für richtig, dass wir uns auch über Fraktionsgrenzen hinaus viel intensiver mit der Frage beschäftigen müssten, was ist die Aufgabe des Staates.

Wo muss er Verantwortung zurückgeben? Wo muss er die Eigenverantwortung stärken und dann allerdings auch die damit verbundenen Risikopositionen an die Betroffenen abgeben, und wo darf er sich selbst nicht mehr für omnipotent erklären, alle diese Risiken auf sich zu nehmen und auch lösen zu können? Das glauben uns die Menschen ohnehin nicht.

Dann machen Sie einen weiteren Vorschlag, bei dem ich auf die Gefahr hin, wiederum arrogant zu wirken, sage: Den können Sie nur in einer gewissen Unkenntnis der Situation der WestLB machen. Denn in dem Augenblick, in dem Sie sagen, dass eine vielleicht Ende 2002 oder 2003 in Rede stehende Rückabwicklung des Wfa-Kapitals - je nach Ausgang der gerichtlichen Auseinandersetzungen vor dem EuGH -, als allgemeine Deckungsmittel in den Landeshaushalt eingestellt werden müsste, ist die WestLB kaputt, und zwar schlagartig.

- (B) (Jürgen W. Möllemann [FDP]: Nein, nein!)

Wie kommen Sie auf die Idee, dass Sie der WestLB im ungünstigsten Fall etwa 2,5 Milliarden haftendes Kapital entziehen können? Das ist jedenfalls der Betrag, der jetzt in Rede steht. Ich sage voraus, dass es nicht so viel sein wird, weil die Höhe der Investorenrendite erkennbar falsch berechnet worden ist. Aber nehmen wir einen Milliardenbetrag: Wie kommen Sie auf die Idee, dass Sie der WestLB in dieser Situation haftendes Kapital in einer solchen Größenordnung entziehen können, ohne dass die WestLB in erkennbare Schwierigkeiten gerät? Die WestLB braucht, jedenfalls mittelfristig, die Zuführung bzw. Generierung von Eigenkapital.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dann können Sie sich doch nicht hierhin stellen und den kundigen Thebanern dieses Hohen Hauses in Aussicht stellen, daraus könnten sich allgemeine Deckungsmittel zur Finanzierung von Aufgaben ergeben, die Sie für wichtig erachten.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Doch!)

- (C) Vielmehr ist es absolut aus der Hüfte geschossen und überlebt erkennbar nicht den Weg zu dem Briefkasten, über den Sie diese Vorschläge absenden.

(Zuruf von der FDP)

- Nein, über diese Materie weiß ich wirklich gut Bescheid, weil im Augenblick ungefähr 20 bis 30 % meines Zeitbudgets mit der Erörterung dieser Themen und insbesondere mit der Unterlegung von Eigenkapital für die öffentlich-rechtliche Mutter und die zu gründende Tochter draufgehen und dies in einem, wie ich finde, sehr guten und konstruktiven Diskussionsprozess mit den anderen Gewährträgern.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Sie haben ein anderes Bild von der Rolle! Das ist es doch!)

Es handelt sich in diesem Fall um einen Vorschlag, der keine 24 Stunden hält, sondern erkennbar einfach nur in den Raum geworfen worden ist und mit den realen Verhältnissen nichts zu tun hat.

Ich will noch einmal darauf hinaus, dass die durchsichtige Oppositionsstrategie auf der einen Seite darin liegt, das Land zu jagen, nach dem Motto: Ihr müsst mehr sparen, und wenn ihr spart, ist immer der Ort falsch, an dem ihr es tut. - Auf der anderen Seite ist es die Oppositionsstrategie, sich selbst mit Vorschlägen zu überbieten, bei denen die Landesregierung nach dem Motto vorgeführt wird: Da müsst ihr sehr viel mehr tun.

Herr Diegel, bei Ihren Vorschlägen habe ich dann doch innerlich "Donnerwetter" gesagt, weil die an Abstraktionsniveau wirklich nicht zu übertreffen sind. Sie sind auf das Immobilienmanagement zu sprechen gekommen. Da sind wir auf einem guten Wege. Sie sind auf die Aufgabenkritik zu sprechen gekommen, ebenso wie Herr Rüttgers. Dazu könnte ich Ihnen nähere Ausführungen machen, wenn die Zeit dazu reicht.

Zur Stellenbörse sage ich auch: "Donnerwetter, damit werden wohl Milliardenbeträge zu erwirtschaften sein." Lineare Stellenkürzungen - dazu würde ich nach wie vor gern von der Opposition wissen, wie dies insbesondere in der Ministerialverwaltung möglich sein soll, ohne dass wir zu

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

(A) betriebsbedingten Kündigungen übergehen müssen.

(Zuruf von der FDP)

Sie bleiben diese Antwort permanent schuldig. Dann kommt als letztes großes Glanzlicht auf dem Tannenbaum das Stichwort "Subventionsabbau". Die Landesregierung hat in immerhin 100 Programmen nichts anderes gemacht, als Subventionen abzubauen. Aus Ihrer Sicht ist das an der falschen Stelle geschehen, aber Sie werden uns nicht vorwerfen können, dass wir - in Gesamtbeträgen von ungefähr 650 Millionen DM - nicht an diverse Landesprogramme herangegangen sind, übrigens auch als Ergebnis unserer Erörterungen in der Sparkommission.

Wenn das die Kompassweisung ist, von der die Opposition glaubt, sie würde in einen Dialog führen, in dem die Landesregierung am Ende wirklich aufgrund der besseren Argumente überzeugt werden kann, möchte ich Ihnen entgegenhalten: Etwas konkreter und etwas mehr im Akkusativ als im Nominativ hätte ich Ihre Vorschläge schon ganz gerne.

(B) Wenn Sie über die Verschuldungsentwicklung und die Zinsbelastung in Nordrhein-Westfalen reden, Herr Rüttgers, dann wundere ich mich immer über Ihre Chuzpe. Wie Herr Möllemann richtig erwähnt hat, ist das Thema nicht, dass man über eine fünfunddreißigjährige Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen nicht genauso kritisch reden kann wie über 16 Jahre CDU/CSU geführter Bundesregierung. Vielmehr stören mich die aufgesetzte Empörung und die Chuzpe, wenn Sie uns die Zahlen in Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund der Tatsache entgegenhalten, dass allein in den vier Jahren, in denen Sie Mitglied des Bundeskabinetts waren, die Verschuldung des Bundes um 45 % gesteigert worden ist.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das ist unter Ihrer maßgeblichen Mitverantwortung im Kabinett von Helmut Kohl geschehen. Dabei sind übrigens auch die kumulierten Zinsen von 619 Millionen DM auf 964 Millionen DM gesteigert worden.

Wenn ich selbst einen solchen Entwicklungstrend zumindest habe gewähren lassen, dann wäre ich

in der Wortwahl und auch in der Aggressivität meiner Vorwürfe etwas bescheidener. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Generell fällt mir auf, dass diese Debatte aus einer Vielzahl von Allgemeinplätzen und Platitüden besteht. Da wird nach wie vor an dem Bild festgehalten, dass das Geld mit vollen Händen ausgegeben wird und dass wir auf der anderen Seite unfair und ungerecht in unseren Streichungen sind. Da ist von "Ausplündern", "Ausbluten" und "ausgelaugt" die Rede. Ich versuche mir immer vorzustellen, welchen Job Sie als Student gehabt haben, dass Ihnen alle diese Verben einfallen.

Andere Begrifflichkeiten erwecken bei mir den Eindruck, als gehe es um Reden nach dem Baukastenschema für eine Oppositionsrede.

(Edgar Moron [SPD]: Genauso!)

Dann greift man auch noch auf den "Rhetorikkurs 1" zurück. Herr Rüttgers, Herr Diegel, dort steht: Wiederholung ist besser als Originalität!

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Belegt wird das beispielsweise dadurch, dass Herr Diegel mehrfach wiederholt: Diese Landesregierung sieht alt aus! - Das kommt bei Ihnen fünf- oder sechsmal vor und ist sehr beeindruckend. (D)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Schauen Sie sich doch einmal an!)

Bei Herrn Rüttgers heißt es: Wer so handelt, versagt in der Zukunft! - Das zähle ich fünfmal. Noch einmal: Wiederholung ist besser als Originalität, das hinterlässt wenig Eindruck und ist inhaltlich keineswegs überzeugend!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Alles klatscht!)

Das finde ich ziemlich alt und ausgelaugt. Sie bringen in meinen Augen herzlich wenig und führen uns nicht zu den Themen, die ich Ihnen selber beim letzten Mal als kritische politische Entwicklungen aufgezeigt habe, wobei ich als Vertreter der Landesregierung überhaupt keine Mühe damit habe, auf manche der kritischen Einlassungen einzugehen.

Das betrifft z. B. die Entwicklung bei den Investitionen. Das betrifft die Verkarstung des Haus-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) halts, das schwierige Thema der Personalausgaben. Das betrifft die Notwendigkeit, mit den Pensionslasten fertig zu werden.

Solange Ihnen aber kein Bild zu plump ist, keine Verzeichnung zu grob ist, und solange Sie bei Ihren Angriffen in der gezeigten Maßlosigkeit operieren, wird es schwer, mit Ihnen in einen solchen Dialog einzutreten. Wenn Sie diesen Dialog wollen, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir auch in der Wortwahl und der Hemmungslosigkeit bei Darstellungen anders operieren würden.

Apropos "Hemmungslosigkeit"! Bei Herrn Diegel ist von "hemmungsloser Schuldenaufnahme" die Rede. Bei "dpa" lautet die Ticker-Meldung: "Der Weg in die Pleite" oder der "Pleitenkurs". - Das sind Ihre Stichworte zu diesem Thema. Sie müssten einmal dem Publikum oder einem anderen Finanzminister - beispielsweise einer CDU-geführten Landesregierung - erklären, warum ein Landeshaushalt wie der unsrige mit einem Nullwachstum und einer um 400 Millionen DM geringeren Nettokreditaufnahme bei gleichzeitiger Bewältigung von etwa 4,3 Milliarden DM weniger Steuereinnahmen einer "hemmungslosen Schuldenaufnahme" gleichkommt. Warum ist das ein "Pleitenkurs"?

- (B) Durch unsere Sprachwahl und die Superlative, die wir bilden, rufen wir bei den Menschen Bilder hervor, die mit der Wirklichkeit rein gar nichts mehr zu tun haben. Vielleicht könnten wir uns darauf verständigen, dass wir uns an der Stelle gegenseitig zurücknehmen. Ich wäre dafür ausgesprochen dankbar.

Natürlich haben Sie in einigen Punkten Recht. Das gebe ich gerne zu. Lassen Sie mich Ihnen aber anhand von drei bzw. vier Fachfeldern ganz nüchtern Zahlen an die Hand geben, wengleich ich weiß, dass es dazu auch andere Betrachtungen gibt:

Herr Rüttgers, Nordrhein-Westfalen hat seit 1981 die niedrigste jahresdurchschnittliche Ausgabesteigerungsrate unter allen westdeutschen Flächenländern. Das sage ich Ihnen deshalb, weil Sie behauptet haben, dass wir das Geld mit den Händen zum Fenster rauswerfen. Nordrhein-Westfalen hat darüber hinaus die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben je Einwohner unter allen Flächenländern.

- (C) Nordrhein-Westfalen hat die niedrigsten Personalausgaben je Einwohner unter allen Flächenländern. Für das Jahr 2001 beträgt der Wert 2.115 DM. Bayern liegt bei 2.229 DM, Baden-Württemberg bei etwas mehr als 2.300 DM.

Wenn wir den Personalbestand je 1.000 Einwohner unter allen Flächenländern vergleichen, können wir mit 174 den niedrigsten Wert feststellen. In Bayern sind es 225, in Baden-Württemberg 187.

Außerdem haben wir die zweitniedrigsten Kosten je Einwohner für die politische Führung unter allen Flächenländern.

Vor diesem Hintergrund zu der Einschätzung zu gelangen, wie Sie sie geäußert haben, lässt auf eine selektive Wahrnehmung schließen, die sich die Realität getreu dem Motto zurechtbiegt: Das ist mir für jede Pointe recht! - So aber kann man politisch nicht streiten. So funktioniert das nicht.

- (D) Gleiches gilt für den Bildungsbereich: Natürlich gibt es Kennziffern, die das Ergebnis nahe legen, dass andere Länder besser dastehen. Trotzdem stimmt es, dass die Prozentzahl der Ausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen für Bildung, Wissenschaft und Kultur unter allen Bundesländern an zweiter Stelle steht. 23,53 % bedeuten den zweiten Platz!

Ich darf einen anderen Wert zitieren, den man auch nicht verschweigen sollte, will man das Bild bunt malen: 76,3 % aller 5- bis 19-Jährigen besuchen in Nordrhein-Westfalen eine allgemeinbildende Schule. Das ist der drittbeste Wert als Ausweis unseres Schulsystems. Schüler ohne Hauptschulabschluss - Nordrhein-Westfalen belegt in dieser Kategorie mit nur 6 % den besten Platz. Das ist doch offenbar nicht nur das Ergebnis einer "Bildungskatastrophe". Haben Sie es nicht ein bisschen kleiner, wenn Sie die Probleme beschreiben?

Gleiches gilt auch mit Blick auf die Situation der Kommunen. Sie haben dieses martialische Bild vom "Ausbluten der Gemeinden" benutzt. Dabei geben wir 25 % unserer bereinigten Einnahmen in Nordrhein-Westfalen für unsere Kommunen aus. In Bayern sind es 16,9 %, in Baden-Württemberg 15,2 % und in Hessen 16,6 %.

(Heinz Hardt [CDU]: Die haben alle mehr Einnahmen!)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Bei den Nettoausgaben der Flächenländer an ihre Gemeinden und Zweckverbände liegt Nordrhein-Westfalen mit 1.195 DM an zweiter Stelle. An erster Stelle - wahrscheinlich nicht ohne Grund - rangiert Schleswig-Holstein.

Mit Blick auf die Entwicklung im Haushalt für das Jahr 2002 möchte ich auf eine Reihe von Entwicklungen hinweisen, die belegen, dass die Kommunen besser bedient werden als im Jahr 2001. Sie bekommen im Rahmen des GFG mehr Mittel, nämlich 3,4 %. Sie partizipieren erheblich an den Verhandlungserfolgen, die wir bei der Neujustierung des Fonds Deutsche Einheit errungen haben, für die Jahre 2001 bis 2004 insgesamt übrigens 1 Milliarde DM, lieber Herr Diegel. Wie Sie angesichts dessen zu der von Ihnen geäußerten Einschätzung kommen, die Landesregierung habe in Berlin bei den Verhandlungen um den Fonds Deutsche Einheit, auch im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und bei der Steuerreform erfolglos operiert, ist mir schleierhaft.

Wie wollen wir jemals wieder ein Glas Bier zusammen trinken, wenn Sie bei diesen Einschätzungen bleiben? Das würde uns doch im Hals steckenbleiben.

- (B) (Oh-Rufe bei der CDU)

Unsere Erfolge werden einfach so weggeräumt. Wenn Sie von uns Fairness verlangen, dann gehen Sie doch mit uns auch in der gleichen Art und Weise fair um.

Herr Arentz, Sie tragen schon eine saubere Augenklappe. Bei Ihnen fällt mir übrigens gerade ein, wie es bei dem angeblichen Investitionsstau in Nordrhein-Westfalen sein soll.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Schlimm!)

Welcher Beliebigkeit das Ihrer Lesart nach unterliegt, finde ich faszinierend. Ich bitte Sie einmal, mir zuzuhören: Herr Diegel hat heute von einem Investitionsstau in Nordrhein-Westfalen in Höhe von 18 Milliarden Euro gleich 36 Milliarden DM gesprochen. Herr Rüttgers hat am 07.09. von 30 Milliarden DM gesprochen. Herr Arentz hat am 18.05. in der "Recklinghäuser Zeitung" von 27 Milliarden DM gesprochen. Das bedeutet, dass dieser Investitionsstau in Nordrhein-Westfalen von Monat zu Monat um eine Milliarde DM ansteigt. Mensch, Sie müssen bei dem Kolonialwarenhändler dabei gewesen sein, der meine Groß-

- (C) mutter beim Abschneiden der Leberwurst immer gefragt hat: Kann's nicht noch ein Stückchen mehr sein? Das ist eine von Ihnen völlig beliebig gegriffene Zahl.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

- Wie hoch die wirklich ist? Ich bitte Sie, Herr Palmen.

Sie unterliegt Beliebigkeitsanmeldungen, so nach dem Motto: Der Himmel ist die Grenze. Fragen Sie doch einmal Schulträger, welchen Sanierungsaufwand sie schätzen. Glauben Sie, das sind geringe Beträge? Das sind ganz saftige Beträge aus einer Bedarfsperspektive, völlig losgelöst davon, wie die objektive Notwendigkeit aussieht und wer eigentlich die Zuständigkeit dafür hat. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sowohl mit Blick auf die Finanzausstattung der Kommunen und auch mit Blick auf unsere Haushaltskennziffern nicht versuchten, uns solche Bandbreiten, die mit den Realitäten nichts zu tun haben, um die Ohren zu hauen.

Ein Hinweis von Herrn Rüttgers war: Der Haushalt 2002 ist schon wieder Makulatur, weil es Mitte November eine Steuerschätzung geben wird. Das erleben wir nun, seitdem es im November Steuerschätzungen gibt. Denselben Vorwurf haben Sie auch letztes Jahr und vorletztes Jahr erhoben. Das ist doch alles nicht mehr originell. Wir haben das ja auch letztes Jahr, vorletztes und vorvorletztes Jahr bewältigt. Welche Annahme treibt Sie denn um, dass die Landesregierung das jetzt nicht bewältigen könnte? Im Übrigen müssen Sie auch zuhören, wenn ich Ihnen offenlege, welche Steuermindereinnahmen wir gegenüber dem Soll schätzen, oder Sie müssen in dieser fantastischen Broschüre nachlesen, was ich gleich anschließend als Erklärung wiederhole. Das steht alles darin.

(Zuruf von Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- Das ist so eine Broschüre, wie Sie sie früher als Bundesminister auch herausgegeben haben, ebenso Herr Möllemann. Das waren genauso schöne Broschüren. Ich weiß nicht, warum sich das geändert haben soll, nur weil ich jetzt Finanzminister bin.

(Beifall bei der SPD)

Und Ihr Foto damals, Herr Möllemann, sah verflucht gut aus, auch in Hochglanz. Das rufe ich

(D)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Frau Freimuth zu, die von diesen Broschüren herunter will. Dahinter steckt eine gewisse Naivität.

(Zuruf von Jürgen W. Möllemann [FDP])

Noch einmal: Natürlich werden wir uns im Lichte der Steuerschätzung vom November gegebenenfalls mit einer Ergänzungsvorlage gegenüber dem Parlament neu darstellen müssen. Mit Blick auf die laufenden Steuermindereinnahmen, die Sie cum grano salis richtig einschätzen, habe ich schon mehrmals mündlich, aber auch schriftlich, auch im Haushalts- und Finanzausschuss - ich nehme dort demnächst auch noch eine Tröte in die Hand, damit das noch deutlicher wird - gesagt: Wir werden dies nach Lage der Dinge durch Mindereinzahlungen in den Länderfinanzausgleich, durch erkennbar geringere Personalausgaben - man höre und staune: in dreistelliger Millionenhöhe - in diesem Jahr und ein sehr diszipliniertes reales Ausgabeverhalten der Häuser kompensieren können. Das sage ich Ihnen heute nicht das erste Mal. Trotzdem treten Sie hier an und bringen das hier rituell einfach mit Knopfdruck nach dem Motto: Was beschweren mich solche Informationen in meinen Vorurteilen? Das beschwert solche Vorgänge.

- (B) Ich möchte abschließend noch einmal darauf hinweisen, dass all das, was Sie zu den derzeitigen konjunkturellen Schwierigkeiten mit einem Vorziehen von Steuerreformschritten im Sinn haben, erkennbar schon im Bundesrat von CDU/CSU-geführten Ländern nicht mitgemacht werden würde und auch nicht - da bin ich mir ganz sicher, Herr Rüttgers - von CDU-Oberbürgermeistern und CDU-Landräten dieses Landes. Das heißt: Das, was Sie hier dem Parlament als einen Ausweg zur Bewältigung der konjunkturellen Schwierigkeiten darstellen, ist unreal. Warum? Die Leute haben völlig Recht: Das Vorziehen dieser beiden Stufen auf das Jahr 2002 wäre für Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr mit einem Minus von 1,6 Milliarden DM und im Jahre 2003 mit einem Minus von 3,4 Milliarden DM verbunden. Das müssen Sie auf die derzeitige Einnahmesituation der Kommunen und des Landes abspiegeln. Dann wissen Sie, warum die Leute in einem großen parteiübergreifenden Konsens sagen: Kommt bloß nicht damit!

Den Hinweis, der nun immer aus der Wirtschaftstheorie kommt, solche Steuerreformen hätten ein Selbstfinanzierungskonzept, höre ich, seitdem ich Ökonomie studiert habe. Es gibt ein großes Fall-

- (C) beispiel, Herr Diegel, das Sie sich ansehen sollten. Das sind die großen Steuerreformen, die der damalige amerikanische Präsident Reagan in den USA durchgeführt hat und die in den USA zu einem Rekordstaatsdefizit geführt haben.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

- Auch Sie werden mir nicht belegen können, dass die so genannte Elastizität einer Steuersenkung, bezogen auf die Einnahmeentwicklung, wirklich eins ist. Ich glaube Ihnen das nicht. Diese Erfahrung gibt es auch nicht, einmal abgesehen davon, dass Sie von mir erwarten, dass es im Jahr 2002 einen ausgeglichenen Haushalt gibt und ich nicht auf eventuelle Mehreinnahmen 2004, 2005 oder 2006 warten kann.

Abschließend, meine Damen und Herren: Ich bin gern bereit, natürlich nicht nur mit den Regierungsfractionen, sondern auch mit den Oppositionsfractionen an den wirklichen Strukturproblemen des Haushalts entlang zu diskutieren, die unabweisbar vorhanden sind. Ich stehe nicht lange an, diese offen zuzugeben und darzulegen, was ich in meiner Haushaltsrede ja auch getan habe. Ich bin ja gar nicht darüber hinweggegangen.

- (D) Das heißt: Wir haben uns darüber zu unterhalten, wie wir bei den Personalausgaben herunterkommen können, allerdings in einem schwierigen Prozess, wenn wir im öffentlichen Dienst keine betriebsbedingten Kündigungen durchführen wollen. Ich bin für jeden Vorschlag offen, wie das über das hinaus gehen kann, was wir derzeit schon tun. Und entgegen den Einlassungen sowohl von Herrn Rüttgers als auch von manchen anderen Oppositionsrednern sind wir erfolgreich: Wir haben im letzten Jahr 1.800 Stellen abgebaut, wir haben im ersten Halbjahr dieses Jahres bereits 1.400 Stellen abgebaut, und wir werden es auch in Zukunft tun. Das ist ein Netto-Abbau.

Ich finde es dann sehr interessant, wie es passiert von den Oppositionsfractionen ständig Forderungen nach neuen Stellen formuliert werden. Ich finde einen Vorstoß des Innenministers zur Bekämpfung des Terrorismus sehr viel überlegter, einen Vorstoß, der dort ansetzt, wo aufgrund der veränderten Lage ein Bedarf ist, und der nicht aus der Hüfte heraus einfach sagt: Wir brauchen 1.000 Polizeistellen mehr.

(Beifall bei der SPD)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Da müsste man den Bürgerinnen und Bürgern begründen, wieso und weshalb eigentlich.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, die Stellen, die er bekommt - das Kabinett hat am Dienstag beschlossen -, sind aufgrund der Analyse, die das Innenministerium gemacht hat, das Angemessene. Es läuft auf eine Mehrbelastung des Haushalts von 28 bis 29 Millionen DM hinaus. Wir tun uns in diesem Parlament alle keinen Gefallen, auch in Fragen der inneren Sicherheit, einen Überbietungswettbewerb zu starten, von dem wir wissen, dass er politisch nicht durchzuhalten und haushaltspolitisch auch nicht zu verantworten ist. Ich wäre da für Mäßigung und für Besonnenheit sehr dankbar.

Das gilt auch mit Blick auf die Personalforderungen an anderer Stelle. Man muss nicht aus einer schwierigen Debatte mit der Deutschen Steuerwerkschaft - ich weiß, wie schwierig diese vor dem Hintergrund der Situation der Finanzverwaltung ist - hinausgehen, lieber Herr Diegel, und sagen: Jetzt bin ich aber der Weihnachtsmann und der Geburtstagshase, der euch auf einmal neue Stellen bringt. Das macht keinen Sinn.

- (B) (Zuruf von Helmut Diegel [CDU])

- Ja, Sie haben das in der letzten HFA-Klausurtagung angedeutet. Dann freut mich das, und ich nehme das alles zurück.

Die Landesregierung wird bei ihrem Konsolidierungskurs bleiben. Wir werden uns insbesondere um das Thema der Pensionslasten kümmern, auch in der Abfolge des sehr interessanten Stadttor-Gesprächs, das wir gehabt haben. Wir werden Vorschläge für neue innovative Finanzierungsinstrumente unterbreiten.

Ich bin jedenfalls sehr aufgeschlossen, noch für den Haushalt 2003 konkrete Projekte unter Mobilisierung von privatem Kapital vorzustellen, auch die staatliche Wirtschafts- und Technologieförderungspolitik umzustellen, wie das Kabinett dies diskutiert. Ich bin ebenfalls gern bereit, beim Abbau von Aufgaben, bei der Reduzierung von Staatstätigkeit und auch von Standardsetzungen nicht zuletzt zugunsten von Kommunen Potenziale zu erschließen. Wir brauchen dies dringend - aber in einem deutlich anderen Ton, als das je-

denfalls in manchen CDU-Reden heute der Fall gewesen ist. - Herzlichen Dank. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Das Wort hat Ministerpräsident Clement. Bitte schön.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur noch wenige Bemerkungen - zunächst zum Thema innere Sicherheit nach den Terroranschlägen in den USA: Sie haben uns allen mit erschütternder Wucht vor Augen geführt, wie unkalkulierbar, wie verletzlich unsere Welt ist.

Wir sind uns noch nicht über alle Konsequenzen, die zu ziehen sind, klar. Aber es ist klar, dass wir dem Terrorismus sowohl international als auch national, soweit er sich in unserem Land zeigt, mit allem, was wir haben, entgegentreten müssen, dass wir ihn aus unseren Gesellschaften verbannen müssen. Dabei müssen wir natürlich alles vermeiden, was Gräben zwischen Staaten, zwischen Völkern, zwischen Religionen aufreißen kann. (D)

Das betrifft die Schritte, die der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister, die Bundesregierung dazu international veranlasst haben, die wir mit-tun, insbesondere wenn es um die uneingeschränkte Unterstützung der USA geht. Das ist aber auch der Kurs, den wir im Inneren der Bundesrepublik Deutschland und in Nordrhein-Westfalen verfolgen.

Das heißt konkret bezogen auf die Fragen der inneren Sicherheit: Wir werden ausnahmslos all das tun, was jetzt aufgrund einer neuen Situation erforderlich ist, die niemand vorhergesehen hat, die niemand vorhersehen konnte, die niemand ahnen konnte. Wir werden im polizeilichen Bereich, im Bereich der inneren Sicherheit, aber beispielsweise auch im Bereich der Integration alles tun, was notwendig ist, um Gewaltanwendung, Gewaltandrohung und Fremdenhass aus unserer Gesellschaft zu verbannen. Wir wissen, dass diese Aufgabe nicht von heute auf morgen zu lösen

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) ist. Aber wir wissen auch, dass dies eine der wichtigsten Aufgaben ist, vor der wir stehen.

Entsprechend sind die Entscheidungen, die wir im Kabinett gefällt haben, anzusehen. Es handelt sich dabei um ganz konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus. Wir ergreifen sie - um das klar zu sagen, meine Damen und Herren - auf einer guten Grundlage: Im Vergleich der westdeutschen Länder hat Nordrhein-Westfalen eine gute Ausgangslage zur Gewährleistung der inneren Sicherheit. Wir haben da keinerlei Vergleich zu scheuen.

Ich nenne Ihnen nur ein Datum: Acht der zehn sichersten Großstädte Deutschlands liegen in Nordrhein-Westfalen. Das hat Gründe. Offensichtlich haben wir eine ausgesprochen gute Polizei, der ich dankbar bin. Offensichtlich haben wir insgesamt gute Verwaltungen, die ihre Aufgaben erfüllen. Offensichtlich werden wir den Aufgaben nach den Maßstäben, die wir in einem hoch entwickelten Land wie Deutschland anlegen, bisher gerecht. Das, was jetzt notwendig ist, tun wir - mit dem Paket, das der Innenminister auch öffentlich erläutert hat und das wir umsetzen wollen.

- (B) Dazu gehört übrigens auch, Herr Kollege Rüttgers, weil Sie das angesprochen haben, die Frage derjenigen Organisationen, die sich auf ihre islamische Herkunft stützen, aber offensichtlich andere Ziele verfolgen, wie beispielsweise die Organisation des Herrn Kaplan in Köln, der eine Freiheitsstrafe bekommen hat, auch wenn sie noch nicht rechtskräftig ist. Sie haben aus dem Urteil des Gerichts zitiert. Das Zitat ist zwar richtig; Sie hätten aber hinzufügen müssen, dass wir ungeachtet der richtigen Charakterisierung durch das Gericht damals nicht in der Lage waren, diese Organisation zu verbieten, weil sie unter dem Schutz des so genannten Religionsprivilegs stand. Das müssen Sie hinzufügen.

Für vieles, was Sie mit Nachdruck vortragen, gilt, dass eine kleine Ergänzung fehlt, eine Ergänzung, die die ganze Wahrheit ausmacht, die die Redlichkeit ausmacht. Diese kleine Ergänzung ist, dass wir jetzt - das hat, wie Sie wissen, die Bundesregierung angestoßen - das Religionsprivileg im Vereinsrecht aufheben. Das geschieht mit voller Unterstützung des Landes und der Landesregierung, ich denke, von uns allen. Organisationen wie diese in Köln, die Fremdenhass verbreiten, Hass gegen die USA, Hass gegen Deutsche, müssen verboten werden. Und nicht nur sie: Bei uns

- (C) hat keine Organisation - welcher Form auch immer -, die Hass verbreitet, das Recht zu existieren.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bin überzeugt davon, dass wir dabei auch die Unterstützung einer sehr großen Mehrheit der Muslime in unserem Land finden. Wir haben rund 1 Million Muslime in unserem Land. Gestern war der Tag der offenen Moschee, an dem viele von uns in Moscheen gewesen sind, an dem wichtige Gespräche stattgefunden haben. Ich bin überzeugt, dass die ganz große Mehrheit der Muslime dankbar ist, wenn wir gegen diejenigen, die die Religionsfreiheit missbrauchen, mit aller Konsequenz vorgehen. Das ist eine der Konsequenzen, die sich aus dem ergeben, was Berlin mit unserer Unterstützung eingeleitet hat. Das sind die Schritte. Wir werden sie mit aller Konsequenz gehen.

Wir werden übrigens - um das gleich anzukündigen - auch die Aufgabe haben, den Katastrophenschutz in unserem Land wie in Deutschland insgesamt daraufhin zu überprüfen, ob wir angesichts neuer Bedrohungen, angesichts von Bedrohungen, die wir jedenfalls bisher nicht glauben kennen zu müssen, angesichts neuer Bedrohungsszenarien und neuer Bedrohungsrealitäten mehr und anderes tun müssen als bisher. Das sind Schritte, die der Innenminister eingeleitet hat. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir auf diesem Sektor ganz offensichtlich die Unterstützung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land haben.

Zum Haushalt: Der Finanzminister hat gerade in der notwendigen Klarheit Stellung genommen zu dem, was die CDU heute durch Herrn Rüttgers und den finanzpolitischen Sprecher geäußert hat. Es ist vom Zuhörer wirklich viel verlangt - ich habe sehr sorgfältig und sehr aufmerksam zugehört -, eine Politik dargestellt zu bekommen, die ein Vorziehen der Steuerreform beinhaltet, die Steuersenkungen auf breiter Fläche verlangt, die gleichzeitig höhere Personalkosten nach sich zieht, beispielsweise im Polizeibereich, aber keineswegs nur dort, und die im dritten Atemzug von uns verlangt, die Zukunft, auch die finanzwirtschaftliche Zukunft der Kinder zu sichern.

Das ist entweder an eigener Naivität nicht zu überbieten oder es verlangt vom Zuhörer Naivität. Was Sie hier mit dem Ihnen eigenen Nachdruck

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) dargeboten haben, ist wenig überzeugend und hat wenig Substanz.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Solche Reden sollten Sie nicht einmal auf Parteiveranstaltungen halten, weil es hieße, auch Ihre eigenen Leute zu unterschätzen, wenn Sie mit einem solchen Nachdruck solche Szenarien entwickeln.

(Manfred Palmen [CDU]: Das sieht die Presse aber anders!)

- Ich weiß nicht, welche Presse Sie damit meinen, Herr Kollege. Aber ich lese Ihnen gern einmal vor, was Sie unter Erwachsenen vortragen. Sie wollen doch ernst genommen werden und ich nehme an, dass Sie auch mich ernst nehmen. Gleichwohl sprechen Sie vom "Versagen der rot-grünen Regierung auf allen wichtigen Feldern", "ausgelaugt und abgewirtschaftet", "führungs-, ahnungs- und bedeutungslos". Wie wollen Sie das bis zum Jahr 2005 eigentlich noch steigern? Ich stelle mir einmal die Kaskade vor, die Sie noch aufbauen wollen. Was ist das für eine Sprache? Was haben Sie über mich allein in den letzten Tagen alles verbreitet! Menschen mit einem Verfallsdatum zu versehen, was ist das für eine Begrifflichkeit!

(B)

Lassen Sie mich auch dieses Thema gleich in aller Ruhe aufnehmen, weil es so schön ist: Ich bin immer davon ausgegangen, dass jeder Mensch aufgrund seiner eigenen Leistung in seiner Funktion ist. Ich bin Ministerpräsident dieses Landes und nehme das Amt mit voller Kraft wahr. Könnte ich dies nicht mehr, würde ich das Amt aufgeben. In dieser Funktion habe ich nie ein zusätzliches Amt beansprucht, auch nicht den Landesvorsitz der SPD. Wir werden - verlassen Sie sich darauf - mit Herrn Schartau und denen, die für den Vorstand vorgeschlagen sind, einen Kurs der SPD einschlagen, der Sie noch beeindruckt wird.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind nach Nordrhein-Westfalen gekommen und haben schon 1998 bei mir vor der Staatskanzlei gestanden und Herrn Schröder mit den Worten "Ich will da rein!" imitiert. Nun treten Sie immer noch an und meinen, ich hätte schon jetzt Herrn Schartau als meinen Nachfolger für 2005 bestimmt. Dann wären Sie nach Ihrer eigenen Rechnung schon wieder nicht dran.

(Heiterkeit - Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Diegel hat die Wiederholungen richtig gelernt; das muss ihm jemand aufgeschrieben haben. Die neue Botschaft lautet jetzt, Clement sei alt. Ich gestehe, ich bin 61 Jahre alt. Wenn wir aber zusammen aufträten, Herr Rüttgers, würden die Menschen gar nicht merken, dass Sie jünger als ich sind. (C)

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Wirklich, machen Sie sich da nichts vor! Gepflegte Langeweile macht noch lange keine Jugendhaftigkeit aus.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Der Unterschied zwischen uns ist in Wahrheit doch folgender: Sie haben zeit Ihres Lebens nur in den Bahnen einer Parteikarriere gedacht, in abgesicherten Positionen. Jede Ihrer Äußerungen an meine Adresse über das, was hier passiert, beurteilt in Wahrheit Sie. Ihre eigenen Leute müssten sich eigentlich Gedanken darüber machen, wie jemand ist, der meint, er müsse jedes Amt besetzen. Ich muss nicht jedes Amt besetzen, als Ministerpräsident bin ich voll ausgelastet. Es ist in der jetzigen Zeit ein schwieriger Job, der mir einiges abverlangt. Um dieses Amt wahrnehmen zu können, muss ich nicht noch andere Ämter haben; glauben Sie mir das! Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und mir. Sie sind von Anfang an in die Politik gegangen und haben immer nur darauf geachtet, wer welche Position hat. Das wird nicht weit führen. Herr Schartau wird nun die SPD in Nordrhein-Westfalen führen und den Erneuerungsprozess einleiten. Da werden Sie noch viel Spaß bekommen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie sich ruhig Zeit mit der Nachfolge.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Wie ist es mit Müntefering?)

- Sie müssen das einmal nachlesen - das hat mir Spaß gemacht -: Müntefering ist gescheitert, Clement ist gescheitert, Schartau ist gescheitert. In Ihrer Wahrnehmung liegen nur noch Tote herum! Gottlob ist die Zeit vorbei - Herr Kollege Moron hat Recht -, in der man glaubte, Menschen gewinnen und Politik machen zu können, indem man die anderen allesamt für unfähig und dumm erklärt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Ich kenne Sie doch schon aus der Zeit, als Sie in Bonn tätig waren. Ich war ja auch eine Zeit lang in Bonn; seinerzeit habe ich mich aggressiver geäußert. Ich bin dann aber erwachsen geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Bitte mehr davon!)

Sie aber haben heute einen Ton mir gegenüber angeschlagen, den ich nicht akzeptieren kann. In Ihren Interviewäußerungen sind Sie noch viel schlimmer als hier. Wenn ich Ihnen hier gegenüber sitze, haben Sie offensichtlich eine Sprachbremse. Nur ab und zu, wenn es dann über Sie kommt, nimmt die Tonlage wieder zu. Heute sprechen Sie schon wieder die Sprache wie damals als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Früher habe ich immer gesagt, das sei die Sprache der Wadenbeißer. Das ist keine würdige Auseinandersetzung mit mir, Herr Kollege; Sie müssen sich ändern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Möllemann, Sie haben einen scheinbaren Finanzierungsvorschlag für das vorgelegt, was Sie von uns zur Steinkohle verlangen. Ich beglückwünsche Sie natürlich dazu, dass Sie in die IG BAU eingetreten sind. Vorher waren Sie in der GEW, oder? Sie müssen in der GEW gewesen sein.

(B)

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Lange her, ja!)

- Mit der Frage Ihres Ausscheidens werde ich mich noch einmal genauer beschäftigen. Aber ich werde Ihnen keine neue Wette anbieten.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Ich erwarte von Ihnen jetzt natürlich, dass Sie, nachdem Sie auf dem Gewerkschaftskongress so aufgetreten sind und gleich einen Beitrittsantrag unterschrieben haben, jetzt konsequent für ein neues Vergaberecht eintreten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Vergaberecht ist für die kleinen und mittleren Unternehmen sehr wichtig.

Was Sie zur Steinkohle sagen, entspricht tatsächlich nicht der Meinung der Landesregierung. Das müssen wir nicht heute diskutieren; darüber werden wir sicherlich noch oft genug sprechen. Für heute sage ich nur so viel: Jetzt achtet alle Welt

(C) darauf, dass man in der Energieversorgung nicht vollkommen von anderen abhängig wird. Das gilt für Öl, Gas, usw. Ich bin dankbar dafür, dass sich der russische Präsident Putin bei seinem Besuch in Nordrhein-Westfalen zur Versorgungssicherheit sehr deutlich zugunsten des Westens insgesamt geäußert hat. Aber ich möchte gar nicht daran denken, was gewesen wäre, wenn wir auf die Braunkohle verzichtet hätten. Zu diesem Punkt haben Sie sich auch nicht so ganz klar geäußert.

Zur Steinkohle werden wir uns einen Zugang erhalten. Inzwischen hält sogar die Europäische Kommission dies für richtig und sie richtet immer mehr den Blick auf die Frage, wie wir unsere Energieversorgung sichern.

(Jan Söffing [FDP]: 4 %!)

Und das ist dabei ein nicht zu unterschätzender Gesichtspunkt.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möllemann?

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Ja sicher.

(D)

Jürgen W. Möllemann (FDP): Herr Ministerpräsident, könnten Sie sich, nachdem ich jetzt von Ihnen für die Tatsache, dass ich den Vorschlag der IG Bau aufgenommen habe, dort Mitglied zu werden, gelobt worden bin, vorstellen, dass man mir diesen Antrag übergeben hat, nachdem ich zuvor meinen Standpunkt, unseren Standpunkt zu dem von Ihnen angesprochenen Vergaberechtsthema dargelegt hatte? Und könnten Sie sich vorstellen, dass man in eine Gewerkschaft auch geht, um dort für den eigenen Standpunkt zu werben?

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Herr Kollege, jetzt stoßen Sie aber Drohungen gegenüber der IG Bau aus. Das sollten Sie nicht machen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich kann mir wirklich nicht vorstellen, dass die das geahnt haben. Herr Kollege, es tut mir Leid:

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Nein, damit haben die nicht gerechnet, dass Sie da auch noch jemanden überzeugen wollen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe auch die vielen Aussagen gehört, dass wir Verschuldensmeister seien. Ich empfehle Ihnen ein lesenswertes Buch, das ich hier während der ganzen Zeit studiert habe. Es ist ein Buch von Professor Halstenberg - er war mein Vorgänger als Chef der Staatskanzlei und einer der Vorgänger von Herrn Steinbrück als Finanzminister -, der sich mit der Verschuldenspolitik auseinander gesetzt hat, und zwar in einer sehr ernsthaften Form. Er hat Maßstäbe aufgestellt, die für uns auch nicht ganz leicht sind.

Sie sollten das einmal lesen, auch in Bezug auf Ihre Verschuldenspolitik. Herr Kollege Rüttgers, Sie heben immer auf die 80er-Jahre ab. Da haben Sie auch die Verschuldung auf Bundesebene von 313 Milliarden DM auf 598,9 Milliarden DM hochgetrieben - ohne deutsche Einheit. Mit Beginn der deutschen Einheit ist sie in die Höhe gegangen und Sie haben 1,4 Billionen DM Staatsschulden hinterlassen.

(B) Deshalb habe ich große Zweifel, ob Sie tatsächlich ein guter Ratgeber für andere sind, wie diese denn mit der Verschuldenssituation fertig werden sollen.

Sie haben etwas zur Selbstständigenquote in Nordrhein-Westfalen gesagt und die Regierungszeit Clement einbezogen. Damit Sie es wissen: Die Gründungsoffensive "GO!" habe ich mit dem heutigen Bundespräsidenten und früheren Ministerpräsidenten Rau 1995/96 begonnen. Das hat mit Ministerpräsidentenschaft gar nichts zu tun, sondern ist eine Politik, die wir als Landesregierung kontinuierlich verfolgen.

Wenn Sie die Selbstständigenquote betrachten - ich will Ihnen die Zahlen im Einzelnen nicht nennen -, werden Sie bemerken, dass die Quote von 8,6 % im Jahre 1995 auf 9,3 % gestiegen ist. Wir sind noch nicht so hoch wie andere Länder, etwa die süddeutschen, klassischen Mittelstandsländer. Wir haben aber eine bessere Entwicklung. Das sollten Sie sich vielleicht gelegentlich einmal vor Augen führen. Da hilft auch nicht die Zahl aus dem "Kölner Stadt-Anzeiger" von heute, weil in dem Artikel ein Vergleich zu den süddeutschen Ländern nicht angestellt wird.

(C) Wir haben zum ersten Mal in diesem Halbjahr eine Schwäche in der Gründungsentwicklung - sie ist besonders im Regierungsbezirk Düsseldorf feststellbar -, die vermutlich etwas mit Problemen in der New Economy zu tun hat, die gerade jetzt auf die Gründungsentwicklung in diesem Sektor durchschlagen. Das ist der reale Grund.

Sie machen daraus immer so etwas Gewaltiges. Wir reden über ganz nüchtern zu lösende Probleme. Wir haben in der Tat im Jahr 2000 im Saldo 23.214 Gründungen, Bayern 19.773, Baden-Württemberg 9.137.

Dann greife ich einmal die Handelsregistereintragen heraus, die deshalb spannender sind - das wurde im "Kölner Stadt-Anzeiger" etwas anders dargestellt; damit will ich mich aber nicht beschäftigen -, weil es dabei um die größeren Gründungen geht. Da gibt es kaum Gründungen im Dienstleistungs- und Handelsbereich. Außerdem führen da Rechtsformänderungen nicht zu Neueintragen. Bei den anderen gehen Rechtsformänderungen mit ein in die Zahlen für Neueintragen. Deshalb sind die Ihnen vorliegenden Daten nicht so ganz brauchbar.

(D) Die Unternehmensneueintragen sind in Nordrhein-Westfalen von 19.702 im Jahre 1993 auf 26.912 im Jahr 2000 gestiegen. Im Vergleich dazu hat Bayern 18.635, Baden-Württemberg 12.224. Und in den alten Bundesländern zusammen sind es 98.622. Ich erwähne das nur, damit wir wirklich über Fakten reden.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung - das wird in diesem Haushalt sehr deutlich - wird ihren Kurs weitergehen, auch in schwierigster Zeit. Sie mögen ja das, was in den USA geschehen ist, vorausgesehen haben. Aber auf ein Land, das in einer solchen Form und wie kein anderes vom Export abhängig ist und nicht zuletzt von den Wirtschaftsbeziehungen zu den USA, wirkt sich ein solches Ereignis nun einmal aus.

Wir werden unseren Kurs weiterfahren. Unser Ziel bleibt, die Jugendarbeitslosigkeit bis zum Jahre 2005 auf null zu bringen. Wir haben sie in der letzten Zeit deutlich reduziert. Wir sind jetzt in der Tat in einer sehr schwierigen Phase. Das Ziel bleibt aber, die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2005 möglichst unter 500.000 zu verringern. Dabei wissen alle Menschen - außer Ihnen, der Sie mir das nicht konzederieren mögen, was aber auch nicht so wichtig ist -, dass das natürlich

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) auch unter internationalem Einfluss steht. Glauben Sie mir: Wir bleiben bei diesem Ziel.

Zur Erreichung dieses Ziels gehen wir verschiedene Wege - anders, als nach dem schrecklichen Bild, das Sie von Nordrhein-Westfalen zu zeichnen beliebten. Wenn Sie dann Herrn Möllemann hören, der anschließend beispielsweise über Bio- und Gentechnologie und anderes spricht, dann wissen Sie, dass das Bild, das Sie von Nordrhein-Westfalen zeichnen, mit der Realität nichts zu tun hat.

Fahren Sie einmal nach Bayern. Sie benötigen dafür ja keine Einladung. Diskutieren Sie dort einmal mit den Leuten, die mit der Kommunikationsbranche, mit Bio- und Gentechnologie, mit Medizintechnik, mit Mikrostrukturtechnik oder Ähnlichem zu tun haben. Herr Rüttgers, Sie haben das doch früher in Ihrem Amt auch getan und können das doch nicht einfach alles ausblenden. Dann wissen Sie, dass wir hier auf einem Kurs der wirklichen ökonomischen Erneuerung sind, und zwar auch im Ruhrgebiet. In den übrigen Teilen des Landes wird dies ohnedies, wie Kollege Moron zu Recht gesagt hat, deutlich. Aber auch im Ruhrgebiet ist der Veränderungsprozess im Gang.

- (B) Wir werden gleichzeitig natürlich eine Beschäftigungspolitik machen - das wird der Kollege Schartau tun -, die alle Möglichkeiten öffnet. Es gibt bei uns kein Tabu, wenn es darum geht, Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir wollen die Arbeitslosigkeit wegbringen. Dazu gibt es kein irgendwie geeignetes Patentmodell, auch nicht das Ihre, das, wie Sie zu Recht sagen, nicht neu ist. Das ist ja nun schon alles diskutiert und geprüft worden, aber wegen der Breitenwirkungen, wegen der Gefahr der Mitnahmeeffekte kann man es nach unserer Einschätzung so nicht machen. Aber wir sind zu jeder Diskussion bereit. Das ist unser Hauptziel.

Zur Bildungspolitik: Natürlich stimmen die Statistiken bezogen auf die Klassengrößen. Nur die anderen Statistiken führen Sie nicht an. Doch darüber müssen wir auch diskutieren, dass in Nordrhein-Westfalen beispielsweise die meisten Kinder einen Schulabschluss erreichen. Ich will ein Datum nennen, das von außerordentlichem Wert ist: In der Ganztagsbetreuung liegen wir weit vor allen

- (C) Flächenländern in Westdeutschland und rücken jetzt noch weiter nach vorn.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Damit behaupten wir nicht, wir seien Spitzenklasse. Wir sind noch in einem tiefgreifenden Reformprozess. Ich möchte gern, dass man über diesen tiefgreifenden Reformprozess diskutiert, aber nicht mit diesen plakativen Darstellungen. Wir laufen doch nicht mit einem Brett vor dem Kopf herum.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir können doch diskutieren. Lassen Sie uns doch über die Frage des Abiturs binnen 12 Jahren diskutieren. Was ist der richtige Weg? - Kommen Sie doch mit Ihren Vorschlägen dazu. Dann führen wir diese Diskussion.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Herr Möllemann, regen Sie sich doch ab.

(Heinz Hardt [CDU]: Das haben Sie doch abgelehnt! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Herr Kollege Hardt, ich habe Sie nicht verstanden.

(Heinz Hardt [CDU]: Das sind Worthülsen! Das haben Sie doch abgelehnt!)

- (D) - Wo sind das denn Worthülsen? - Von Frau Kollegin Löhrmann ist Ihnen noch einmal dargestellt worden, welche verschiedenen Wege zum Abitur binnen 12 Jahren wir gehen. Aber wenn Sie mögen, können wir diese Diskussion gerne jederzeit führen.

Wir halten diesen Weg für richtig. Wir glauben nicht, dass das Saarland und Nordrhein-Westfalen miteinander vergleichbar sind. Allenfalls sind das Saarland und der Landkreis Olpe vergleichbar, was die Größe angeht. Wir glauben, dass in diesem Falle Bayern besser beraten ist als das Saarland. Dort versucht man nämlich verschiedene Wege und hält diese Frage offen. Herr Kollege Möllemann, wir werden dann sehen, welcher der richtige Weg ist.

Das ist aber nur eine von verschiedenen Diskussionen, die wir vor uns haben. Wir reden über die selbstständige Schule. Wir reden über die Internationalisierung der Schule. Wir reden über die Autonomie der Hochschulen, über die Kooperation

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) und die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen. Wir haben die Hochschulen einem Wettbewerbsvergleich unterzogen, wie noch kein deutsches Bundesland das getan hat. Wir sind in einem Reformprozess im Bildungssektor wie noch kein anderes deutsches Land. Es ist ein Reformprozess, der in etwa so tief ist wie der in den 60er- und 70er-Jahren. Da hilft es nicht, hier mit ein paar Statistiken zu kommen und den Eindruck zu erwecken, wir seien hinter der Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Die Leute werden Ihnen das nicht glauben.

Zum Verkehr. In der Landesregierung diskutieren wir darüber und werden in Kürze auch beschließen, Straßenbauprojekte schlichtweg vorzuziehen. Es sind einige. Ich bin jetzt nicht sicher, ob es alle Projekte sind, die Sie genannt haben. Wir sind mit dem Bund im Gespräch, Straßenbauprojekte des Bundes, des Landes und der kommunalen Ebene vorzuziehen, weil wir wollen, dass in dieser Phase, in der die Bauwirtschaft in die Knie geht, Aufträge an die Bauwirtschaft gehen.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

- (B) Auch deshalb haben wir diese Schulpauschale entwickelt. Wir wollen den berühmten Investitionsstau aufheben. Wir tun das aber nicht, indem wir schlichtweg unser Geld verschenken, sondern indem wir im Verhältnis zu den Kommunen einen neuen, einen vernünftigen Weg eingeschlagen haben, mit dem wir - wenn wir gut sind und wenn die Kommunen mitmachen - 10 Milliarden DM mobilisieren wollen.

(Zuruf von Helmut Diegel [CDU])

- Was sagten Sie, Herr Kollege?

(Helmut Diegel [CDU]: Sie müssen frisches Geld zur Verfügung stellen!)

- Herr Diegel, Sie sind da sehr einseitig. Warum muss ich denn frisches Geld haben? Ich brauche doch nur vernünftig Geld anzulegen. Das tun wir mit dieser Sache.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Rüttgers, Sie haben mir öffentlich - heute haben Sie es nicht getan - vorgeworfen, wir kriegten noch nicht einmal ein 10-Milliarden-Paket für die Schulen zusammen. Entschuldigung, das ist zunächst einmal eine kommunale Aufgabe.

Da müssen Sie auch mit Ihren Bürgermeistern sprechen. (C)

Sie fragen doch immer nach meiner Durchsetzungskraft. Wo ist denn die Ihre? Bei den Ergebnissen, die ich von Ihnen kenne, sehe ich nirgendwo Durchsetzungskraft. Ich höre hier nur Reden, die mit der Realität nichts zu tun haben, auch nicht mit der Realität in den Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Diegel, jetzt stellen wir 900 Millionen DM jährlich bis zum Jahre 2005 aus der Gemeindefinanzierung für den Schulbau zur Verfügung. Wir reservieren sie für diesen Sektor. Wir geben frei, diese Mittel auf jede mögliche Weise für Schulsanierung, Schulbau, Schulbauweiterung, Schulsportstätten und ähnliches einzusetzen. Wir wollen, dass alles das getan wird, was offensichtlich nicht überall geschehen ist. In etlichen Städten ist es ja geschehen. Die Städte und wir müssen an einem Strang ziehen. Die Städte lassen sich in ihrer Entscheidung Gott sei Dank nicht von sachfremden Überlegungen leiten, sondern von ganz sachlichen Überlegungen, unsere Schulen in Ordnung zu bringen und damit gleichzeitig unserer mittelständischen Bauwirtschaft, in der es jedenfalls im nächsten Jahr und unter Umständen auch in den nächsten Jahren konjunkturell schwierig sein wird, vernünftige Möglichkeiten zu geben. (D)

Herr Kollege Diegel, Sie rufen immer nach frischem Geld. Frisches Geld ist verdammt wenig zu haben. Das wissen Sie. Deshalb sind Sie doch Haushaltspolitiker geworden. Sie sind es nicht geworden, um zu rufen: Wo ist frisches Geld? - Das kann jeder. Fragen Sie doch einmal die Leute, wo frisches Geld ist. Sie wollen doch permanent die Steuern senken. Wie wollen Sie das denn machen? - Das sind Widersprüchlichkeiten, die wirklich manchmal schon fast unterhaltsam sind.

Deshalb werden wir diese Projekte fortsetzen. Wir werden für Investitionen sorgen.

Aus meiner Sicht gehört zu diesen Investitionen selbstverständlich der Metrorapid. Der Entwurf ist diskutiert worden und wird im Landtag diskutiert. Wir haben doch nichts zu verbergen. Wir haben dazu eine Beurteilung, die von der Deutschen Bank angefertigt worden ist und die Ihnen allen zugänglich ist.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Aus meiner Sicht zeigt sich, dass das offensichtlich kein unvernünftiger Weg ist. Jetzt muss Herr Kollege Rüttgers anfangen, ein bisschen herumzurudern, damit er auf einen vernünftigen Kurs kommt. Es ist nicht zu bestreiten, dass ein Investment von 7 Milliarden DM innerhalb der nächsten Jahre für Nordrhein-Westfalen nicht schlecht wäre. Wer käme denn auf die Idee, so etwas abzulehnen? Das ersetzt eine Autobahn.

(Manfred Palmen [CDU]: Zahlt der Bund die 4,5 Milliarden?)

- Herr Kollege, davon gehen wir aus. Wir verhandeln aber mit dem Bund. Das Leben ist so. Ich habe da natürlich keinerlei Durchsetzungsfähigkeit, aber ich gehe nach Berlin, bestelle von Ihnen einen schönen Gruß und versuche, das Geld dort zu kriegen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Rüttgers, ich lese immer von Ihrer Kraft und Durchsetzungsfähigkeit. Nur merke ich in der CDU davon nichts. Wo ist denn der integrationspolitische Kurs, den Sie hier so vertreten? Vertreten Sie ihn doch in der CDU irgendwann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) Ich war bei Stoiber eingeladen. Ich habe Sie vergeblich gesucht. Sie waren nicht da. Da hätten Sie über die Zuwanderung oder Integrationsfragen reden können. Sie machen es sich sehr leicht. Alle Maßstäbe, die Sie hier aufstellen, sind in Wahrheit virtuell. Alles das, was Sie hier an Maßstäben aufstellen, ist teils naiv und teils virtuell. Ich habe noch nicht erlebt, dass Sie das, was Sie hier auszusetzen haben, anschließend auch umsetzen. Wo merke ich die Wirkungen dessen, womit Sie hier antreten?

Darüber werden wir in nächster Zeit diskutieren müssen. Und das sind die Schritte, die wir dazu tun: Beschäftigungspolitik mit absolutem Vorrang in Nordrhein-Westfalen - unverändert in schwierigster Zeit und unter schwierigsten Bedingungen -, Gründungspolitik, Technologiepolitik. Bildungspolitik hat absolute Priorität. So schlägt es sich im Haushalt nieder. Jeder, der lesen kann, und jede, die lesen kann, kann dies lesen. Natürlich geht es auch um Erhaltung und Sicherung der Mobilität in unserem Land.

- (C) Ein solcher Metrorapid ersetzt eine Autobahn mittlerer Leistungsfähigkeit. Eine Autobahn mittlerer Leistungsfähigkeit, die andere ja nicht wollen, kostet 80 Millionen DM pro Kilometer. Im Ruhrgebiet können wir sicherlich keine mehr bauen. Allein deshalb ist dies ein vernünftiges Projekt. Das ist meine persönliche Sicht. Wir werden das im Einzelnen weiter diskutieren. Wir diskutieren das auch innerhalb der Koalition und innerhalb der Landesregierung.

Wir werden Straßenbauprojekte und natürlich auch Schienenprojekte vorziehen, soweit es eben geht; denn wir wissen alle: Wir stehen sonst vor der Wand. Das ist aber nicht nur in Nordrhein-Westfalen so. Fahren Sie einmal mit mir durch Stuttgart, fahren Sie mit mir nach Karlsruhe, fahren Sie mit mir nach München oder fahren Sie mit mir nach Amsterdam und achten Sie auf die Staus.

Dass Sie demnächst mit dem Auto durch die Lande fahren wollen und Unterschriften sammeln wollen, ist ja in Ordnung.

(Jürgen W. Möllemann [FDP]: Vorsicht!)

- (D) Nur können wir die Realität nicht so ganz ausblenden. Die Realität ist, dass die heutige Ausstattung aller hoch entwickelten Länder hier im Westen Europas nicht hinreicht und dass deshalb ein erheblicher Bedarf ist, auch neue Wege zu gehen.

Einer dieser neuen Wege ist aus meiner Sicht der Metrorapid. Wir entwickeln zurzeit mit den Hochschulen unseres Landes andere Wege. Das finde ich eine spannende Diskussion. Wenn wir das demnächst machen und im Einzelnen diskutieren können, dann kann das doch noch produktiv werden. - Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um rund 14 Minuten überschritten. - Ich habe eine weitere Wortmeldung aus der CDU vorliegen. Kollege Arentz hat sich gemeldet. Sie haben das Wort.

(A) **Hermann-Josef Arentz (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war eine bemerkenswerte Debatte, insbesondere deswegen, weil sich sowohl Herr Kollege Moron als auch die beiden Vertreter der Landesregierung im Inhalt überhaupt nicht mit den kritischen Einwendungen aus den Reihen der Opposition befasst haben, sondern im Grunde den Sprachgebrauch gegeißelt und im Übrigen die beleidigte Leberwurst abgegeben haben.

(Beifall bei der CDU - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Junge, Junge!)

So kommen wir aus der Misere überhaupt nicht heraus.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, Jürgen Rüttgers sei mit seinem integrationspolitischen Kurs gescheitert. Erstens ist es Jürgen Rüttgers gewesen, der mit der Positionierung der CDU überhaupt die Einstimmigkeit im Plenum möglich gemacht hat, zum ersten Male in diesem Hause überhaupt.

(Beifall bei der CDU)

Das können Sie nun wirklich nicht als Scheitern beschreiben, es war ein großer Erfolg.

(B) Im Übrigen hat die Bundes-CDU auf ihrem kleinen Parteitag genau die Vorstellungen, die wir vortragen haben, als Gesamtpartei übernommen. Wenn Sie hier über Integration reden: Warum haben Sie uns in Ihren Ausführungen nicht erklärt, warum Sie in Ihrem Haushaltsentwurf die Mittel um über 30 % kürzen wollen, nachdem wir Gemeinsamkeit in diesem Hause gefunden haben?

(Beifall bei der CDU)

Warum haben Sie hier nicht erklärt, dass Sie z. B. mit Ihren verehrten Kollegen in Berlin - mit Herrn Schily und anderen - reden wollen, die jetzt offensichtlich den Mut verloren haben, ein Zuwanderungsbegrenzungskonzept als Koalition vorzulegen? Wir haben uns immer bereit erklärt, bei vernünftigen Lösungen mitzugehen. Ihre Freunde in Berlin scheint der Mut verlassen zu haben. Das ist genau die falsche Antwort auf die Herausforderung des Terrorismus, die mit dieser Mutlosigkeit gegeben wird.

(Beifall bei der CDU)

(C) Sie haben etwas zum Thema Wachstum gesagt. Sie haben die Zahlen, die Jürgen Rüttgers genannt hat, nicht widerlegen können. Wenn die Zahl der Gewerbeanzeigen von fast 170.000 im letzten Jahr Rau in diesem Jahr auf schätzungsweise 135.000 sinkt, also um 20 % zurückgeht, wo doch jetzt der Macher dran ist, dann muss ich sagen, macht er nichts Gutes, sondern macht er etwas Schlechtes. 20 % weniger bei den Gewerbeanmeldungen. Sie haben immer so getan, als wenn das Ihr Herzensanliegen wäre.

Es ist ja nicht nur eine kurzfristige Erscheinung. Seit 1980 haben wir einen Wachstumsrückstand gemessen an den alten Ländern der Bundesrepublik von 16 %. Wenn es stimmt, was der Finanzminister gesagt hat - 1 % Wachstum gleich 700 Millionen DM -, heißt das, Sie haben 10 Milliarden DM Einnahmedefizit in diesem Haushalt politisch zu verantworten. Und Sie machen jedes Jahr das Gleiche.

(Beifall bei der CDU)

Sie nehmen die miserablen Zahlen, für die Sie verantwortlich sind, und sagen dann: Ihr seid nicht in der Lage, etwas Besseres vorzulegen. Alle Initiativen der CDU-Fraktion zu einer Verbesserung der Aussichten für Wachstum und Beschäftigung haben Sie in den letzten Jahren abgelehnt. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

(D) Sie stellen sich hin und sagen im Brustton der Überzeugung: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist unser höchstes Ziel. Dann erklären Sie uns doch bitte, warum Sie 60 Millionen DM Landesmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Jahre 2002 weniger ausgeben wollen als im Jahre 2001. Wenn Sie gesagt hätten, wir haben die Mittel bisher unsinnig verwandt, wir wollen sie klüger und effizienter verwenden, weil viel Unsinn gemacht worden ist - herzlich willkommen! Aber Sie streichen 60 Millionen DM in einem Feld, das Sie als die wichtigste und vorrangigste Aufgabe Ihrer Regierung beschreiben. Was hier vollzogen wird, meine Damen und Herren, ist die pure politische Heuchelei.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann Ihnen übrigens noch so einen Punkt nennen. Sie sind in den letzten Jahren mit großem

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) öffentlichen Brimborium mit dem Bus durchs Land gefahren und haben gesagt, wie sehr Ihnen Lehrstellen am Herzen liegen. Dann erklären Sie uns doch bitte mal, warum in einem Bereich, in dem wir händeringend mehr ausgebildete junge Leute brauchen, nämlich bei der Altenpflege, die Zahl der Ausbildungsplätze in Ihrer Verantwortung von 15.400 auf 10.700 pro Jahr reduziert worden ist. Selbst die Freien Wohlfahrtsverbände sagen in diesem Jahr: Wir bräuchten nicht 2.300, sondern 4.500 Ausbildungsplätze.

(Zuruf von Ministerpräsident Wolfgang Clement)

Das hat nichts mit dem Bundesgesetz zu tun, denn das ist im Moment auf Eis gelegt, weil es beklagt wird. Sie müssten hier mehr tun und es geschieht leider nichts.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie im Übrigen sagen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat höchste Priorität, dann leuchtet uns nicht ein, warum Sie den Vorschlag der nordrhein-westfälischen CDU zur Verbilligung der Arbeit für diejenigen, die sonst nur eine Chance bei der Schwarzarbeit haben, nämlich durch Subventionierung von Sozialversicherungsbeiträgen, hier einfach als untauglich ablehnen. Solange wir in Deutschland 50 Milliarden DM für den zweiten Arbeitsmarkt ausgeben - für ABM, SAM oder was auch immer - und Sie uns erklären, dass Sie mit einem klugen Vorschlag, um den ersten Arbeitsmarkt zu stärken, der 20 Milliarden DM kosten würde, nicht einverstanden sind, fehlt uns einfach das Verständnis dafür. Nehmen Sie die 20 Milliarden DM aus den Mitteln der aktiven Arbeitsmarktpolitik von 50 Milliarden DM. Sie werden mehr Menschen in Beschäftigung bringen, Sie werden Schwarzarbeit erfolgreich bekämpfen können und Sie geben den Menschen die Möglichkeit, mit Würde wieder am ersten Arbeitsmarkt ihr Geld zu verdienen. Ihre Antwort ist einfach immer Nein, wie bei vielen anderen Vorschlägen, die wir auch gemacht haben.

(Beifall bei der CDU - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Haben Sie nicht wahrgenommen, dass ich nicht Nein gesagt habe zu dem Vorschlag?)

- (C) - Sie haben gesagt, Sie würden ihn nicht für praktikabel halten, Sie würden ihn für missbrauchsanfällig halten.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Machen Sie doch nicht so einen Popanz!)

Dann würde ich gerne wissen, warum er so nicht anwendungsfähig ist.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Weil er Mitnahmeeffekte hat, die wir nicht akzeptieren können und wollen!)

- Sie akzeptieren jede Menge an Mitnahmeeffekten, sowohl bei Steuervergünstigungen, die unser Steuerrecht kennt, als auch bei Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Sie akzeptieren ja wahrscheinlich sogar das Job-Aktiv-Gesetz von Herrn Riester, wo vorgesehen ist, dass in Zukunft Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden. Das ist ein klassischer Mitnahmeeffekt. Wenn Sie gegen Mitnahmeeffekte sind, dann müssen Sie mit uns gemeinsam gegen dieses Job-Aktiv-Gesetz von Herrn Riester sein.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Meine Damen und Herren, jemanden, der hier antritt wie Sie, Herr Ministerpräsident, und sagt: "Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist unser höchstes Ziel" - und dann haben Sie noch gesagt: "Es gibt keine Tabus bei der Bekämpfung oder Beseitigung von Arbeitslosigkeit" -, würde ich herzlich einladen, mit uns in einen Dialog einzutreten, wie wir das Verhältnis von Flexibilität und Sicherheit am Arbeitsmarkt neu austarieren müssen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Richtig!)

Denn wir brauchen weiterhin Sicherheit für die Menschen, die arbeiten und damit eine Familie ernähren, aber ich bin überzeugt, wir brauchen auch neue Elemente von Flexibilität. Immer dann, wenn wir eine Diskussion darüber geführt haben, sind wir von den Sozialdemokraten durchs Land gejagt worden, wie unsozial wir doch wären. Ich würde mich freuen, wenn wir bei diesem wichtigen Thema einmal zu einer anderen Diskussionskultur kämen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) Investitionsstau: Herr Finanzminister, das, was Sie hier vorgetragen haben, war eine reife Leistung und ist nur noch mit dem Mut der Verzweiflung zu erklären. Sie haben zum Investitionsstau gesagt, das seien Beliebigkeitsanmeldungen. Dann gehen Sie bitte einmal in die Krankenhäuser, in die Schulen, gehen Sie einmal als Selbstfahrer auf unsere Straßen und schauen Sie sich einmal an, wie das in Nordrhein-Westfalen mit dem Investitionsstau aussieht!

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen gibt es einen Punkt, an dem sich der Investitionsstau und das, wofür Nordrhein-Westfalen einmal berühmt war, nämlich eine vorbildliche Sozialpolitik, ganz eng berühren. Das ist die Situation in unseren Altenpflegeeinrichtungen. Das sind keine Fantasiezahlen. Wir haben hier in diesem Saal vor wenigen Wochen als Sozialausschuss des Landtags eine Anhörung gemacht, in der die Vertreter beider Landschaftsverbände die Zahlen genannt haben: 7,5 Milliarden DM Investitionsstau, um Einrichtungen der 50er- und 60er-Jahre in einen Zustand zu bringen, dass wir alle gerne unsere Eltern dort aufgehoben sähen. Außerdem besteht inzwischen neuer Investitionsbedarf in Höhe von 1,5 Milliarden DM, weil wir inzwischen in diesem Bereich langsam wieder Wartelisten bekommen. Was ist die Antwort der Landesregierung im Haushalt? - Null Komma Null!

(B)

Die Landschaftsverbände haben uns hier vorgetragen: Mit den Anstrengungen, die Sie heute unternehmen, dauert es 22 Jahre, bis dieser Investitionsstau beseitigt ist.

(Zuruf von Minister Peer Steinbrück)

In diesen 22 Jahren werden Zigtausende alter Menschen unter unwürdigen Bedingungen gepflegt werden müssen, und das ist Ihre Verantwortung, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU)

Reden Sie nicht über die Kommunen, sondern erkennen Sie bitte, dass wir in einer Gemeinschaftsanstrengung die Investitionsdefizite aufarbeiten müssen, die unter Ihrer Verantwortung im Lande Nordrhein-Westfalen über viele Jahre angewachsen sind. Dass sie da sind, hat doch auch der Ministerpräsident bestätigt.

Ich war gestern bei der IG Bau. Klaus Wiesehügel hat mir gesagt: Der Clement war ja hier, und der

- hat gesagt, wie schlimm das mit den Investitionen sei. Aber nun wolle er sich ganz furchtbar anstrengen. - Ja wunderbar! Im Bund haben wir im Haushalt nach drei Jahren Rot-Grün mit 10 % die niedrigste Investitionsquote aller Zeiten, und hier sind wir mit 9,3 % auf dem niedrigsten Stand aller Bundesländer angekommen. Das zeigt: Wo Sozialdemokraten und Grüne gemeinsam Verantwortung für Haushalte tragen, wird Zukunft verplempert und verspielt und nichts für die Zukunft unserer Kinder getan.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Dann will ich auf einen weiteren Punkt hinweisen, auf den interessanterweise niemand von Ihnen eingegangen ist, obwohl Jürgen Rüttgers ihn ausführlich angesprochen hat: Wie hält es eigentlich das Land Nordrhein-Westfalen mit seiner sozialpolitischen Verantwortung? - Ich glaube, dass Sozialpolitik im Zeitalter der Globalisierung wichtiger und nicht unwichtiger wird, dass in einer Zeit, in der die Differenzierung, die Individualisierung in der Gesellschaft zunimmt, die Frage: "Was hält eine Gesellschaft zusammen, was ist der Kitt einer Gesellschaft?", wichtiger und nicht weniger wichtig wird.

- Ich kann mir vorstellen, dass Harald Schartau das Herz blutet. - Das war übrigens interessant. Sie haben gesagt, wir würden uns noch wundern, was aus der SPD werde, wenn der das jetzt mache.

(D)

(Heiterkeit bei der CDU)

Dann haben Sie gesagt, die Landesregierung werde so weitermachen wie bisher. - Ja, das wird noch fröhlich werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das war aber hart!)

- War aber gut, nicht?

Aber zum Haushalt: Ich kann mir gut vorstellen, dass dem das Herz blutet; aber was er uns im Ausschuss erklären musste, das zieht jedem gestandenen Sozialpolitiker die Socken aus. Da will diese Landesregierung wieder einmal bei der Stiftung Wohlfahrtspflege den tiefen Griff in die Stiftungskasse tun: die Hälfte streichen. Dabei wissen wir alle, wie segensreich diese Stiftung wirkt.

Im Übrigen gäbe es in Nordrhein-Westfalen keine Spielbanken, wenn nicht in den 70er-Jahren vor

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) der Gründung beschlossen worden wäre, dass die Gewinne insgesamt der Stiftung Wohlfahrtspflege zugute kommen.

Der Landtag hat diesen Vorschlag schon mehrfach zurückweisen müssen. Wer so etwas erneut vorschlägt zeigt, dass er im Grunde kein sozialpolitisches Verantwortungsgefühl hat.

(Beifall bei der CDU)

Nächster Punkt, ein ganz kleiner Punkt: Altererholung. Das sind Menschen, die im Alter vom Sozialhilfesatz leben. Sie können einmal im Jahr für zwei Wochen mit einer kleinen finanziellen Unterstützung des Landes Urlaub machen, damit sie auch einmal unter andere Menschen kommen. Es geht um 5 Millionen DM, keine Riesensumme bei einem Etat von 95 Milliarden DM. Dieser Posten soll auf null reduziert werden, weil sich diese Leute nicht wehren können.

(Beifall bei CDU und FDP)

So gehen Sie mit sozialpolitischen Anliegen um. Wir halten das - mit Verlaub gesagt - überhaupt nicht für in Ordnung.

- (B) Komplementäre ambulante Dienste, eine Möglichkeit, dass Menschen länger zu Hause gepflegt werden! Unter dem Strich spart sie Geld; denn in der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung sinken die Kosten. Was machen Sie? - Sie haben alles auf die Kommunen abgeschoben. Das Land übernimmt gerade noch eine Restfinanzierung von 1 Million DM und will ganz aussteigen.

Das ist eine Politik, für die der Begriff "Sozialpolitik" wirklich unangebracht wäre; das ist eine sozialpolitisch ausgesprochen raubeinige Politik. Ich glaube ja, dass Sie weiter Demokraten sind, aber das Wort "sozial" sollten Sie bei dieser Politik wirklich aus Ihrem Namen streichen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Arentz. - Der Abgeordnete Vöge hat sich gemeldet. Dann hat er auch das Recht zu sprechen. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: In letzter Minute!)

- (C) **Horst Vöge (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht in letzter Minute kam er in fliegender Eile, sondern er war schon lange angemeldet. - Kollege Arentz versucht hier wieder, mit einem Zerrbild der nordrhein-westfälischen Sozial- und Arbeitspolitik zu arbeiten, indem er einfach z. B. bei der Altenpflegepolitik Ursachen vergisst. Er vergisst einfach, dass wir unter den Folgen des Pflegeversicherungsgesetzes, das noch zu Zeiten der christlich-liberalen Bundesregierung verabschiedet wurde, zu leiden haben.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Bitte?)

- Aber selbstverständlich: zu leiden haben.

(Brigitte Speth [SPD]: Das weiß Herr Arentz auch!)

Ich wäre dankbar gewesen, wenn Sie damals bestimmte Dinge wie Altersverwirrtheit, also Demenz, mit in die Pflegeversicherung aufgenommen hätten.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Mit 2,50 DM pro Tag!)

- (D) - Nein, Sie wollten das damals gar nicht aufnehmen. Es war ein grundsätzlicher Mangel, dass die damalige Bundesregierung das nicht mit aufgenommen hat.

Niedriglohnjobs: Natürlich werden wir uns darüber unterhalten müssen. Ich glaube auch, dass wir hier - das habe ich an vielen Stellen schon betont - einen erheblichen Handlungsbedarf haben. Aber ich lehne es ab, einen solchen Niedriglohn-Job-Sektor breit anzulegen und zu sagen: Wer das finanziert, ist uns völlig gleichgültig. - Wenn wir so etwas eröffnen, haben wir mit aller Wahrscheinlichkeit einen zweiten Arbeitsmarkt, der von der öffentlichen Hand im Betrag zwischen 100 und 200 Milliarden finanziert wird. Das ist unter dem Gesichtspunkt, so etwas auf Dauer zu machen, erheblich.

Wir müssen hier sehr präzise überlegen, was wir erreichen wollen. Wir müssen in diesem Bereich zwar tätig werden, aber es kann nicht angehen, dass wir der Industrie eventuell Angebote machen, z. B. der Firma Siemens im Kreis Wesel. Diese Firma hat in diesem Jahr Zeitarbeitsverträge von 300 Mitarbeitern gekündigt. Die Verträge liefen aus. Nach dem Gesetz war das okay. Da-

(Horst Vöge [SPD])

- (A) nach wurden bestimmte Mitarbeiter wieder eingestellt, andere aber nicht. Weitere Mitarbeiter wurden auf dem Arbeitsmarkt gesucht, insbesondere im Niedriglohnsegment.

Ich kann mir sehr gut vorstellen: Wenn wir in der Zukunft so etwas flächendeckend anbieten, dann ist das ein zusätzliches Instrument, die entsprechende Kalkulation der Produktionskosten mit einzuarbeiten. Das kann nicht unser Wille sein. Wir dürfen hier nicht zusätzliche Instrumente des Lohndumping anbieten.

Wir müssen hier zielgruppenspezifisch vorgehen. Wir wollen personennahe Dienstleistungen. Wir wollen überlegen, ob wir solche Dinge auch für das Handwerk diskutieren können. Wir wollen so etwas auf Zeit machen und nicht eine Dauersubvention entstehen lassen.

Auf diesem Weg müssen wir uns bewegen. Dafür müssen wir neue Instrumente schaffen. Ich gehe davon aus, Herr Kollege Arentz, dass wir uns in diesem Bereich sehr wohl positionieren müssen und Sie uns dabei hilfreich zur Seite stehen. Aber ein Kombilohnmodell, wie Sie es entwickelt haben, halte ich einfach für teuer und auf Dauer nicht finanzierbar.

- (B) Wir müssen uns neue Modelle überlegen. Ich denke z. B. daran, dass die Arbeitsverwaltung Nordrhein-Westfalen für unser Land 4 Milliarden DM für aktive Arbeitsmarktpolitik bereitgestellt hat. Der Bereich des Arbeitsamts Duisburg hat allein für aktive Arbeitsmarktpolitik 180 Millionen DM ausgewiesen. Gibt es nicht Möglichkeiten, dass Land und Landesarbeitsverwaltung in der Verzahnung von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entsprechende Projekte entwickeln? Wir müssen an die Arbeitsmarktpolitik sehr viel fantasievoller herangehen.

Was die Altenheime betrifft, gibt es einen Bedarf; da haben Sie Recht. Sie haben aber vergessen zu sagen, dass auch die Landschaftsverbände darauf hinweisen: Das müssen wir auf einer Strecke von zehn Jahren vollziehen. In dieser Zeit geht es um 7,5 Milliarden DM. Wir wollen seitens der Landes-SPD, der Landtagsfraktion und des Ministeriums da herangehen, weil wir wissen, dass da ein Bedarf ist. Da müssen wir handeln.

Aber das kann doch nicht so aussehen, wie Sie es vorschlagen, dass das Land 7,5 oder

- 9 Milliarden DM an Neuinvestitionen zur Verfügung stellt. Wir müssen uns mit Spitzenverbänden und dem Landschaftsverband darüber unterhalten, wie wir es gemeinsam schaffen. (C)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ich habe nur darum gebeten, dass es mehr als null sein soll!)

- Der Nullansatz ist doch dadurch zustande gekommen, dass das Landespflegegesetz eine Zeit von drei Jahren vorgesehen hat. Diese Zeit ist mit dem Jahr 1999 ausgelaufen. Das hat etwas mit komplementären ambulanten Diensten zu tun, auch damit, dass das Land über den Bedarf und den vereinbarten Zeitraum hinaus finanziert, auch den komplementären ambulanten Dienst. Das gilt bis zum Jahr 2001. Ich gehe davon aus, dass es sogar bis 2002 gilt, wie es das Parlament in Bezug auf die Finanzierung beschlossen hat. Herr Kollege Arentz, Sie gehen hier mit pauschalen Vorwürfen vor, die aus meiner Sicht völlig haltlos sind.

Wir werden uns den Problemen Stück für Stück widmen. Ich gehe davon aus, dass wir im Bereich der Altenpflegeheime mit den Kommunen und den Landschaftsverbänden eine Lösung finden. Wir werden im nächsten Jahr sehr präzise diskutieren, wie wir den Niedriglohnsektor gestalten können. Da haben wir Handlungsbedarf, sodass etwas nachzuholen ist. Ich gehe davon aus, dass wir die entsprechenden Antworten finden werden. Wir werden die Antworten finden, weil wir sie brauchen und weil die von der SPD geführte Landesregierung und wir als Koalition Antworten auf Probleme unseres Landes geben müssen. Wir werden die Antworten in diesem und im nächsten Jahr geben, auch deshalb, um die Menschen nicht zu enttäuschen. Die Menschen wissen ganz genau: CDU und FDP sind keine Antwort für sie. Die SPD ist für sie eine Antwort. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Vöge. - Meine Damen und Herren, Wir beraten den Haushalt heute in zwei Blöcken. Jetzt ist der erste Block beendet.

Wir stimmen ab über die **Überweisung des Haushaltsgesetzes** und der **Finanzplanung Drucksache**

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

- (A) **chen 13/1400 und 13/1401.** Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zur Federführung sowie an die zuständigen **Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Wer für diese Überweisung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **beschlossen**.

Ich rufe nun den **Beratungsblock II, Gemeindefinanzierungsgesetz 2002**, auf und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen **Palmen** das Wort.

Manfred Palmén (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist schade, dass der Ministerpräsident und der Finanzminister gerade hinausgegangen sind. An der Rede des Herrn Ministerpräsidenten fand ich bemerkenswert, dass er gesagt hat, für ihn sei die Zeit, Menschen für unfähig zu erklären, vorbei, er sei ja erwachsen geworden. Davon habe ich eben in der Ansprache gegenüber dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion relativ wenig gemerkt, aber auch bei den Äußerungen einiger anderer Herren der SPD-Fraktion.

- (B)

Eine zweite Bemerkung mache ich zu den Ausführungen des Herrn Finanzministers: Er hat uns in seiner Rede bestätigt - dafür müssen wir ihm eigentlich dankbar sein -, dass wir bis auf die Wortwahl Recht haben.

Meine Damen und Herren, am 30. August 2000 hat Ministerpräsident Clement in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag den Städten und Gemeinden des Landes versprochen, dass Nordrhein-Westfalen das kommunalfreundlichste Land der Bundesrepublik Deutschland bleiben werde. Dabei hat er, wie schon in der Koalitionsvereinbarung "Eine Allianz für NRW" vom 13. Juni 2000 ausdrücklich zugesagt, die kommunale Selbstverwaltung auf jede Weise zu stärken.

Schon im vergangenen Jahr haben wir hier gefragt, ob die Gemeinden, Städte und Kreise des Landes ihn beim Wort nehmen können. Ich habe gefragt, ob wir hier im Landtag und die Bürger

- (C) draußen im Land den Versprechungen und Zusagen des Ministerpräsidenten trauen können oder ob Zweifel daran angebracht sind, insbesondere was die Sicherung der Finanzausstattung der Kommunen angeht.

Was hatte dazu seinerzeit der Vorsitzende des Städtetages NRW, Bochums Oberbürgermeister Stüber, mahnend und fordernd verlangt? - "Staatliche Konsolidierung zu Lasten städtischer Haushalte darf nicht mehr stattfinden."

Meine und die Forderung der CDU-Fraktion des Landtags war seinerzeit, den Kommunen des Landes jetzt endlich größere finanzielle Spielräume zu geben. Die CDU-Fraktion hat dazu mit Antrag vom 15. September 2000 die unbedingt notwendige grundlegende Gemeindefinanzreform angemahnt, um die Berechenbarkeit und Stetigkeit der kommunalen Einnahmen wieder herzustellen. Was hat die Koalition getan? Nichts.

Erst am 5. September 2001 hat Herr Innenminister Dr. Behrens hier angesichts der dramatischen Steuerausfälle die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beim Bundesfinanzminister endlich angemahnt. Wieder ein Jahr vertan! Ich hatte Sie, Herr Ministerpräsident, und Herrn Finanzminister Steinbrück damals aufgefordert, endlich zu sparen, zu handeln, die Hand vom Geld und den Kassen der Kommunen zu lassen, Ihre Haushaltsprobleme durch eigene Konsolidierungsmaßnahmen zu lösen und die Folgen Ihres seit 35 Jahren unmäßigen Ausgabeverhaltens nicht auf eine Gemeindefinanzreform und den Finanzausgleich zu verschieben.

- (D)

Was passierte aber am 5. September in der Rede zur Einbringung des Landeshaushalts, Herr Finanzminister, deren Wortlaut dem hohen Haus in der von Ihnen gezeigten Hochglanzbroschüre vorliegt, auf deren Titelseite Sie Ihre schwarze Kravatte, die Sie am 5. September getragen haben, gegen eine rote haben austauschen lassen?

(Minister Peer Steinbrück: Was?)

Was für ein Omen? Hoffentlich kein schlechtes für die Gemeinden! Was passiert also? Der Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, beginnt in seiner Rede mit einer Vision, einem Traum der Landesregierung: "Erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder", und sagt dann: "Wir sparen mit Augenmaß, aber konsequent,